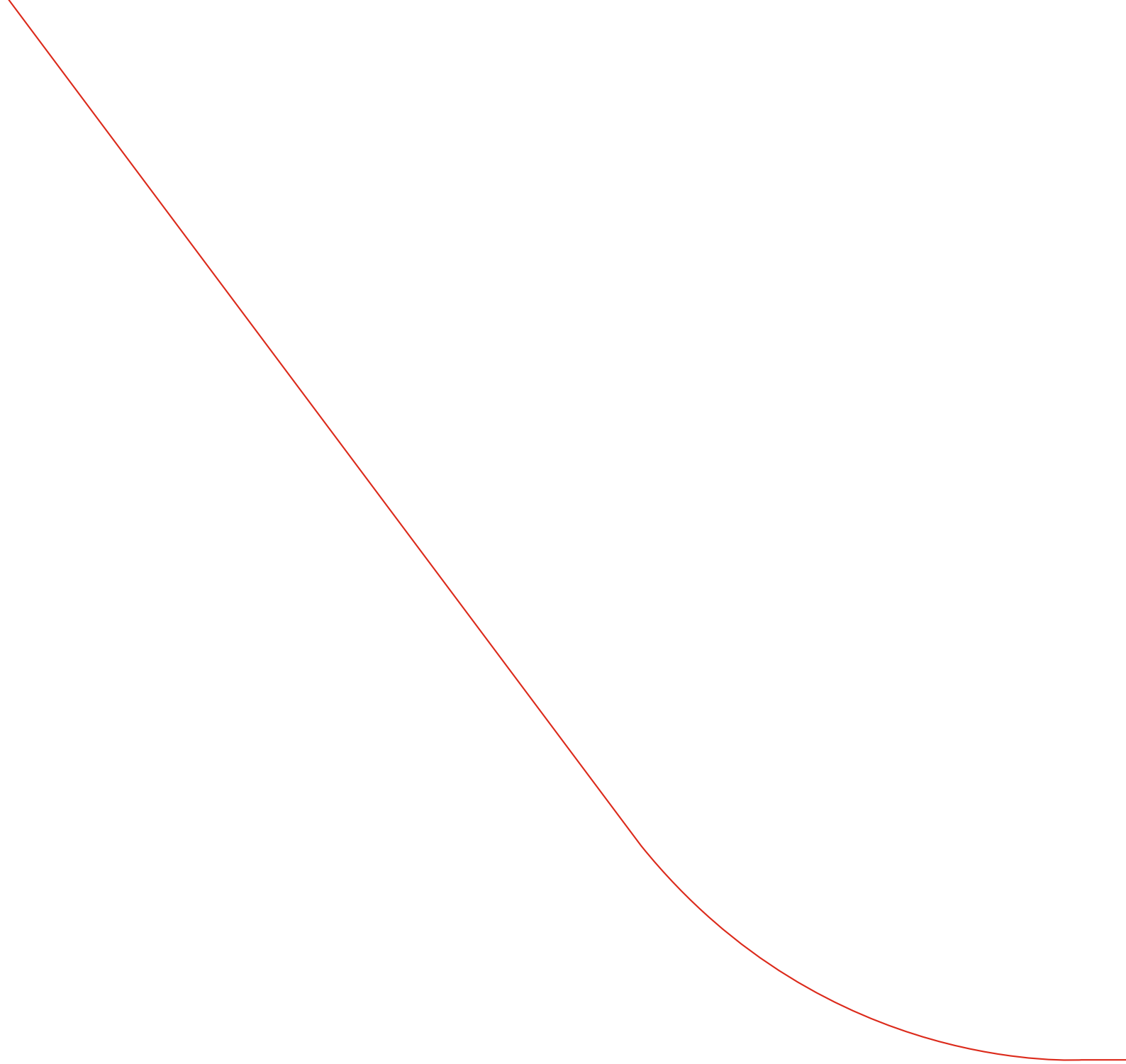
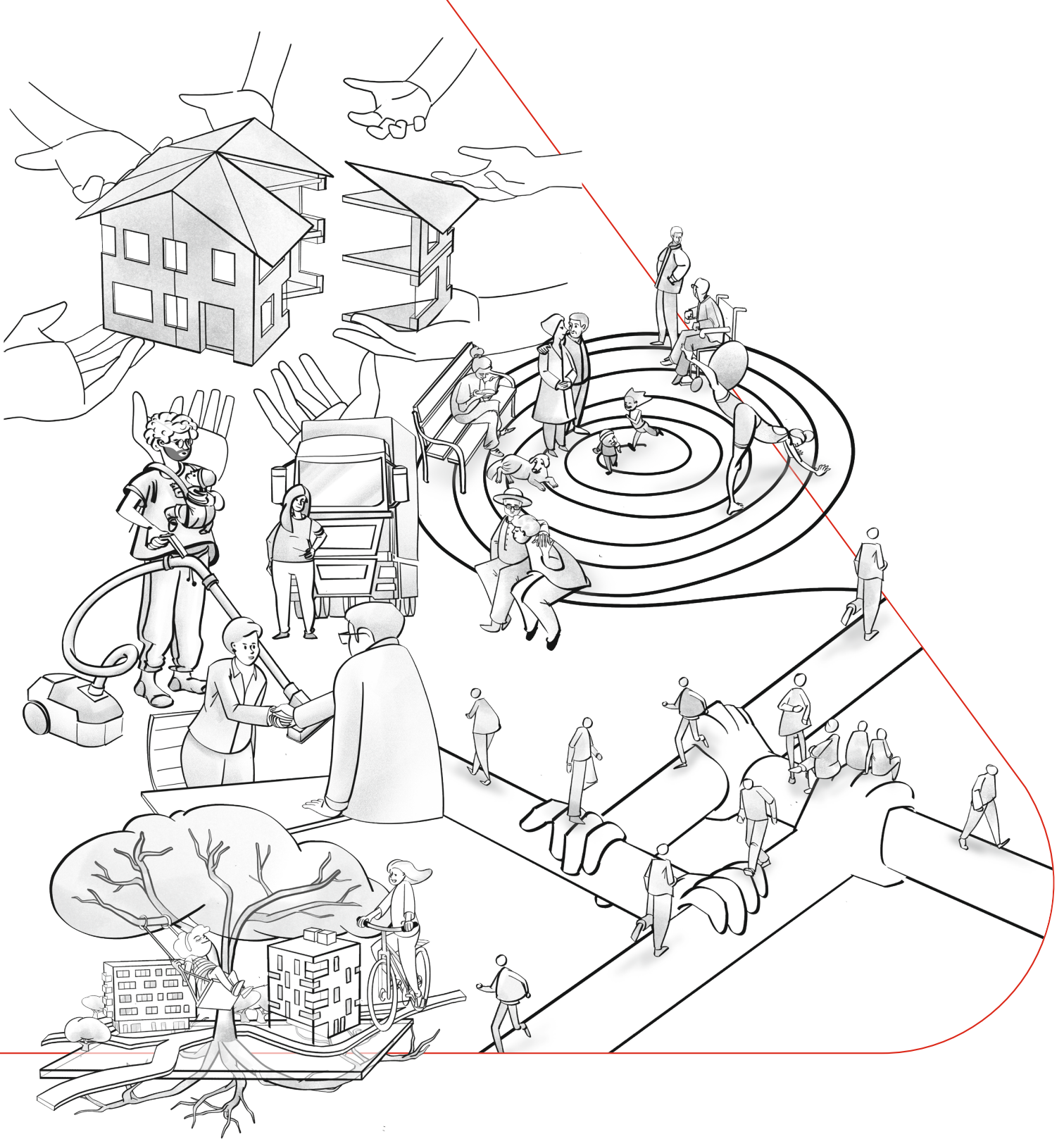




AK-Wohlstandsbericht 2024

Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich





Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 257
Working-Paper-Reihe der AK Wien

AK-Wohlstandsbericht 2024

Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich

Koordination: Vanessa Lechinger, Tamara Premrov, Christoph Streissler
Oktober 2024

Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 257

Working-Paper-Reihe der AK Wien

Die Working-Paper-Reihe „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ behandelt aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und dient als offenes Medium für den Austausch von wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen. Die Reihe wird von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik betreut. Wie bei Working-Paper-Serien üblich erfolgt keine formelle Begutachtung.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.
ISBN 978-3-7063-1096-3

Oktober 2024

Impressum

Herausgeberin: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 Tel.: (01) 501 65, DW 12283

Koordination: Vanessa Lechinger, Tamara Premrov, Christoph Streissler

Lektorat: Florian Praxmarer

Layout & Satz: Fabian Lang, DERGESTALT

Illustration: Ulrich Frey, DERGESTALT

Die neue Regierung muss den Wohlstand erhöhen

Die Folgen der letzten Krisen wirken sich noch immer negativ auf unseren Wohlstand aus. Die soziale Lage hat sich deutlich zuge­spitzt, viele Menschen sind in die Armut abgerutscht und kön­nen sich Grundbedürfnisse wie Wohnen und Heizen nur mehr schwer leisten. Gleichzeitig ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt an­gespannt, und die steigenden Arbeitslosenzahlen stehen einem nicht gedeckten Fachkräftebedarf gegenüber. Demokratiepoliti­sche Defizite wie der steigende Anteil an Nicht-Wahlberechtigten und die ungerechte Vermögenskonzentration blieben unberührt. Beim Klimaschutz sind zwar glücklicherweise kleine Verbesserun­gen gelungen, für das Erreichen der Klimaziele und eine erfolgrei­che Klimawandelanpassung sind diese jedoch nicht ausreichend.

Die scheidende Bundesregierung hatte in den letzten fünf Jahren unbestritten mit großen Herausforderungen zu kämpfen. Den­noch hat sie in vielen wohlstandsrelevanten Bereichen zu wenige oder unpassende Maßnahmen gesetzt. Der jährliche AK-Wohl­standsbericht kann daher als eine Anleitung für das kommende Regierungsprogramm gelesen werden. Das übergeordnete Ziel einer nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlerge­hen muss in der politischen Arbeit handlungsweisend werden.

Die Arbeiterkammer fordert, dass die neue Bundesregierung die politischen Handlungsempfehlungen, die im Bericht dargelegt werden, umsetzt. Die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, gute Arbeit mit anständigen Löhnen, verkürzter Wo­chenarbeitszeit und verbesserten Arbeitsbedingungen, der sozi­ale und ökologische Umbau der Wirtschaft, ein starker Sozialstaat, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die demokratische Teilhabe müssen in Öster­reich zur Selbstverständlichkeit werden.



Renate Anderl

AK-Präsidentin

Inhalt

	Die neue Regierung muss den Wohlstand erhöhen	3
	Inhalt	4
	Kurzfassung	6
	Wohlstand messen mit Indikatoren	12
	Wohlstand und Wohlergehen in Österreich	16
1	Gerecht verteilter materieller Wohlstand	18
1.1	Gerechte Einkommensentwicklung	20
1.2	Einkommensungleichheit reduzieren	22
1.3	Gender-Pay-Gap schließen	24
1.4	Vermögenskonzentration abbauen	26
1.5	Entwicklungszusammenarbeit stärken	28
	Thema: Gute Daseinsvorsorge steigert den Wohlstand der Vielen	30
2	Vollbeschäftigung und gute Arbeit	32
2.1	Steigende Erwerbstätigkeit	34
2.2	Geringe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung	36
2.3	Unbezahlte Arbeit gleich verteilen	38
2.4	Qualitativ hochwertige Arbeit	40
2.5	Starke Mitbestimmung in der Arbeitswelt	42
	Thema: Verteilung und Gerechtigkeit	44
3	Hohe Lebensqualität	46
3.1	Hohe Lebenszufriedenheit	48
3.2	Vermeidung von Armut und Ausgrenzung	50
3.3	Bildung: Senkung des Anteils von Niedrigabschlüssen	52
3.4	Länger gesund leben	54
3.5	Leistbares Wohnen	56

	Thema: Was haben Geschlechterrollen mit dem Wohlstand zu tun?	58
4	Intakte Umwelt	60
4.1	Energiearmut beenden	62
4.2	Gute und nachhaltige Mobilität	64
4.3	Niemand soll an Hitze sterben	66
4.4	Sinkende Feinstaubbelastung	68
4.5	Treibhausgasemissionen senken	70
	Thema: Demokratie und Wohlstand	72
5	Gesamtstaatliche Stabilität	74
5.1	Öffentliches Vermögen ausbauen	76
5.2	Steigende Arbeitsproduktivität	78
5.3	Preisstabilität	80
5.4	Stabile Finanzmärkte	82
5.5	Demokratische Beteiligung stärken	84
	Thema: Nicht nur bezahlte Arbeit schafft Wohlstand	86
	Anhang	88
	Methodische Grundlagen	88
	Literatur und Quellen	95
	Autor:innen	100

Kurzfassung

Um die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen in Österreich steht es das nunmehr dritte Jahr in Folge schlecht. Die Folgen von Pandemie, Teuerung und Wirtschaftsabschwung sind nach wie vor spürbar und werden das ohne entschlossene Politik auch bleiben. Trotz eines gut ausgebauten Sozialstaates ist die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung gestiegen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt schlecht, und fehlende staatliche Investitionsspielräume sind eine Herausforderung in Hinblick auf den Klimaschutz und den Ausbau der Daseinsvorsorge.

Im diesjährigen AK-Wohlstandsbericht stellen wir bei vier von fünf Zielen Rückschritte fest. Nur beim Ziel „intakte Umwelt“ sehen wir insgesamt eine geringfügig positive Entwicklung. Bei mehr als der Hälfte der 25 Teilziele entfernt sich Österreich vom Ziel bzw. verfehlt dieses klar. Bei sechs Zielen ist die Bewertung neutral, und bei sechs ist ein Fortschritt bzw. eine Zielerreichung feststellbar.

Ein Grund für die insgesamt schlechte Entwicklung des Wohlstands und Wohlergehens ist, dass Fragen der Verteilung, der Geschlechtergleichstellung, der Bildung, der Mitbestimmung und der ökologischen Nachhaltigkeit sowie viele weitere zentrale Bestandteile eines guten Lebens in der öffentlichen und politischen Debatte nach wie vor zu wenig Beachtung finden. Mit dem Wohlstandsbericht leistet die AK seit 2018 einen regelmäßigen Beitrag zur Analyse der nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen in Österreich. Auch im nunmehr siebenten Bericht analysieren wir anhand des modifizierten „magischen Vielecks“ einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik mit fünf übergeordneten Zielen den gesellschaftlichen Fortschritt in Österreich.

Diese Ziele sind:

- Gerecht verteilter materieller Wohlstand
- Vollbeschäftigung und gute Arbeit
- Hohe Lebensqualität
- Intakte Umwelt
- Gesamtstaatliche Stabilität

Mit Teilzielen, gemessen an einem differenzierten Set an Indikatoren, blicken wir auf die aktuelle Entwicklung vom Standpunkt einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer:innen. Jedes der oben stehenden übergeordneten Ziele wird anhand der Entwicklung bei fünf Teilzielen bewertet, wodurch sich eine Gesamtzahl von 25 Teilzielen ergibt. Aus deren Bewertung werden politische Empfehlungen für die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen abgeleitet.

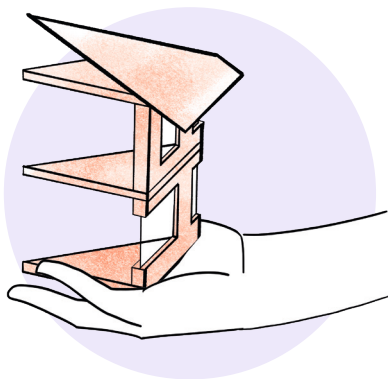
Die Entwicklung des Wohlstands bleibt schlecht

Die Analyse der nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen zeigt erneut Rückschläge. Zwar gab es in einigen Bereichen punktuelle Verbesserungen, etwa bei den Einkommen und der Preisstabilität, der Qualität der Arbeit oder den Treibhausgasemissionen. Diese können die Rückschritte und Zielverfehlungen in vielen anderen Bereichen aber nicht ausgleichen. Vor allem bei den Zielen „Gerecht verteilter materieller Wohlstand“ und „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“ gibt es deutlich negative Entwicklungen.

Die fünf Ziele

Gerecht verteilter materieller Wohlstand

Die Bewertung dieses Ziels beträgt im Durchschnitt $-0,6$. Dabei ist die Einkommensentwicklung, getragen von den guten Lohnabschlüssen, besonders positiv hervorzuheben. Die Verteilung dieser Einkommen zwischen Arm und Reich und zwischen den Geschlechtern ist jedoch nach wie vor nicht gerecht. Besorgniserregend ist die hohe Ungleichheit bei Vermögen. Zudem erfüllt Österreich nach wie vor nicht seine Zusagen auf internationaler Ebene, zu mehr Wohlstand auch in anderen Teilen der Erde beizutragen.



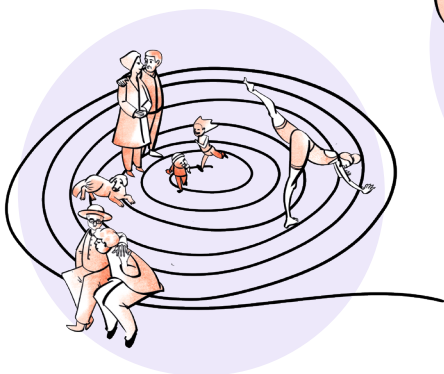
Vollbeschäftigung und gute Arbeit

Die Gesamtbewertung fällt mit $-0,6$ schlechter aus als im Jahr 2023. Nur das Teilziel der starken Mitbestimmung in der Arbeitswelt wurde positiv bewertet. Die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeit, gemessen am Arbeitsklima-Index, stagnieren jedoch weiter auf niedrigem Niveau. Trotz scheinbar positiver Entwicklungen bei der Erwerbsteilnahme auf dem Arbeitsmarkt zeichnen die Unterbeschäftigungsquote und die Indikatoren zur unbezahlten Arbeit ein (deutlich) schlechteres Bild. Zu wenig politische Maßnahmen werden getroffen, um diesen Negativentwicklungen gegenzusteuern und die Auswirkungen der multiplen Krisen abzdämpfen.



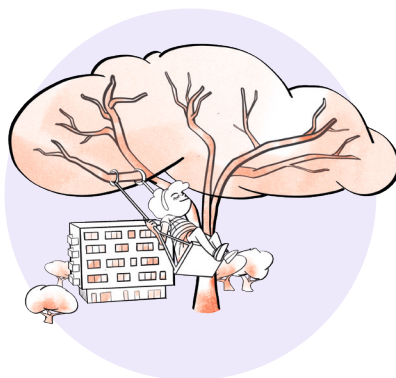
Hohe Lebensqualität

Die Gesamtwertung liegt bei $-0,2$. Die Indikatoren deuten darauf hin, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie und der anschließenden Teuerungskrise sich nochmals deutlich negativ in der Gesellschaft bemerkbar gemacht haben. Besonders stark wirken sich die gestiegenen Lebenshaltungskosten und damit verbunden die Armuts- und Ausgrenzungsgefahr auf die Lebensqualität vieler Menschen aus. Interessant ist jedoch, dass die Einschätzung zur allgemeinen Lebenszufriedenheit im Schnitt trotzdem stabil ist. Das deutet darauf hin, dass es bestimmte Personengruppen gibt, die stark an Lebensqualität einbüßen, während andere an Lebensqualität gewinnen.



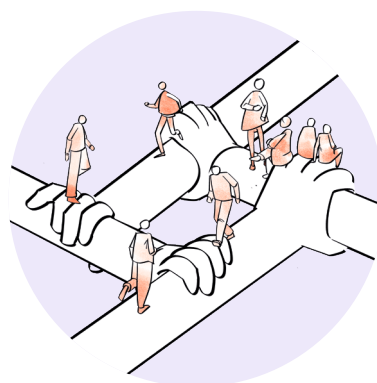
Intakte Umwelt

Bei diesem Ziel sind mit einer Gesamtbewertung von $+0,2$ zaghafte Fortschritte zu verzeichnen. Positiv sind das Sinken der Feinstaubbelastung und der Rückgang der Treibhausgasemissionen hervorzuheben, auch wenn Letzteres primär auf den Konjunkturreinbruch zurückzuführen ist. Auch beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs gibt es Verbesserungen, was bei der Klimawandelanpassung jedoch nicht der Fall ist. Besonders dramatisch ist die Energiearmut, denn durch die Teuerungskrise kamen viele Haushalte beim Bezahlen der Energierechnung in Bedrängnis.



Gesamtstaatliche Stabilität

Die Gesamtbewertung fällt mit $-0,4$ auch hier negativ aus. Die Finanzmärkte sind durch bessere Regulierung trotz der hohen Unsicherheit erstaunlich stabil, und auch die Teuerung sinkt rasch in Richtung des Zielwerts von 2% . Negativ entwickelt sich als Folge der hohen Preise aber die Produktivität. Das öffentliche Vermögen wächst nicht ausreichend schnell, um den aktuellen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, und immer mehr Menschen bleiben von einer demokratischen Teilhabe ausgeschlossen.



Wie wir den Wohlstand der Vielen wieder erhöhen

Gute Arbeit ist der Schlüssel zu Wohlstand

Ziel ist es, dass alle Menschen eine gute und produktive Arbeit haben, von der sie gut leben können. Dafür gilt es einerseits, die enormen Beschäftigungspotenziale des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft in den Bereichen der Industrie, der Bauwirtschaft und der sozialen Dienste zu nützen. Andererseits müssen Menschen, die derzeit zu wenig oder schlechte Arbeit haben, für diese Jobs qualifiziert werden. Durch Verringerung der Normalarbeitszeit soll es möglich werden, dass alle Menschen im Arbeitsleben gesund bleiben und dass die Arbeitszufriedenheit erhöht wird. Gleichzeitig hilft eine Arbeitszeitverkürzung, die Arbeitslosigkeit zu verringern und die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit gerechter zu machen.

Ohne intakte Umwelt ist alles nichts

Österreich kommt bei wichtigen klimapolitischen Indikatoren voran, aber angesichts der Bedeutung dieses Politikfeldes für das Wohlbefinden der Menschen deutlich zu langsam. Die AK zeigt mit ihrem Plan für den sozialen und ökologischen Umbau, wie die Strategie in allen Politikbereichen (von der Gebäudesanierung über saubere Energiesysteme bis zur Transformation von Industrie und Landwirtschaft) aussehen kann, und bettet diese in die notwendigen sozialen und gesellschaftlichen Reformen ein (vom Arbeitsrecht bis zum Ausbau sozialer Dienste).

Soziale Ungleichheit verringern

Die Schere zwischen Arm und Reich ist in der Krise weiter aufgegangen, denn während immer mehr Menschen von Armut betroffen sind und sich Grundbedürfnisse wie Wohnen und Heizen nicht leisten können, bleibt die Vermögenskonzentration auf einem Rekordhoch. Progressive Erbschaft- und Vermögensteuern mit hohen Freibeträgen sind wirksame Instrumente, um das Vermögenswachstum an der Spitze zu bremsen, und bieten mit ihrem

Steueraufkommen die Möglichkeit, durch bessere soziale Dienste und Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit den Wohlstand der Vielen zu erhöhen.

Finanzierung von öffentlichen und sozialen Dienstleistungen

Auf immer deutlicher sichtbare Defizite bei sozialen Diensten, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnen, muss schnell reagiert werden. Dazu zählen Maßnahmen im sozialen Wohnbau oder die gezielte Verbesserung der Gesundheitsvorsorge. Kinderarmut muss entschlossen bekämpft werden, etwa durch die Garantie eines kostenlosen, gesunden, warmen Mittagessens für alle Kinder oder die gezielte Förderung von Kindern mit Eltern mit geringer (Aus-)Bildung. Vermögensbezogene Steuern sollen hier für eine nachhaltige Finanzierung sorgen. Gleichzeitig sind auch die Verwaltungsstrukturen und die Abstimmung zwischen den Gebietskörperschaften weiter zu verbessern.

Demokratie unter Druck

Repräsentative Demokratie, soziale Grundrechte, Mitbestimmung im Betrieb und die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Initiativen sind zentrale Elemente einer Gesellschaft, die auch in Krisen zusammenhält. Demokratiedefizite sind sowohl auf der betrieblichen als auch überbetrieblichen Ebene, etwa beim Zugang zu sozialen und öffentlichen Dienstleistungen oder der Möglichkeit und Bereitschaft, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen, zu verzeichnen. Hürden für den Zugang zur Staatsbürgerschaft und damit zum Wahlrecht sollen abgebaut werden, um einer weiteren Fragmentierung der Gesellschaft vorzubeugen und die Teilhabe an einer lebendigen Demokratie zu erhöhen.

Die neue Bundesregierung muss diese Maßnahmen priorisieren, damit in den kommenden Jahren wieder eine Verbesserung hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen verzeichnet werden kann.

Wohlstand messen mit Indikatoren

Dieser Bericht hat den Wohlstand in Österreich zum Gegenstand. Dabei verstehen wir „Wohlstand“ in einem umfassenden Sinn: Wohlstand umfasst die materiellen und immateriellen Bedingungen, die das Leben von Menschen lebenswert machen; es ist die Gesamtheit dessen, was ein gutes Leben ermöglicht.

Unser Fokus liegt dabei auf den politischen Maßnahmen, die diesen Wohlstand beeinflussen. Das heißt, dass wir uns mit staatlichem Handeln befassen (Feigl, 2017; Griesser & Brand, 2016). Wir erörtern, wie sich der Wohlstand in Österreich in den letzten Jahren entwickelt hat und welche politischen Maßnahmen nötig sind, um den Wohlstand zu sichern und weiter auszubauen.

Träger:innen des Wohlstands sind die Menschen, die in Österreich leben. Wir sprechen also ausdrücklich nicht von einem Wohlstand des Staates. Der Staat spielt aber insofern eine Rolle, als er den organisatorischen Rahmen der politischen Entscheidungen bildet, die Wohlstand beeinflussen.

Individuelle und gesamthafte Betrachtung

Dabei kann staatliches Handeln auf Einzelne abzielen oder auf ein gesamthafte Ergebnis. Die Steigerung des Wohlstands der Einzelnen ist in Österreich als staatliches Ziel freilich nicht ausdrücklich vorgegeben. Hingegen kennt die Verfassung als Zielsetzung staatlichen Handelns (konkret in Bezug auf die Haushaltsführung) das

„gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“ (Art. 13 Bundes-Verfassungsgesetz, 1945). Das Bundeshaushaltsgesetz (BHG) führt näher aus, was darunter zu verstehen ist, nämlich „ausgewogenes Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität“. All das sind Sachverhalte, die sich erst auf Ebene der Gesamtheit betrachten lassen. Für einen einzelnen Menschen zählt beispielsweise, ob er einen Job hat oder nicht – unabhängig davon, ob gerade Vollbeschäftigung herrscht oder hohe Arbeitslosigkeit. Nur für eine gesamthaft betrachtete Gruppe von Menschen lässt sich so etwas wie eine Arbeitslosenquote ermitteln.

Wie sich diese Gegebenheiten auf den Wohlstand einzelner Menschen auswirken, kann in den verschiedenen politischen Handlungsfeldern unterschiedlich sein. Die Auswirkungen können – abhängig von den jeweiligen Lebensumständen – sehr große Unterschiede zeigen. So wirken sich beispielsweise die Folgen der Teuerung auf Menschen, die ein niedriges Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe beziehen, stärker aus als auf Menschen in einem kollektivvertraglich gut abgesicherten Beschäftigungsverhältnis.

Eine Kennzahl allein reicht nicht aus

Für die Beurteilung der Wirtschaftspolitik hat in den letzten 90 Jahren eine Maßzahl überragende Bedeutung erlangt:

das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es wurde 1933 in den USA entwickelt, um die Veränderungen von Produktion und Konsum in der Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre möglichst genau zu beschreiben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es zum Schlüsselindikator für Wachstum, zunächst in den Industriestaaten, aber bald auch in den sogenannten „Entwicklungsländern“. Entwicklung wurde mit einem steigenden Bruttoinlandsprodukt gleichgesetzt (Sen, 1988).

Doch Wachstum und Wohlstand sind sehr unterschiedliche Dinge. Für eine Messung des Wohlstandes in einem Land ist das Bruttoinlandsprodukt nicht geeignet. Denn erstens berücksichtigt es Leistungen nicht, die nicht entlohnt werden, beispielsweise die Arbeit im Haushalt oder die Freiwilligenarbeit. Diese Leistungen sind wichtig für den Wohlstand, finden aber keinen Niederschlag im BIP. Zweitens spielt bei der Ermittlung des BIP die Verteilung des Einkommens keine Rolle. Diese ist aber wesentlich für den Wohlstand der Menschen: Es macht – bei gleichem BIP – einen enormen Unterschied, ob ganz wenige den größten Teil des Einkommens haben oder ob alle einen ähnlichen Teil des Einkommens erhalten. Auf diese Einschränkungen wies übrigens bereits der „Erfinder“ des BIP, Simon Kuznets, hin, als er 1934 dem US-Kongress seinen Bericht über das Nationale Einkommen vorlegte (Kuznets, 1934).

Entwicklung und gesellschaftlicher Fortschritt

Die Vorstellung, mittels Indikatoren zu messen, wie erfolgreich bestimmte politische Maßnahmen sind, fand in den

1970er-Jahren weitere Verbreitung. Sie ging einher mit einer neoliberal geprägten Sicht von Politik als Managementvorgang (New Public Management) (vgl. Hood, 1991). Die OECD beschäftigt sich seit 1973 mit „sozialen Indikatoren“ (OECD, 1977), und veröffentlicht seither regelmäßig Berichte über die soziale Lage der Gesellschaft („Society at a Glance“).

Standen diese Vorhaben – Messung von Wachstum und Entwicklung mithilfe des BIP, Messung des gesellschaftlichen Fortschritts mithilfe sozialer Indikatoren – lange Zeit weitgehend unabhängig nebeneinander, so stellte der Diskurs über nachhaltige Entwicklung, der in der Rio-Deklaration von 1992 (United Nations, 1993) gipfelte, die Beschreibung wirtschaftlicher Entwicklung durch das BIP grundsätzlich infrage. Erstmals wurde auf der Ebene internationaler Organisationen ein Wachstum des BIP nur gutgeheißen, wenn auch ökologische und soziale Ziele berücksichtigt werden.

Diese Diskussion mündete im Jahr 2000 in die sogenannten Millenniumsziele, die 2015 erreicht werden sollten (United Nations, 2001). Sie sollten konkretisieren, was in der Millenniums-Erklärung an Zielen für das dritte Jahrtausend festgelegt worden war. Es handelt sich um acht Zielbereiche, etwa Bekämpfung extremer Armut, Primärschulbildung für alle, Gleichstellung der Geschlechter etc. Einen weiteren Anstoß bekam die Debatte mit dem Bericht der sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission ab 2008 (Stiglitz et al., 2009, 2018). Teils als Reaktion auf diesen Bericht wurden 2015 die Millenniumsziele von den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable

Development Goals – SDGs) abgelöst (United Nations, 2015). Mit ihnen wurde unter anderem auf die Kritik reagiert, dass die Millenniumsziele in erster Linie Vorgaben für die Entwicklungsländer darstellten. In Österreich wurde kürzlich der zweite Bericht über den Fortschritt bei der Umsetzung der SDGs veröffentlicht (BKA, 2024).

Eine weitere Grundlage für die Beurteilung des Wohlstands in Österreich lieferte mehrere Jahre lang die Statistik Austria mit dem Projekt „Wie geht’s Österreich?“. In einem jährlichen Bericht wurde von 2012 bis 2021 der gesellschaftliche Fortschritt in Österreich dargestellt. Dies sollte politischen Entscheidungsträger:innen eine Faktenbasis für die Politikgestaltung bieten. Die Finanzierung dieses Projekts wurde allerdings eingestellt; der letzte Bericht ist aus dem Jahr 2021 (Statistik Austria, 2021). Auch andere Staaten arbeiten mit Sätzen von Indikatoren, um die Wohlstandsentwicklung zu beschreiben, in Deutschland etwa „Gut leben in Deutschland“. Auf EU-Ebene berichtet Eurostat regelmäßig über die Fortschritte bei den SDGs.

Zielkonflikte

Gibt es nur einen Indikator, an dem Wirtschaftspolitik ausgerichtet wird, so ist die Situation einfach: Politiken, die diesen Indikator verbessern, sind richtig, Politiken, die ihn verschlechtern, sind falsch. Wenn hingegen versucht wird, mehrere Indikatoren für die Politikgestaltung heranzuziehen, kommt es unweigerlich zu Zielkonflikten. In der makroökonomischen Steuerung werden diese konkurrierenden Zielvorgaben gern als „magisches

Vieleck“ bezeichnet – vermutlich, weil nur durch Magie alle Indikatoren gleichzeitig verbessert werden können. Werden noch weitere Zielsetzungen hinzugenommen, wie etwa bei den SDGs, so erhöht sich auch das Potenzial für Widersprüche (z. B. Menton et al., 2020).

Dieses Dilemma lässt sich auch nicht dadurch auflösen, dass statt des Wirtschaftswachstums ein Wohlstandsmaß definiert wird, an dem die gesamte Politik ausgerichtet wird. Denn Wohlstand ist multidimensional, und es kann meist nur auf eine ungefähre und verallgemeinernde Weise angegeben werden, welche Entwicklungen den Wohlstand erhöhen.

Daher muss sich eine Beschreibung der Entwicklung des Wohlstandes dessen verschiedenen Dimensionen widmen. Dieser Bericht blickt auf fünf Bereiche, die in einem breiten Sinn Wohlstand abbilden. Dazu gehört zunächst die materielle Basis, die wir im ersten Kapitel unter dem Gesichtspunkt der gerechten Verteilung des materiellen Wohlstands betrachten. Weil in unserer Gesellschaft die bezahlte Arbeit die zentrale Quelle für die Mittel zur Deckung von Bedürfnissen ist, spielen ihr Ausmaß und ihre gerechte Verteilung eine besondere Rolle. Dies wird im zweiten Kapitel, („Vollbeschäftigung und gute Arbeit“), beschrieben. Im dritten Kapitel wird dargelegt, wie die Qualität der Versorgung in Hinblick auf verschiedene Grundbedürfnisse den Wohlstand beeinflusst. Das vierte Ziel, „intakte Umwelt“, ist aus materiellen wie aus immateriellen Gründen für die Menschen von Bedeutung. Im letzten Kapitel widmen wir uns einem wichtigen

Rahmen für die Wohlstandsentwicklung, nämlich der Stabilität der Gesellschaft und des Staates.

Wenn wir für die gesamthafte Beschreibung der Wohlstandsentwicklung in den einzelnen Bereichen Mittelwerte bilden, so tun wir das im Bewusstsein, dass ein arithmetisches Mittel der Multidimensionalität der Fragestellung nicht gerecht wird. Dies gilt auch für die Bildung des Mittelwertes über alle fünf Zielbereiche, mit dem wir zur Gesamtbewertung der Wohlstandsentwicklung gelangen. Was damit trotz dieser Einschränkungen möglich sein sollte, ist die Beobachtung der Entwicklung im Zeitverlauf sowie eine Beurteilung, ob die politischen Maßnahmen den Wohlstand erhöhen oder nicht.

Es gibt zahlreiche Gesichtspunkte, die bei der Betrachtung der Wohlstandsentwicklung bei mehreren Indikatoren eine Rolle spielen. Einer der wichtigsten ist die Vielfalt der Erscheinungsformen von Verteilungsfragen zwischen Reichen und Armen in den verschiedenen Politiken. Ein anderer oft auftauchender Aspekt sind die unterschiedlichen Betroffenheiten von Frauen und Männern. Wir haben uns entschieden, einige dieser Aspekte in kurzen Zwischenkapiteln anzusprechen und so auf die Querverbindungen zwischen den verschiedenen Feldern hinzuweisen. Weitere Zwischenkapitel widmen sich der Bedeutung einer guten und leistbaren Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen für den Wohlstand, der Balance zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit und schließlich der Frage, in welchem Verhältnis Demokratie und Mitbestimmung zur Wohlstandsentwicklung stehen.

Bericht in neuem Gewand

Der Wohlstandsbericht 2024 der AK ist knapper gehalten und umfasst weniger Indikatoren als die Berichte der letzten Jahre. Wir wollen damit eine bessere Lesbarkeit erreichen. Auch die Vergleiche mit anderen Staaten haben wir weggelassen, da Wohlstand absolut wahrgenommen wird. Beispielsweise ist es bei einer schlechten Versorgung mit leistbarem Wohnraum kein Trost, dass anderswo die Situation noch schlechter ist. (Natürlich spielen internationale Vergleiche dann eine Rolle, wenn sie zeigen können, mit welchen politischen Maßnahmen andere Staaten einem Problem begegnen.)

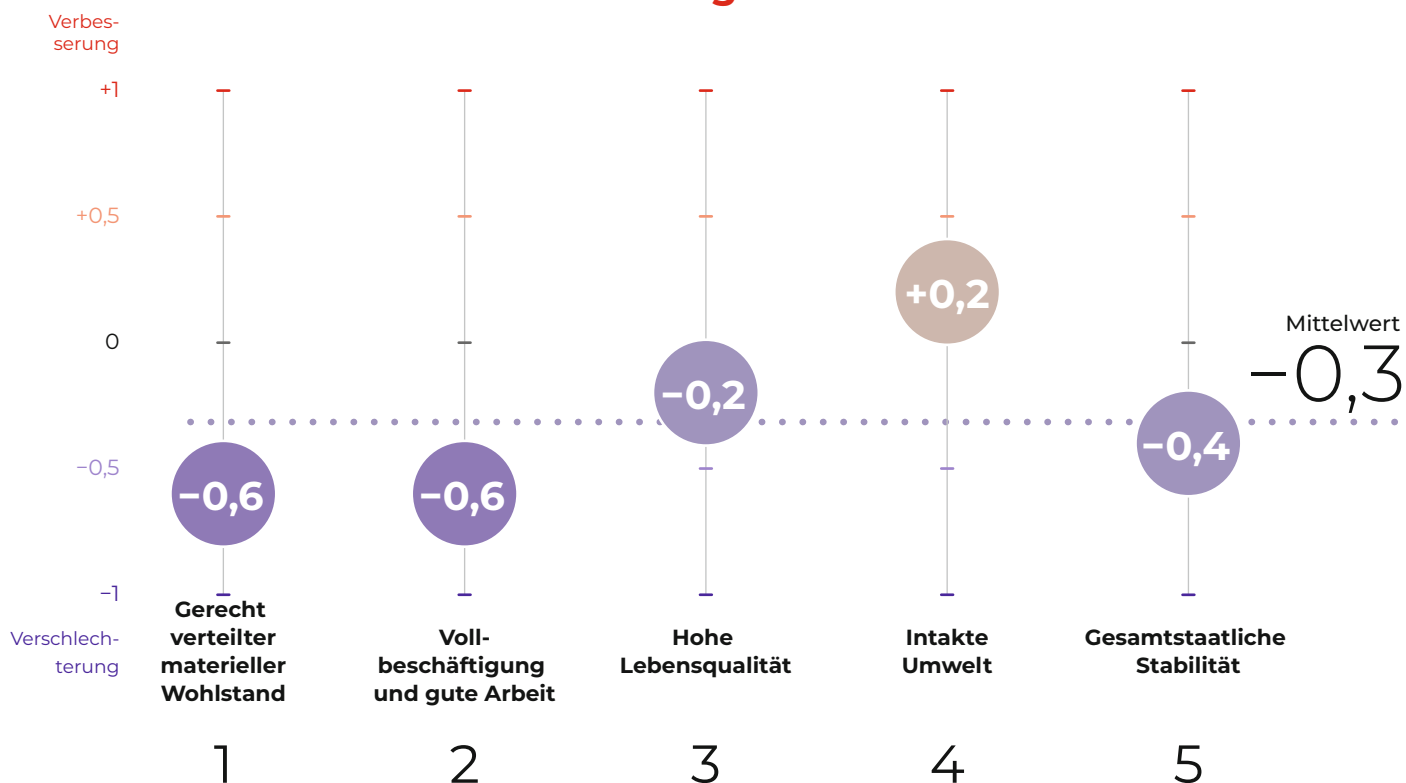
Die Entwicklung der einzelnen Indikatoren bewerten wir wie in den vergangenen Jahren auf einer fünfteiligen Skala von -2 bis +2. Neu ist aber, dass als Grundlage der Bewertung gewöhnlich die Entwicklung des Indikators vom vorletzten zum letzten verfügbaren Jahr gewählt wird. Prognosen in Hinblick auf die künftige Entwicklung fließen nicht mehr in die Bewertung ein.

Unabhängig von diesen Veränderungen stellt der Wohlstandsbericht der AK weiterhin immer wieder die Frage ins Zentrum, welche politischen Maßnahmen getroffen werden sollen, um den Wohlstand der Vielen zu sichern und auszubauen – denn dies ist schlussendlich das Ziel staatlichen Handelns.

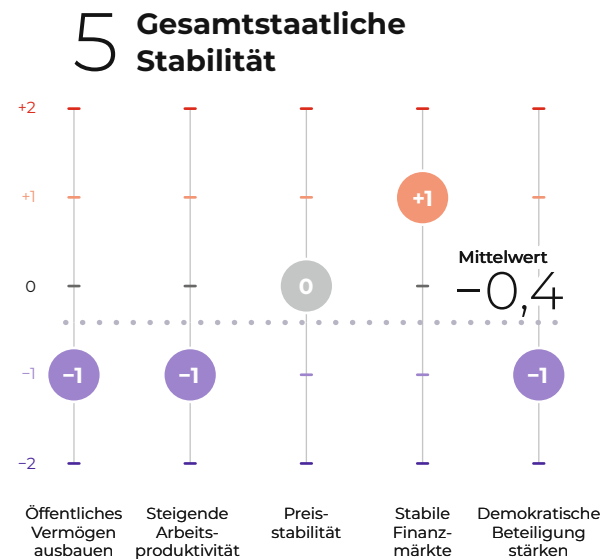
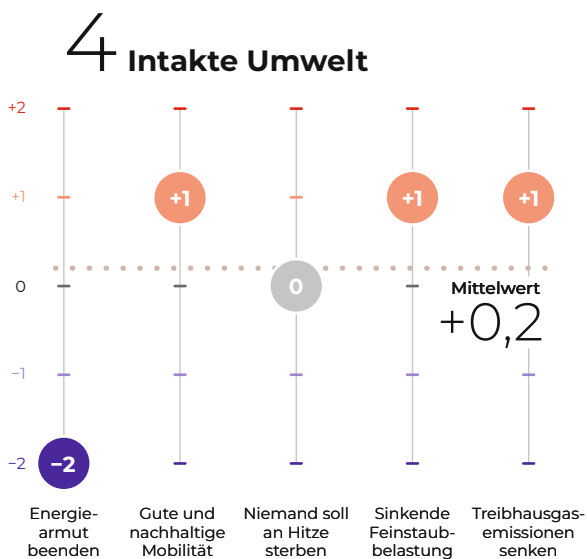
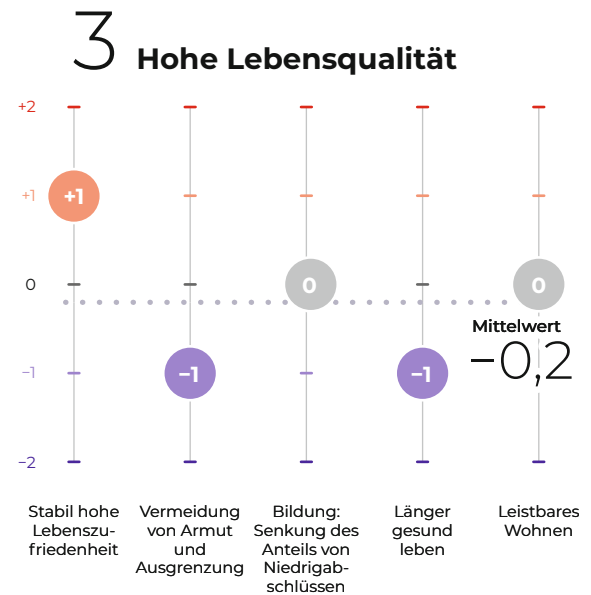
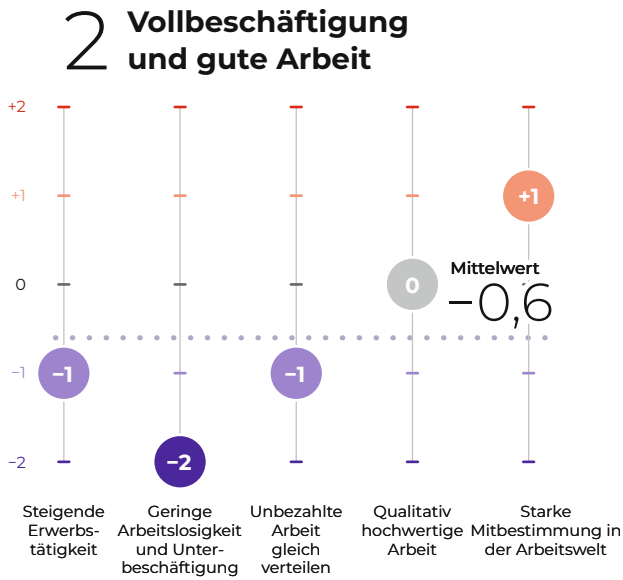
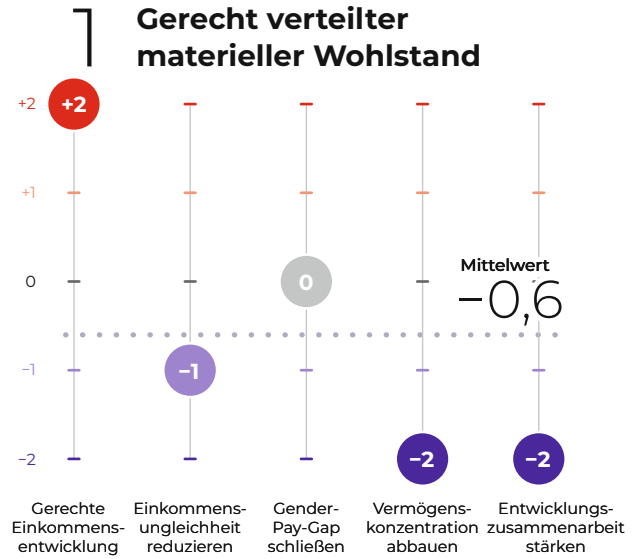
Wohlstand und Wohlergehen in Österreich

Je fünf Indikatoren beschreiben die Entwicklung des Wohlstands und des Wohlergehens in den fünf Zielen „Gerecht verteilter materieller Wohlstand“, „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“, „Hohe Lebensqualität“, „Intakte Umwelt“ und „Gesamtstaatliche Stabilität“. Die Entwicklung der fünf Ziele fassen wir in der großen Darstellung zur Gesamtbewertung zusammen. Das dritte Jahr in Folge fällt diese Gesamtbewertung der Wohlandsentwicklung in Österreich negativ aus.

Gesamtbewertung der Wohlandsentwicklung



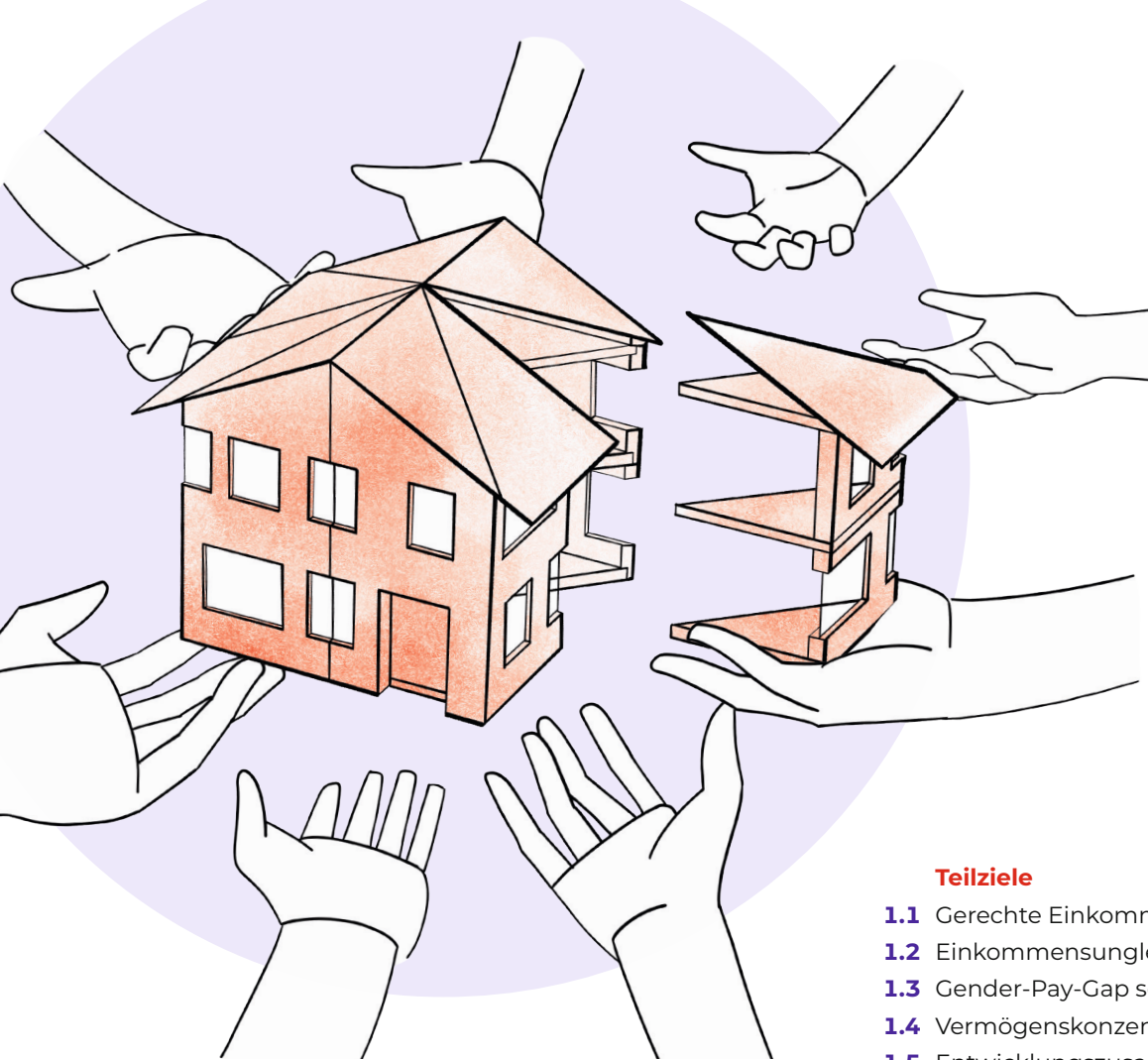
Bewertung der Teilziele im Überblick



1 Gerecht verteilter materieller Wohlstand

Materieller Wohlstand und seine Verteilung, also die Verbesserung des Lebensstandards für alle, stehen im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Mit dem Fokus auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als wichtigsten und international vergleichbaren volkswirtschaftlichen Hauptindikator gerät jedoch aus dem Blick, dass gerecht verteilter materieller Wohlstand mehr beinhaltet als nur die Wirtschaftsleistung eines Landes. Um den materiellen Wohlstand breiter als über das BIP zu messen, sollte gemäß den Arbeiten von Stiglitz et al. (2009, 2018) der Fokus auf das tatsächlich verfügbare Einkommen der Haushalte sowie deren Vermögen gerichtet werden, denn diese bestimmen die Konsummöglichkeiten. Dabei müssen Verteilungsfragen ein sehr viel höheres Gewicht bekommen – auch zwischen den Geschlechtern, sozialen Klassen und unseren Partnerländern in der Entwicklungszusammenarbeit.

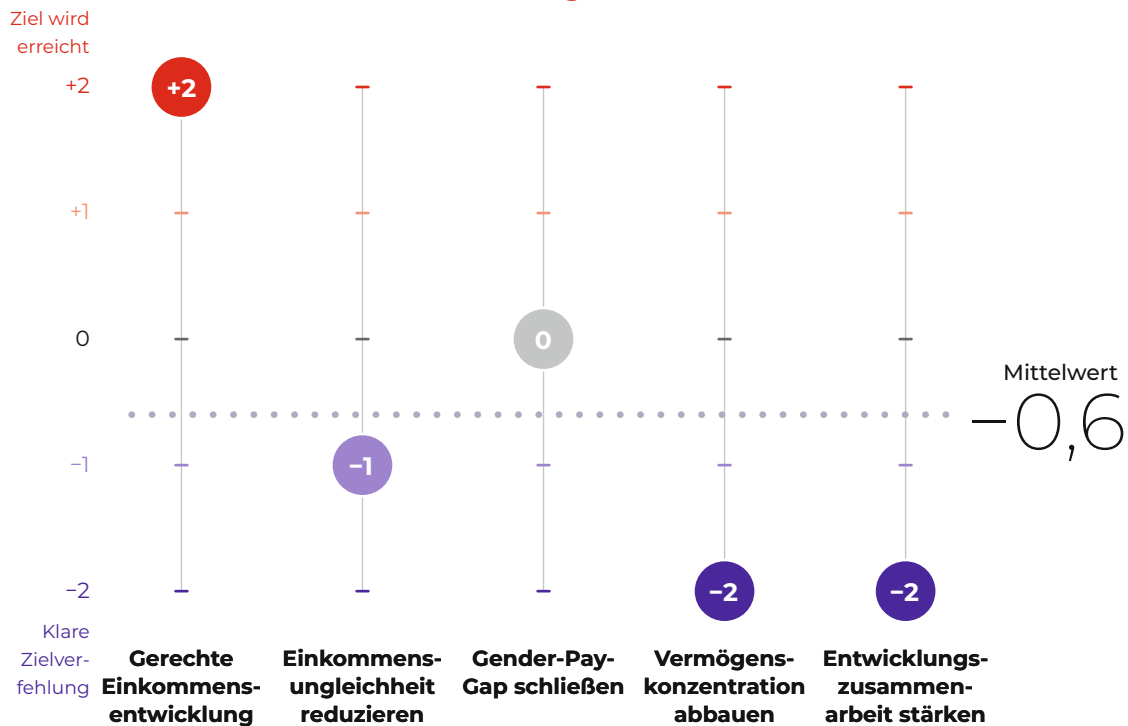
Wir stellen im Bericht eine möglichst breite Auswahl von Indikatoren in Bezug auf den materiellen Wohlstand und dessen Verteilung dar. Insgesamt sehen wir dabei deutliche Rückschritte. Die Gesamtbewertung dieses Ziels liegt bei $-0,6$. Zwar ist es durch die guten Lohnabschlüsse und den starken Sozialstaat gelungen, das Einkommen der Menschen in der Mitte der Verteilung stabil zu halten und zu erhöhen, die Kluft zwischen Menschen mit niedrigem und Menschen mit hohem Einkommen hat sich jedoch weiter geöffnet. Gleichzeitig schließt sich die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen viel zu langsam, und die Vermögensungleichheit verharrt auf einem sehr hohen Niveau. Auch in Hinblick auf die globale Ungleichheit tut die österreichische Regierung zu wenig und bricht damit internationale Abkommen in Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit. Es gilt daher, künftig ein verstärktes Augenmerk auf Verteilungsaspekte zu legen und die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen voranzutreiben. Dies kann mit einer Stärkung des Sozialstaates und einer mutigen Budgetpolitik gelingen.



Teilziele

- 1.1 Gerechte Einkommensentwicklung
- 1.2 Einkommensungleichheit reduzieren
- 1.3 Gender-Pay-Gap schließen
- 1.4 Vermögenskonzentration abbauen
- 1.5 Entwicklungszusammenarbeit stärken

Gerecht verteilter materieller Wohlstand – deutliche Verschlechterung



1.1

Gerechte Einkommensentwicklung

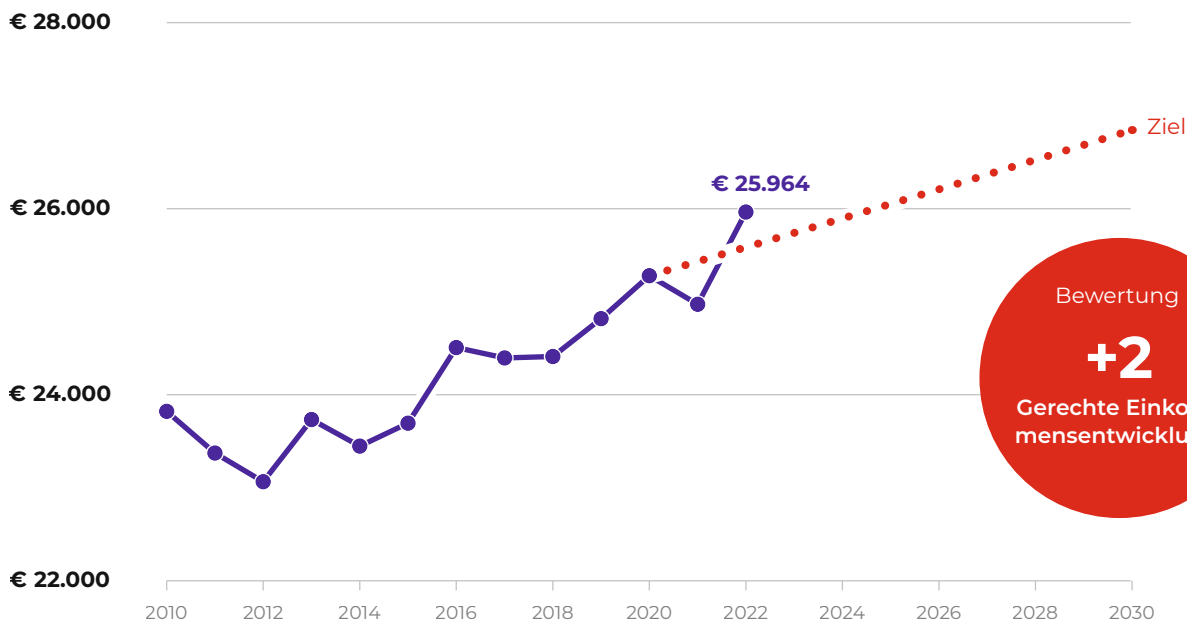
Ziel einer wohlfstandsorientierten Wirtschaftspolitik ist es, den erarbeiteten materiellen Wohlstand gerecht auf alle Menschen zu verteilen.

Das mittlere real verfügbare Einkommen spiegelt die finanziellen Möglichkeiten der Mitte der Gesellschaft wider und ist daher ein guter Indikator, um zu messen, ob alle in Österreich am Wohlstandsanstieg teilhaben. Das Ziel ist daher, dass das Medianeinkommen entsprechend der Produktivitätsentwicklung der letzten fünf Jahre (ca. 0,5 % pro Jahr) steigt.

Vor allem drei Faktoren beeinflussen die Entwicklung positiv: der hohe Abdeckungsgrad bei den Kollektivverträgen, starke Lohnabschlüsse und ein gut ausgebauter Sozialstaat.

Real verfügbare Einkommen (Median)
€ 28.000

Einkommen in der Mitte der Gesellschaft steigen



Die mittleren real verfügbaren Einkommen steigen stetig, trotz kleinerer Einbrüche. Der Zielpfad – das durchschnittliche Produktivitätswachstum der letzten fünf Jahre – beträgt 0,5 % Wachstum pro Jahr. 2022 liegt das real verfügbare Einkommen bei 25.964 Euro und damit über dem Zielpfad.

Quelle: AMECO, 2024; Eurostat, 2024a, eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Das mittlere Einkommen ist gestiegen und liegt 2022 über dem Zielpfad.
- Die Gewerkschaften haben durchwegs hohe Lohnabschlüsse erzielt. Da das Lohnverhandlungssystem mit einer zeitlichen Verzögerung seine Wirkung entfaltet, wird dies vor allem in den Daten ab 2023 zu sehen sein.
- 2022 wurde das verfügbare Einkommen durch Einmalzahlungen und die Valorisierung einiger Sozialleistungen vorübergehend stabilisiert.

Was wir brauchen

- Das österreichische Lohnverhandlungssystem muss auf nationaler und europäischer Ebene abgesichert werden.
- Der Sozialstaat muss gestärkt werden: Alle Sozialleistungen sollen valorisiert und die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe auf ein armutsfestes Niveau angehoben werden.
- Im Budget muss finanzieller Spielraum für den Ausbau des Sozialstaats geschaffen werden.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Gute kollektivvertragliche Lohnabschlüsse sind für das Einkommen der Menschen zentral, weshalb die hohe Abdeckungsquote der Kollektivverträge beibehalten und das österreichische Lohnverhandlungssystem auf nationaler und europäischer Ebene abgesichert werden muss.

Wie sich vor allem 2022 gezeigt hat, ist auch der Sozialstaat eine tragende Säule für das verfügbare Medianeinkommen. Deshalb ist es wichtig, ihn krisenfest zu machen und die automatischen Stabilisatoren zu stärken. Das bedeutet, Sozialleistungen zu valorisieren und auf ein armutsfestes Niveau anzuheben. Unbedingt zu berücksichtigen sind dabei auch das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe, die sich am Einkommen des (Vor-)Vorjahres orientieren und bei hoher Inflation besonders stark an Kaufkraft verlieren.

Voraussetzung dafür ist ein finanzieller Spielraum im Budget. Die hohen Ausgaben der letzten Jahre, von denen besonders einflussreiche und wirtschaftlich starke Lobbys profitiert haben, bedürfen einer Gegenfinanzierung, die den Sozialstaat sichert. Dazu bieten sich Erbschaft- und Vermögensteuern an, wie sie in vielen europäischen Ländern üblich sind.

Im Detail

Solange es steigenden materiellen Wohlstand durch Produktivitätssteigerung gibt, soll dieser dem Großteil der Bevölkerung zugutekommen. Unser Ziel ist es daher, dass das Medianeinkommen mittelfristig entsprechend der Produktivitätsentwicklung der letzten fünf Jahre (ca. 0,5 % pro Jahr) steigt.

Das Jahr 2022 war aufgrund der Energiekrise und fehlender Gegenmaßnahmen von hoher Inflation geprägt. Die Gewerkschaften konnten starke Lohnabschlüsse erzielen, allerdings treten diese mit einer zeitlichen Verzögerung ein, wodurch es zunächst zu temporären Reallohnverlusten gekommen ist, die bei den unteren Einkommen kurzfristig durch Einmalzahlungen sowie durch die Valorisierung aller Sozialleistungen aufgefangen werden konnten. In den Daten ist ab 2023 mit einem deutlichen Wachstum der verfügbaren Einkommen zu rechnen, da sich ab da die Wirkung der starken Lohnabschlüsse entfaltet und diese die Einkommen maßgeblich stärken.

Neben den Lohnabschlüssen ist der Sozialstaat die zweite wichtige Säule zur Absicherung der Einkommen. Im Jahr 2022 wurden einige Sozialleistungen, wie etwa das Kinderbetreuungsgeld und die Familienbeihilfe, nach teilweise jahrzehntelangen Forderungen valorisiert. Eine wichtige Rolle spielten Einmalzahlungen, die für die Stabilisierung der Einkommen 2022 entscheidend waren, jedoch darüber hinaus keine langfristige Wirkung entfalten.

Somit stieg das verfügbare Einkommen 2022 an und liegt über dem mittelfristigen Produktivitätszielpfad. Die Bewertung des Teilziels lautet daher +2.

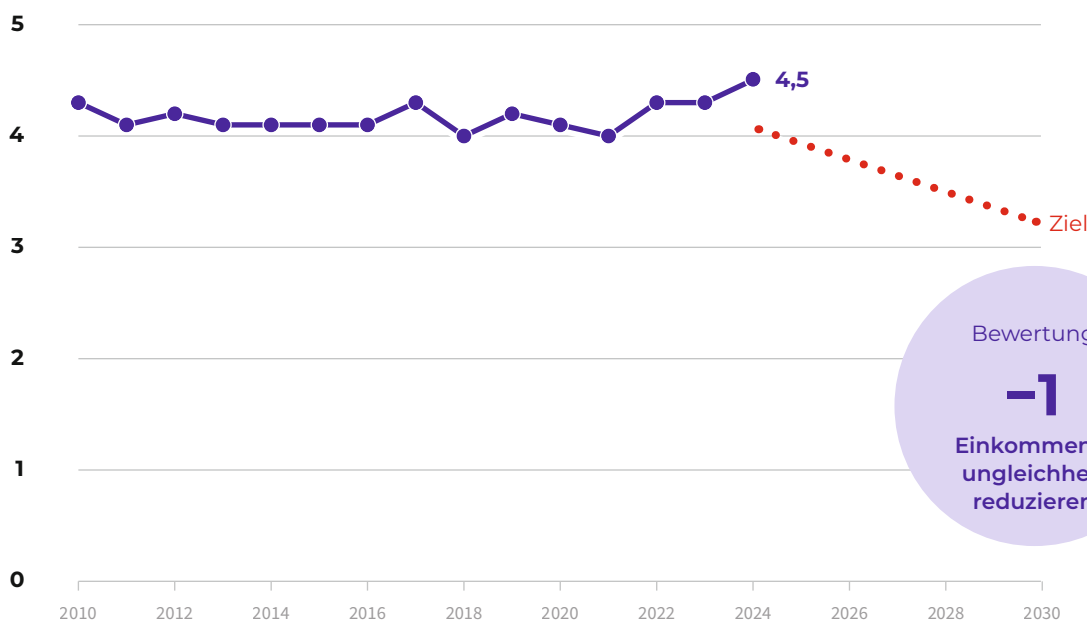
1.2 Einkommensungleichheit reduzieren

Eine hohe Einkommensungleichheit hat negative Folgen für den Lebensstandard und den sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung. Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen sollte deshalb nicht weiter aufgehen, was jedoch vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und der Teuerungskrise passiert ist. Laut Prognosen des WIFO wird sich der Einkommensunterschied zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensfünftel in den kommenden Jahren noch weiter vergrößern.

Um die Ungleichheit zu verringern, braucht es politische Maßnahmen zur Verhinderung von Armut, zur Kaufkraftsicherung von Arbeitseinkommen sowie zur Vermeidung außerordentlich hoher (Vermögens-)Einkommen.

Einkommensungleichheit (S80/S20)

Einkommensungleichheit steigt leicht an



Bewertung

-1

Einkommensungleichheit reduzieren

Die Einkommensungleichheit gemessen am Verhältnis zwischen dem obersten und untersten Einkommensfünftel ist mit einigen Schwankungen recht stabil. Seit 2020 zeigt sich ein leicht steigender Trend. Während das oberste Einkommensfünftel im Jahr 2020 noch das 4fache Einkommen des untersten Fünftels hatte, ist es 2024 bereits das 4,5fache. Damit entfernt sich der Indikator vom Ziel einer sinkenden Einkommensungleichheit.

Quelle: Eurostat, 2024b; WIFO, 2024

Was wir sehen

- Die Einkommensungleichheit hat seit 2020 zugenommen. Das Einkommen des obersten Einkommensfünftels wird 2024 4,5-mal so hoch wie jenes des untersten Einkommensfünftels sein.
- Der Anstieg ist durch die COVID-19-Pandemie und die Teuerungswelle zu erklären, wobei sozialpartnerschaftliche Initiativen und sozialstaatliche Sicherungssysteme eine noch schlimmere soziale Krise verhindern konnten.

Was wir brauchen

- Die Regierung hat die Funktion einer „Krisenfeuerwehr“ übernommen und auf breite Hilfszahlungen gesetzt, statt die Einkommen zielgerichtet und nachhaltig zu stärken.
- Eine Mischung aus Interventionen bei den Markteinkommen, umfassender sozialstaatlicher Absicherung in Notlagen sowie steuerlicher Umverteilung könnte die Einkommensungleichheit reduzieren.

Im Detail

In der wissenschaftlichen Literatur gibt es kein Einvernehmen über einen konkreten Zielwert für die optimale Verteilung von Haushaltseinkommen. Die negativen Folgen von hoher Ungleichheit sind hingegen gut dokumentiert: u. a. steigende Kriminalität, sinkende Lebenszufriedenheit, gesellschaftliche Polarisierung und erhöhte Krisenanfälligkeit (Wilkinson et al., 2012). Das Einkommensquintil-Verhältnis steigt seit 2022 und wird laut WIFO-Prognose 2024 auf 4,5 klettern.

Die Einkommensungleichheit der letzten Jahre war von multiplen Krisen und politischen Entscheidungen geprägt. Eine schlimmere soziale Krise wurde durch sozialpartnerschaftliche Initiativen mit kaufkraftsichernden Lohnabschlüssen und Kurzarbeit verhindert. Die guten Lohnabschlüsse vor allem bei geringeren Einkommen haben die Lohnungleichheit verringert (Mokre, 2024), und auch die Lohnquote ist zuletzt stark gestiegen. Die öffentliche Hand hat mit der Valorisierung mehrerer Sozialleistungen und einmaligen Hilfszahlungen ebenfalls zur Eindämmung der sozialen Krise beigetragen. Gleichzeitig verabsäumte die Regierung nachhaltige Markteingriffe und eine stärkere Umverteilung von hohen zu mittleren und kleinen Einkommen.

Der Indikator für Einkommensungleichheit steigt an, daher beträgt die Bewertung -1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Am unteren Ende der Einkommensverteilung muss Armutsbekämpfung systemischer ansetzen und dauerhafter wirken. Die automatische Anpassung vieler Sozialleistungen an die Inflationsrate war ein wichtiger Schritt.

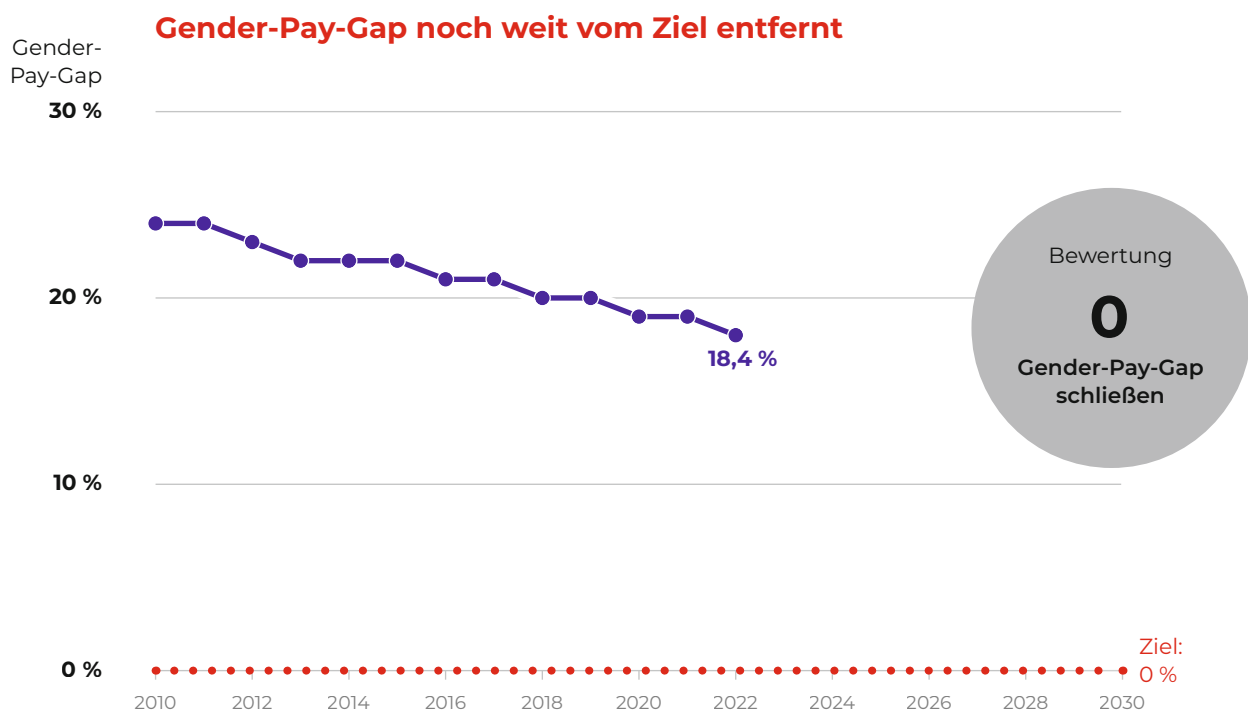
Eingriffe in Markteinkommen – etwa durch das Setzen von Mindeststandards gegen Lohndumping und Höchstgrenzen bei Manager:innengehältern – sollten ein Ansteigen der Einkommensungleichheiten schon im Entstehen verhindern.

Die Verteilungsspitze sollte die Bewältigung von Krisen finanzieren und nicht noch zusätzlich von Steuersenkungen und Förderungen profitieren. Der bis 2025 befristete Spitzensteuersatz von 55 % auf Jahreseinkommen ab 1 Million Euro muss verlängert und eine Korrektur der Schiefelage im Steuersystem zwischen Arbeit und Kapital endlich angegangen werden.

1.3 Gender-Pay-Gap schließen

Gerechte Verteilung des materiellen Wohlstands und gute Arbeit unabhängig vom Geschlecht sind unmittelbare Ziele einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik. Der Gender-Pay-Gap (GPG) beim Bruttostundenlohn zeigt, um wie viel Frauen bei gleicher Arbeit weniger verdienen als Männer. Er ist das Produkt einer Vielzahl von strukturellen Benachteiligungen und hilft somit, diese beiden Ziele aus einer Geschlechterperspektive zu betrachten.

Ziel ist die gänzliche Beseitigung von Einkommensunterschieden zwischen den Geschlechtern. Mit mehr Lohntransparenz und guten Rahmenbedingungen für Geschlechtergerechtigkeit kann dies gelingen.



Die Grafik zeigt die Entwicklung des österreichischen Gender-Pay-Gap (GPG) in Bruttostundenlöhnen. Der GPG in Österreich sinkt kontinuierlich, aber sehr langsam – im Schnitt um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr. Im Jahr 2010 liegt er noch bei 24 % und sinkt in den darauffolgenden 12 Jahren um 7,1 Prozentpunkte. Im Jahr 2022 beträgt der Gender-Pay-Gap 18,4 %, das entspricht auch dem Abstand in Prozentpunkten zum Zielwert von 0 %.

Quelle: Eurostat, 2024c

Was wir sehen

- Der Gender-Pay-Gap sinkt jährlich im Schnitt um rund 0,4 Prozentpunkte und liegt aktuell mit immer noch noch 18,4 % über dem Zielwert von 0 %.
- Krisen führen durch statistische Effekte zu einer Verringerung des GPG – allerdings ohne reale Verbesserungen für Frauen.

Was wir brauchen

- Eine wichtige Maßnahme zur Verringerung des GPG ist eine umfassende Lohn- und Einkommenstransparenz. Bis zum Jahr 2026 muss die Transparenzrichtlinie der EU in Österreich ambitioniert umgesetzt werden.
- Zudem helfen Rahmenbedingungen wie beispielsweise Kinderbetreuungseinrichtungen, progressive Arbeitszeitmodelle und die Förderung einer für das eigene Geschlecht untypischen Berufswahl bei der Verringerung des GPG.

Im Detail

Eine wohlstandsorientierte Politik muss Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern – abgebildet durch den Gender-Pay-Gap als Indikator – gänzlich beseitigen. Der anzustrebende Zielwert liegt somit bei 0 %.

Ursache des GPG sind eine Fülle von strukturellen Benachteiligungen, z. B. im Bildungssystem, durch unbezahlte Arbeit, Unterbrechung aufgrund der Geburt eines Kindes, geringere Arbeitsbewertung und Aufstiegschancen, Rollenzuschreibungen und Diskriminierung. In Österreich sinkt der GPG im Durchschnitt um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr. Ein stärkerer Rückgang zeigte sich in den Krisenjahren 2008/2009 (–0,8 Prozentpunkte) sowie im Pandemiejahr 2020 (–1 Prozentpunkt): Dies ist vor allem auf die jeweiligen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und Beschäftigungsstruktureffekte zurückzuführen. Damit ergeben sich statistisch positive Verzerrungen im Vergleich zum Vorjahr – jedoch ohne reale Verbesserungen für Frauen. Der GPG in Österreich bleibt auch im EU-Vergleich weiterhin immens hoch.

Insgesamt wird das Teilziel mit 0 bewertet, da die jährliche Verringerung nach wie vor sehr gering ausfällt und daher weder von einer nennenswerten Verbesserung noch von einer Verschlechterung gesprochen werden kann.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Für eine Schließung des Gender-Pay-Gap braucht es volle Transparenz bei Einkommen, Stellenbesetzungen und Beförderungen inklusive Sanktionen bei Nicht-Erfüllung. Die EU-Lohntransparenzrichtlinie enthält progressive Maßnahmen, um die Geheimhaltung der Entlohnung zu beseitigen und einen besseren Zugang zum Recht für jene, die von Entgeltdiskriminierung betroffen sind, zu ermöglichen. In Österreich braucht es nun eine rasche und ambitionierte Umsetzung dieser Richtlinie.

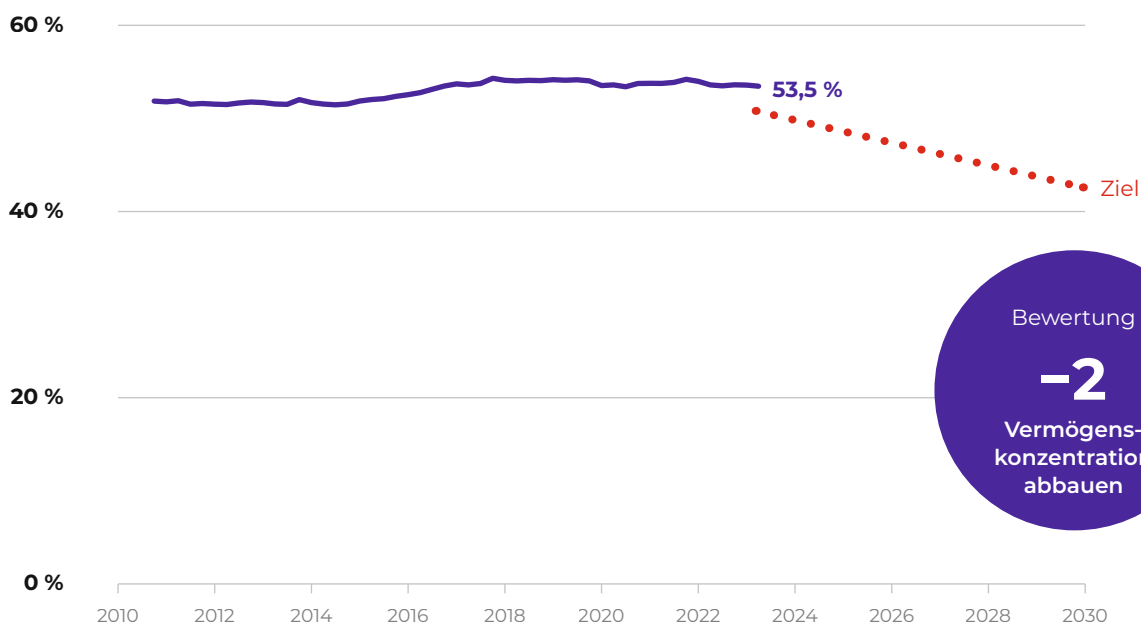
Flächendeckende und leistbare Kinderbetreuung und Elementarbildung mit Rechtsanspruch ab dem 1. Geburtstag (Sozialpartnerinnen und IV, 2021), Arbeitszeitmodelle, die partnerschaftliche Teilung fördern, jegliche Förderung für junge Menschen, die sich für einen für ihr Geschlecht untypischen Beruf interessieren, sowie eine Arbeitszeitpolitik, die zuallererst die überlangen Arbeitszeiten ins Visier nimmt und weiters eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit anstrebt, sind weitere wichtige Maßnahmen.

1.4 Vermögenskonzentration abbauen

Eine starke Konzentration des Vermögens bei den Überreichen hat gravierende Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft: soziale Polarisierung, politische Machtungleichgewichte, Beschleunigung der Klimakrise und ökonomische Instabilität. Der Anteil der reichsten 5 % am Gesamtvermögen ist ein Indikator für die Vermögenskonzentration, die in Österreich im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Damit diese Schieflage reduziert wird, sind vor allem Änderungen in der Steuerpolitik nötig, etwa die Einführung einer Besteuerung von Vermögen und Erbschaften.

Vermögensanteil der reichsten 5 %

Vermögenskonzentration verharrt auf sehr hohem Niveau



Die Vermögenskonzentration gemessen am Vermögensanteil der reichsten 5 % liegt seit Jahren stabil auf einem Niveau zwischen 53 % und 54 %, zuletzt bei 53,5 %. Das bedeutet, dass die reichsten 5 % mehr Vermögen besitzen als die restlichen 95 % der Bevölkerung zusammen. Es ist keine sinkende Tendenz in diesem Indikator zu verzeichnen und somit keine Annäherung an das Ziel einer reduzierten Vermögenskonzentration festzustellen.

Quelle: OeNB, 2024

Was wir sehen

- Die Vermögenskonzentration gemessen am Vermögensanteil der reichsten 5 % der Bevölkerung ist seit Jahren mit einigen Schwankungen stabil hoch und liegt zwischen 53 % und 54 %.
- Vermögen wurden von der Regierung auch in den vergangenen Krisenjahren trotz der sozialen und finanziellen Herausforderungen nicht angetastet.

Was wir brauchen

- Die mangelnde Berücksichtigung von Vermögen im österreichischen Steuersystem ist bemerkenswert: Nicht einmal 2 % des Steueraufkommens kommen aus Vermögen, hingegen fast 80 % aus Arbeit und Konsum.
- Die Einführung einer Vermögensteuer ist essenziell, um das Vermögenswachstum bei den Reichsten einzubremsen.
- Eine Erbschaftsteuer mit hohen Freibeträgen und stark progressiven Sätzen könnte die Vermögensungleichheit für zukünftige Generationen nachhaltig verringern.

Im Detail

Welches Ausmaß an Vermögenskonzentration eine Gesellschaft akzeptiert und anstrebt, lässt sich nur schwer feststellen. Erhebungen zeigen aber, dass drei Viertel der Bevölkerung die Vermögensunterschiede in Österreich als zu hoch empfinden (Hofmann et al., 2020). Im Einklang mit mehreren internationalen Institutionen gilt die Reduktion der Vermögenskonzentration als dringliches Ziel.

Die Vermögenskonzentration ist laut verfügbaren Daten seit einigen Jahren stabil auf sehr hohem Niveau: Kein anderes westeuropäisches Land weist eine höhere Ungleichheit auf. Das liegt einerseits am gut ausgebauten öffentlichen Vermögen in Österreich, das den privaten Vermögensaufbau, etwa für Alterssicherung oder Wohnen, weniger notwendig macht als in anderen Ländern. Zum anderen ist die mangelnde Berücksichtigung von Vermögen im Steuersystem verantwortlich: Weder bei hohen Vermögen noch bei hohen Erbschaften greift der Staat umverteilend ein.

Da die Vermögenskonzentration extrem hoch und keine signifikante Verbesserung in Sicht ist, wird der Indikator mit –2 bewertet.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Die Einführung einer modernen Vermögensteuer würde bei hohen Freibeträgen nur wenige Haushalte betreffen und dennoch hohe Steueraufkommen erzielen (Grünberger et al., 2024). Moderate Steuersätze würden zwar das Vermögenswachstum an der Spitze reduzieren, die Konzentration aber wohl kaum.

Erbschaftsteuern mit stark progressiven Sätzen haben hingegen das Potenzial, die Weitergabe der Vermögenskonzentration über Generationen hinweg zu vermeiden und die Ungleichheit zukünftig einzudämmen. Beide Steuern würden zudem die Schieflage im Steuersystem zwischen Arbeit und Kapital verringern, weil dadurch der Anteil des Steueraufkommens aus Vermögen von aktuell lediglich 1,4 % erhöht würde.

In der politischen Debatte werden zunehmend auch Rufe nach einer globalen Mindestbesteuerung von Milliardär:innen sowie Vermögensobergrenzen laut (z. B. Zucman, 2024).

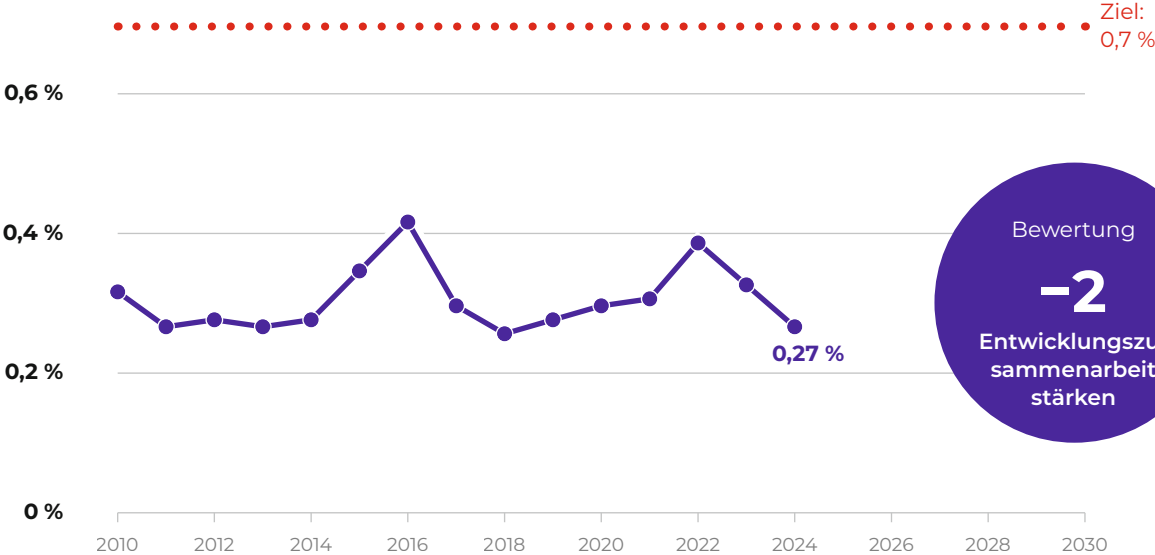
1.5

Entwicklungs- zusammenarbeit stärken

Die österreichische Wirtschaft ist in das globale Wirtschaftssystem eingebettet, daher ist für den gerecht verteilten Wohlstand nicht nur die nachhaltige Entwicklung im Inland, sondern auch jene in der übrigen Welt relevant. Der Indikator misst die Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (EZA) als Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE). Der Indikator gibt also an, inwieweit Österreichs Politik über nationale Grenzen hinausblickt und die weltweite Verbesserung der Lebensverhältnisse zum Ziel hat.

Ausgaben
in %
des BNE
0,8 %

Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit historisch niedrig



Österreich hat sein Versprechen, 0,7 % des BNE für EZA aufzuwenden, seit 1970 nie erfüllt (Orischnig, 2008). 2022 sind die Ausgaben Österreichs von 0,31 % des BNE auf 0,39 % zwar leicht angestiegen, 2024 sollen die Ausgaben laut Budgetentwurf jedoch wieder auf 0,27 % sinken. Damit nähern sie sich einem historischen Tiefststand.

Quelle: BMF, 2023

Was wir sehen

- Österreichs EZA-Ausgaben stagnierten 2022 bei 0,4 % des BNE.
- Der Zielwert von 0,7 % wird in der Prognose für 2024 noch deutlicher verfehlt.

Was wir brauchen

- Österreich sollte seine Entwicklungszusammenarbeit stärken und mehr Mittel für Projekte vor Ort, die über die Austrian Development Agency (ADA) abgewickelt werden, budgetieren.
- Zudem muss das Lieferkettengesetz rasch umgesetzt werden.
- Österreichische Unternehmen sollten ihre im Ausland erwirtschafteten Gewinne dort reinvestieren, um Entwicklung und gute Beschäftigung vor Ort zu ermöglichen.

Im Detail

Bereits 1970 wurde im Rahmen der UNO vereinbart, dass die wohlhabenden Länder jährlich zumindest 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Förderung nachhaltiger Entwicklung in Ländern mit niedrigem Lebensstandard verwenden sollen.

Unter den aktuellen Krisen, wie der Klimakrise und den hohen Preisanstiegen, leiden die Länder des Globalen Südens besonders. Auch die hohen Zinsen verringern den Handlungsspielraum der Entwicklungsländer und erhöhen die Relevanz von Mitteln aus der Entwicklungszusammenarbeit (EZA).

Als eines der reichsten Länder der Welt wäre Österreich besonders gefordert, eine aktivere Rolle in der EZA einzunehmen. Die EZA-Ausgaben stagnieren jedoch seit Jahren. Nicht nur die Höhe, sondern auch die Zusammensetzung der EZA-Mittel sind kritisch zu bewerten, da nur wenig für die bilaterale EZA aufgewendet wird, im Rahmen deren die Austrian Development Agency (ADA) Programme und Projekte in Partnerländern unterstützt. Dass im Inland getätigte Ausgaben für Geflüchtete als EZA-Leistungen anerkannt werden, ist problematisch, da diese weder die wirtschaftliche Entwicklung noch das Wohlergehen in den Partnerländern direkt fördern.

Aufgrund der weiterhin stagnierenden EZA-Ausgaben und des hohen Anteils der Mittel, die im Inland ausbezahlt werden, wird der Indikator mit -2 bewertet.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Österreich sollte einen ambitionierten Budgetpfad zur Erreichung des 0,7%-Ziels bei den EZA-Ausgaben vorlegen. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf die Struktur der Ausgaben gerichtet werden. Im Fokus muss der Ausbau der direkten Projektarbeit in Kooperation mit lokalen NGOs zur Förderung der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften, der Klimaanpassung oder der sozialen Infrastruktur stehen. Zudem sind mehr finanzielle Mittel im Bereich der multilateralen EZA erforderlich, etwa durch höhere Beiträge an die Vereinten Nationen.

Auch österreichische Unternehmen, die in anderen Ländern aktiv sind, sollten verpflichtet werden, vor Ort für gute Beschäftigung zu sorgen. Lokal erwirtschaftete Gewinne sollten in den jeweiligen Ländern reinvestiert werden, um dort zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Zudem muss das Lieferkettengesetz, mit dem die wirtschaftlichen Verflechtungen zugunsten aller Beschäftigten und des Klimaschutzes verbessert werden sollen, rasch umgesetzt werden.

Thema: **Gute Daseins- vorsorge steigert den Wohlstand der Vielen**

„Daseinsvorsorge“ ist ein sperriger Begriff. Gemeint ist damit die Erfüllung von Grundbedürfnissen durch Güter und Dienstleistungen, die die öffentliche Hand zur Verfügung stellt. Beispiele sind die Wasserversorgung, die Abwasser- und Abfallentsorgung, das Gesundheits- und Bildungssystem oder die verschiedenen öffentlichen Infrastrukturen wie Stromleitungen oder öffentlicher Verkehr.

Die Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) stellen diese Leistungen in hoher Qualität unterschiedslos allen Menschen zur Verfügung, und zwar ohne Profitinteressen. Dadurch tragen sie zu einer nachhaltigen Sicherung der Lebensgrundlagen für alle bei (Leodolter, 2013). Eine gut ausgebaute Daseinsvorsorge verringert Armut und verbessert die gesellschaftliche Teilhabe.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass Liberalisierung und Privatisierung der Daseinsvorsorge meist dazu führen, dass die Leistungen gleichzeitig teurer und schlechter werden und dass sich die Arbeitsbedingungen für

die Beschäftigten verschlechtern. Daher ist mittlerweile weltweit eine Tendenz zur Rekommunalisierung zu beobachten, also zu einer Rückführung der Leistungen in die öffentliche Hand (Strutzmann, 2020).

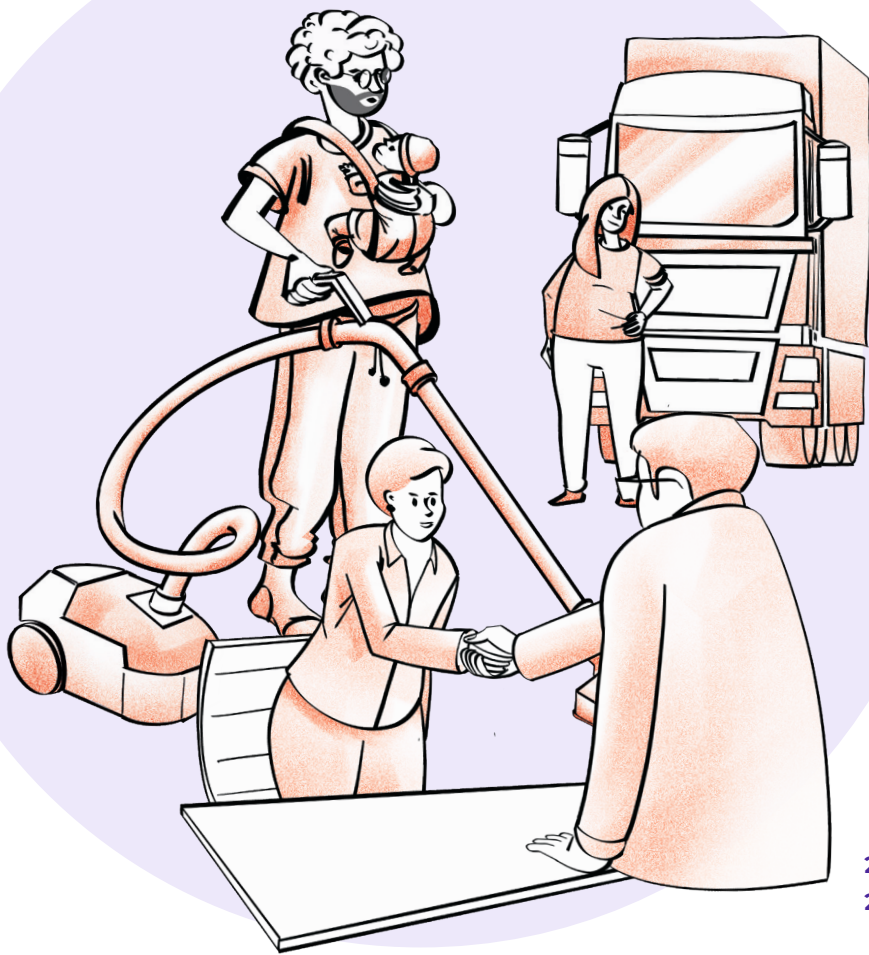
Viele der Indikatoren, die in diesem Bericht die Entwicklung des Wohlstandes beschreiben, hängen mit der Daseinsvorsorge zusammen. Insbesondere die Entwicklung der Indikatoren Sorgearbeit, Gesundheit, Bildung, Wohnen, leistbare Energie und Mobilität sowie die Investitionen in das öffentliche Vermögen sind für eine gut aufgestellte Daseinsvorsorge relevant. In all diesen Bereichen sind eine Absicherung des Erreichten und ein weiterer Ausbau nötig, um alle Menschen auch künftig – trotz vielfältiger Krisen – zu leistbaren Preisen gut zu versorgen.

In vielen Bereichen werden in Zukunft mehr Gelder nötig sein. Das betrifft insbesondere die Anpassung an den Klimawandel, den Ausbau der Pflege und der Kinderbetreuung sowie Investitionen in die Energie- und die Verkehrswende. Dafür muss die Finanzierung gesichert und ausgebaut werden. Da viele Städte und Gemeinden finanziell nicht gut aufgestellt sind (Mitterer & Biwald, 2024), braucht es Reformen, um deren Liquidität mittelfristig wieder zu stabilisieren. Denn diese Ausgaben sind gerechtfertigt, da sie den Wohlstand der Vielen steigern.

2 Vollbeschäftigung und gute Arbeit

Erwerbsarbeit hat einen großen Stellenwert für die Frage des Wohlstands – sowohl für den einzelnen Menschen als auch für den Wohlstand einer Gesellschaft. Nicht nur das im Erwerbsalter generierte Einkommen durch Arbeitskraft spielt eine große Rolle, sondern auch der damit verbundene Sozialstaat, finanziert durch Steuern und Abgaben. Jede in Österreich lebende Person nutzt diesen in unterschiedlichsten Lebensphasen (Bildung, Krankheit, Pension), und er trägt maßgeblich zum Wohlergehen aller bei. Der Arbeitsmarkt ist somit eng mit dem Sozialstaat verbunden und von zentraler Bedeutung. Das Ziel der Vollbeschäftigung muss dabei immer im Zusammenhang mit der Qualität der Arbeit betrachtet werden. Dabei ist auch demokratische Teilhabe, also die Möglichkeit der Mitbestimmung, unbedingt notwendig. Darüber hinaus gilt es, auch das Verhältnis von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Haus-, Sorge- und Familienarbeit miteinzubeziehen.

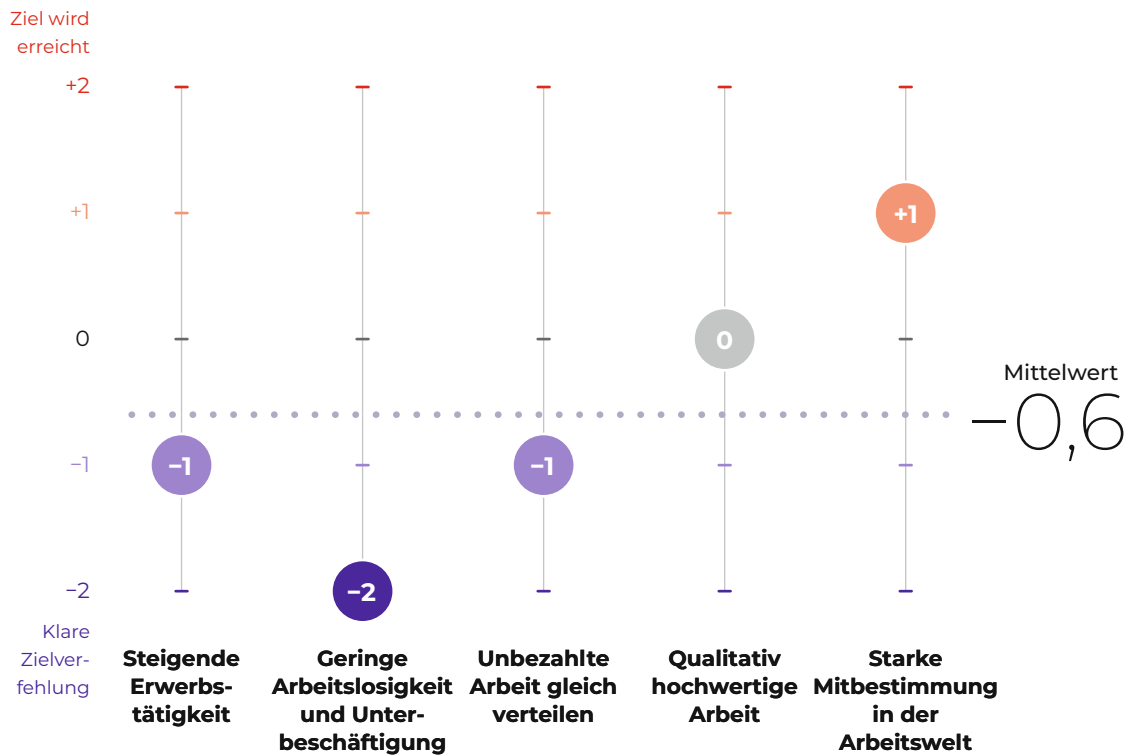
Die Gesamtbewertung im Kapitel „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“ fällt mit $-0,6$ schlechter aus als im Jahr 2023. Das Ziel einer starken Mitbestimmung in der Arbeitswelt stellt das einzige Teilziel in diesem Kapitel dar, dessen Entwicklung positiv bewertet wurde. Neutral wurde hingegen die Qualität der Arbeit, gemessen am Arbeitsklima-Index, bewertet. Das Ziel wurde nicht erreicht, und trotz eines leichten Aufwärtstrends befindet sich der Index in einem historischen Tief. Bei der Erwerbstätigenquote, der wieder gestiegenen Unterbeschäftigungsquote und der Differenz in der täglich geleisteten unbezahlten Haushalts- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen zeigt sich ein (deutlich) schlechtes Bild. Zu wenig politische Maßnahmen werden getroffen, um den Negativentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gegenzusteuern und die Auswirkungen der multiplen Krisen abzdämpfen.



Teilziele

- 2.1 Steigende Erwerbstätigkeit
- 2.2 Geringe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
- 2.3 Unbezahlte Arbeit gleich verteilen
- 2.4 Qualitativ hochwertige Arbeit
- 2.5 Starke Mitbestimmung in der Arbeitswelt

Vollbeschäftigung und gute Arbeit – deutlicher Rückschritt

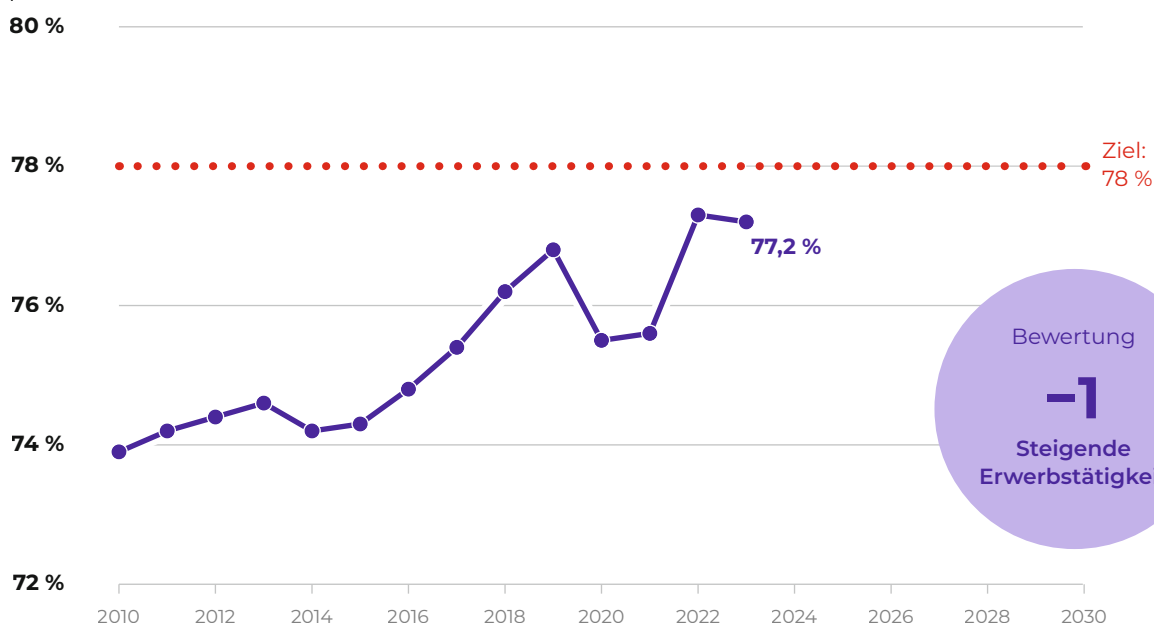


2.1 Steigende Erwerbstätigkeit

Erwerbsarbeit spielt im bestehenden Wirtschaftssystem eine bedeutende Rolle für gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. Arbeitende Menschen erzeugen die Güter und Dienstleistungen, die wesentlich zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen. Die Erwerbstätigenquote misst den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung und ermöglicht eine grobe Einschätzung der Fähigkeit eines Wirtschaftssystems, Beschäftigung zu erzeugen. Arbeitsplätze schaffende Maßnahmen sowie die gerechtere Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung tragen zu einer steigenden Erwerbsquote bei. Ziel einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik muss es daher sein, Vollbeschäftigung bei guter Arbeit und gesunder Vollzeit zu erreichen.

Erwerbs-
tätigen-
quote

Negative Entwicklung der Erwerbstätigenquote seit 2022



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Erwerbsquote in Österreich ab 2010. Diese ist in Österreich seit jeher insgesamt gestiegen, verzeichnet jedoch krisenbedingte Einbrüche und nimmt seit 2022 leicht ab. Aktuell liegt sie bei 77,2 %, leicht unter dem Wert des Jahres 2022. Das Ziel von 78 % wird daher weiterhin nicht erreicht.

Quelle: Eurostat, 2024c

Was wir sehen

- Die Erwerbstätigenquote ist seit 2010 mit krisenbedingten Einbrüchen insgesamt gestiegen.
- Nach dem COVID-19-bedingten Einbruch 2020 erholte sich die Beschäftigung rapide.
- 2023 trübte sich die Wirtschaftsentwicklung ein, und die Erwerbsquote sank leicht, erste Prognosen für 2024 lassen einen weiteren Einbruch der Beschäftigungsquote erwarten.

Was wir brauchen

- Es braucht ein Beschäftigungs- und Qualifizierungspaket (Witzani-Haim & Six, 2024), um mehr Menschen in gute Beschäftigung zu bringen und eine gesunde Vollzeit (zum Beispiel 28–32 Wochenstunden, 4-Tage-Woche) zu ermöglichen.
- Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau müssen vorangetrieben werden, um die Konjunktur und Beschäftigung zu stabilisieren.

Im Detail

Grundsätzlich ist eine hohe Erwerbstätigenquote bei gesunder Vollzeit (zum Beispiel 32 Wochenstunden) erstrebenswert, sie muss jedoch Dynamiken auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigen. Die Zielvorgabe muss demografischen Entwicklungen und unterschiedlichen Karrieren (Ausbildungszeiten, Ruhezeiten) Rechnung tragen. Auch die SDGs formulieren „produktive Vollbeschäftigung“ bis 2030 als Ziel. Die EU-Kernziele sehen im gleichen Zeitraum bei den 20- bis 64-Jährigen eine Quote von 78 % in einem Arbeitsverhältnis vor. Aus Sicht der AK ist die Erwerbstätigenquote dann positiv zu beurteilen, wenn es genügend individuell, gesellschaftlich und ökologisch sinnvolle Arbeit für alle gibt, die arbeiten wollen.

COVID-19-bedingt sank 2020 die Erwerbsquote. Das Kurzarbeitsmodell der Sozialpartner konnte die Krise auf dem Arbeitsmarkt abfedern (Tamesberger & Theurl, 2021a) und zur raschen ökonomischen Erholung beitragen. 2022 überstieg die Erwerbsquote den Wert des Jahres 2019. Die profitgetriebene Inflation, die Zinspolitik der EZB und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine trugen zu einer Eintrübung der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Aufgrund mangelnder wirtschaftspolitischer Maßnahmen wie insbesondere unzureichender Inflationsbekämpfung und zu wenig Investitionen zur Förderung der sozial-ökologischen Transformation sank die Erwerbsquote zwischen 2022 und 2023. Sie befindet sich jedoch auf einem nach wie vor hohen Niveau von 77,2 %. Aufgrund der sinkenden Erwerbsquote und des nur knapp verfehlten Zielwerts von 78 % bewerten wir die aktuelle Erwerbstätigkeit mit -1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Um Vollbeschäftigung bei guter Arbeit zu erreichen, sind ambitionierte Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Bereichen öffentlicher Verkehr und thermische Sanierung sowie eine spürbare Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich notwendig. Eine Weiterentwicklung der Solidaritätsprämie beim AMS kann den Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung unterstützen (Figerl et al., 2021).

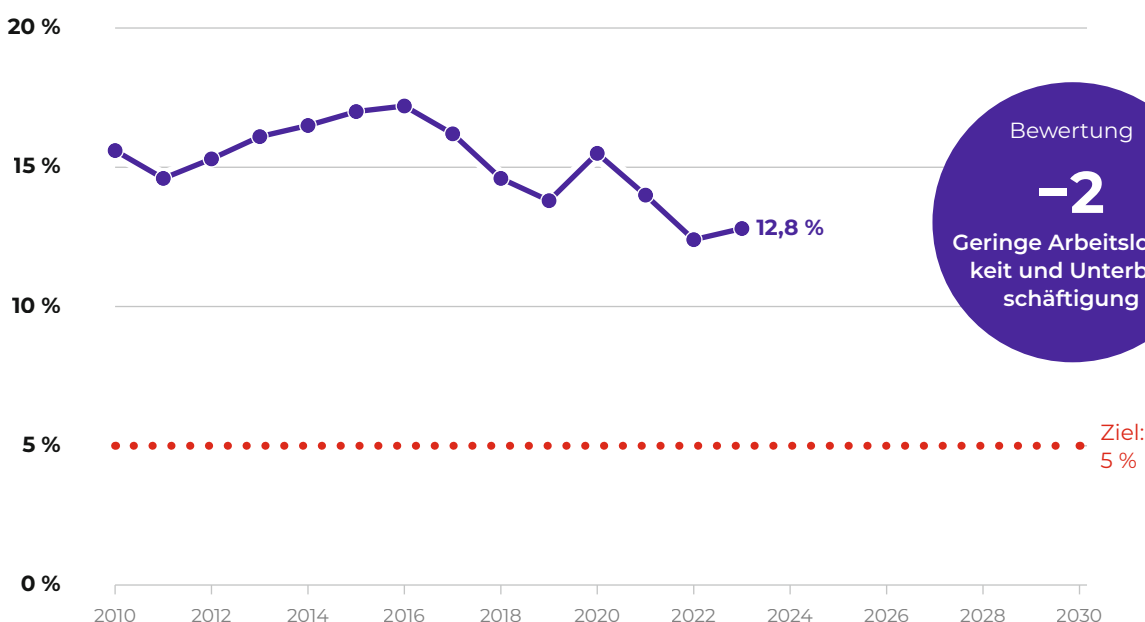
Zusätzlich bedarf es einer gezielten Gleichstellungspolitik, um Genderungleichheiten in der Erwerbstätigkeit zu reduzieren. Für benachteiligte Personen auf dem Arbeitsmarkt ist eine Jobgarantie erforderlich (Tamesberger & Theurl, 2019, 2021b). Jugendliche benötigen ausreichend Lehrstellen, insbesondere überbetriebliche. Die Integration von Menschen mit Fluchterfahrungen und Migrationshintergrund muss gefördert werden, z. B. durch einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Staatsbürgerschaft und zu Qualifikationsmaßnahmen sowie durch eine einfachere Nostrifizierung von Qualifikationen.

2.2 Geringe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Erwerbsarbeit spielt eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig ist unfreiwillige Arbeitslosigkeit eine hohe individuelle und gesellschaftliche Belastung und zeugt von Markt- und Politikversagen. Eine niedrige Arbeitslosenquote stärkt darüber hinaus die Verhandlungsposition der Lohnabhängigen. Die herkömmliche Arbeitslosenquote erfasst nur einen Teil der Menschen, die (mehr) Beschäftigung wollen. Daher wird hier die aussagekräftigere Unterbeschäftigungsquote herangezogen, die arbeitslose Personen, Teilzeitbeschäftigte, die gerne mehr arbeiten möchten, Personen in Schulung bzw. Karenz sowie die „Entmutigten“, die arbeiten wollen, aber die Suche nach Arbeit aufgegeben haben, erfasst.

Unterbeschäftigungsquote

Unterbeschäftigungsquote entfernt sich vom Zielwert



Die Unterbeschäftigungsquote beschreibt die Anzahl der Arbeitslosen plus jener, die (mehr) arbeiten wollen, aber nicht können. Nach dem Rückgang der Unterbeschäftigungsquote seit Ende der COVID-19-Pandemie bis zum Tiefpunkt 2022 mit 11 % steigt sie nun wieder an und liegt für 2023 bei 12,8 %.

Quelle: Eurostat, 2024e, eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Nach einer positiven Entwicklung seit Ende der COVID-19-Pandemie ist die Unterbeschäftigung 2023 erneut deutlich angestiegen, wodurch sich Österreich weiter vom Ziel entfernt.
- Generell weist die Entwicklung im Zeitverlauf einen negativen Trend auf.

Was wir brauchen

- Das Ziel einer geringeren Unterbeschäftigung kann nur in Einklang mit einer auf Vollbeschäftigung ausgerichteten Wirtschaftspolitik erreicht werden.
- Die aktive Arbeitsmarktpolitik sollte finanziell besser ausgestattet und das Qualifikations-Matching verbessert werden.
- Die Absicherung des Lebensunterhalts muss beim Verlust des Arbeitseinkommens nachhaltig garantiert werden.
- Arbeit muss gerechter verteilt werden, insbesondere durch eine Senkung der Normalarbeitszeit auf 32 Wochenstunden.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Eine wohlstandsorientierte Politik mit dem Ziel einer Vollbeschäftigung steht vor zahlreichen Herausforderungen: Sie soll die Beschäftigten auf eine soziale und ökologische Transformation sowie auf die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der Digitalisierung vorbereiten. Öffentliche Investitionen sollten gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten schaffen. Gleichzeitig kann eine Arbeitszeitverkürzung in Kombination mit einer gerechteren Verteilung von Erwerbsarbeit dazu beitragen, Unterbeschäftigung zu reduzieren.

Flankierend bedarf es erstens arbeitsmarktpolitischer Bemühungen, die inaktive Erwerbsbevölkerung in den Arbeitsmarkt zu integrieren (Moder & Theurl, 2023), und zweitens mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, um die hohen Ausgrenzungsrisiken besonders in Krisenzeiten abzufedern (Huemer & Mahringer, 2024). Dazu zählt ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot, vor allem in den ländlichen Regionen. Damit könnten für einen Teil der inaktiven Erwerbsbevölkerung und der unfreiwillig Teilzeitarbeitenden die Voraussetzungen geschaffen werden, um am Erwerbsleben teilzunehmen. Eine Arbeitsplatzgarantie kann dazu genutzt werden, Angebote für diejenigen zu schaffen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr bekommen. Zudem braucht es Qualifizierungsangebote mit einer ausreichenden Existenzsicherung, insbesondere für die Bevölkerungsgruppe mit niedrigen Einkommen.

Im Detail

Jeder Mensch, der einer Erwerbsarbeit nachgehen will, soll im persönlich gewünschten und im ökologisch und gesellschaftlich verträglichen Ausmaß die Möglichkeit dazu haben. Das ist ein zentrales Ziel wohlstandsorientierter Wirtschafts- und Sozialpolitik. Denn: Arbeitslos, unterbeschäftigt oder überbeschäftigt zu sein beeinträchtigt das subjektive Wohlergehen. Eine gerechte Verteilung der gesellschaftlich sinnvollen Arbeit kann durch eine Reduktion der Arbeitszeit auf 32 Wochenstunden erreicht werden.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben 2020 zu einem dramatischen Einbruch der Beschäftigung und zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Das von den Sozialpartnern ausverhandelte Kurzarbeitsmodell konnte einen weiteren Beschäftigungsabbau verhindern (Schnitzer et al., 2020) und stützte die 2021 einsetzende konjunkturelle Erholung. Seitdem die Unterbeschäftigungsquote 2022 mit 11 % einen Tiefpunkt erreicht hat, steigt sie wieder an. Die Auswirkungen der Teuerungskrise, (geld)politische Reaktionen darauf sowie Verunsicherungen und Verwerfungen in internationalen Beziehungen aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine tragen maßgeblich zur Negativentwicklung auf dem Arbeitsmarkt bei.

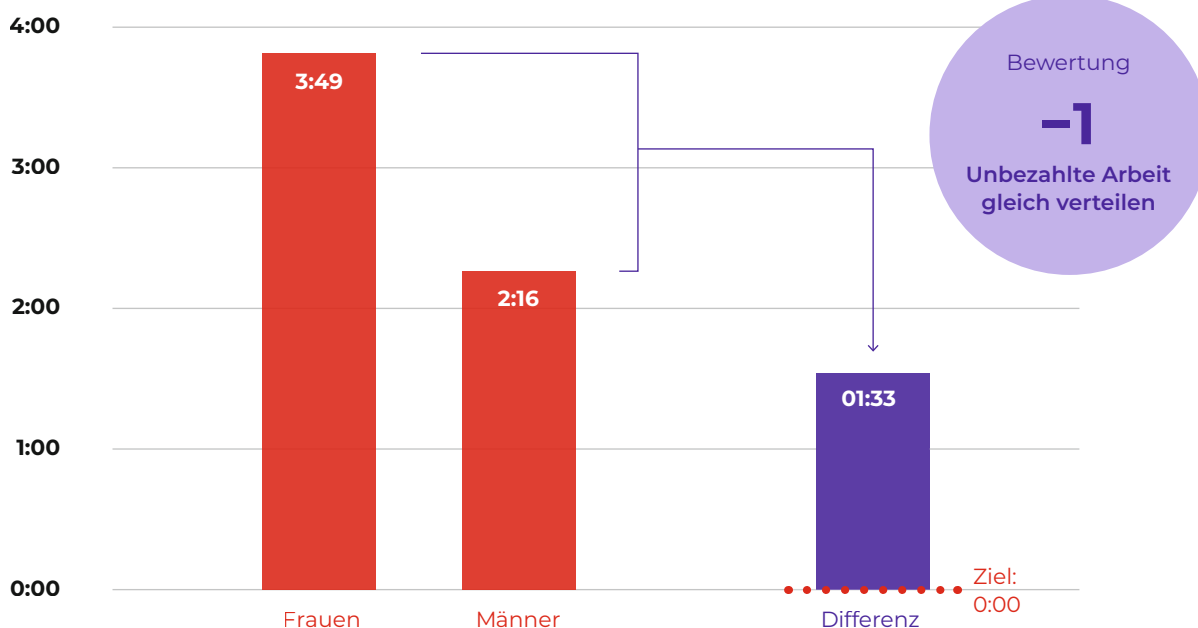
Aktuell lässt die Bundesregierung zudem mit geplanten Kürzungen des AMS-Budgets aufhorchen, die zu einer weiteren Verschärfung der angespannten Situation führen würden. Aufgrund des starken Anstiegs der Unterbeschäftigung beurteilen wir den Indikator mit -2.

2.3 Unbezahlte Arbeit gleich verteilen

Dass Frauen immer noch die Hauptlast der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit tragen, ist eines der größten Hindernisse für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und Erwerbsbeteiligung von Frauen. Eine wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, materiellen Wohlstand gerecht zu verteilen und gute Arbeit zu ermöglichen. Insofern muss die Verteilung von unbezahlter Arbeit in den Blick genommen werden. Der Indikator misst die Differenz des zeitlichen Aufwands für unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern (Gender-Care-Gap). In gesellschaftspolitischer Hinsicht sollte es bei der unbezahlten Arbeit keine Differenz zwischen Frauen und Männern geben.

Unbezahlte Sorgearbeit (in Stunden)

Unbezahlte Arbeit bleibt ungleich verteilt



Die Abbildung zeigt die Differenz im Ausmaß der täglich geleisteten unbezahlten Haushalts- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen (Erhebungszeitraum 2021/22).. Bei Frauen beträgt das Ausmaß der unbezahlten Arbeit täglich 3 Stunden und 49 Minuten, bei Männern 2 Stunden und 16 Minuten. Damit leisten Frauen täglich 1 Stunde und 33 Minuten mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Der Zielwert der Differenz beträgt 0.

Quelle: Statistik Austria, 2024c, eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Nach 13 Jahren gibt es nun endlich neue Daten zum Indikator, kurzfristige Abweichungen können allerdings nicht beurteilt werden.
- Die Hauptlast der unbezahlten Arbeit liegt nach wie vor bei den Frauen (3 Stunden und 49 Minuten), die 1,7-mal so viel unbezahlte Arbeit leisten wie Männer (2 Stunden und 16 Minuten).

Was wir brauchen

- Es braucht einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Kinderbildungs- und -betreuungsangebote ab dem 1. Geburtstag und einen Ausbau ganztägiger Schulformen.
- Es bedarf mehr qualitativ besserer sozialer Dienstleistungen im Bereich der Pflege.
- Steuer-, Abgaben- und Fördersysteme müssen umgestaltet werden, um die partnerschaftliche Teilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zu fördern.
- Es braucht eine kürzere, gesunde Vollzeit für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Im Detail

Eine wohlfondsorientierte Politik muss auf die gesamtgesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern hinarbeiten. Daten zur Verteilung der unbezahlten Haus-, Betreuungs- und Versorgungsarbeiten werden in Österreich nur sehr unregelmäßig erhoben. Die aktuellsten Zeitverwendungserhebungen fanden in den Jahren 2008/09 sowie 2021/22 statt.

Trotz nicht eindeutiger Vergleichbarkeit der Daten zeigt sich eine leichte Verringerung des Gender-Care-Gap seit den 1980er-Jahren. Gründe dafür sind u. a. Verbesserungen in der Kinderbetreuung, kürzere Modelle beim Kinderbetreuungsgeld, aber auch Auslagerungen von Sorgearbeit und ein leicht gestiegenes Engagement der Männer. In Krisenzeiten, wie etwa während der COVID-19-Krise, stieg die Belastung durch unbezahlte Arbeit bei Frauen deutlich an (Derndorfer et al., 2021). Insgesamt stagniert der Anteil, den Frauen übernehmen, seit der letzten Erhebung bei rund zwei Dritteln.

Da eine Erreichung des Ziels nicht in Sicht ist, bewerten wir den Indikator mit -1. Es ist zu befürchten, dass der eklatante Personalmangel im Gesundheits- und Sozialbereich in Verbindung mit dem demografischen Wandel dazu führen wird, dass Frauen die dadurch auftretenden Versorgungslücken kompensieren und noch mehr unbezahlte Care-Arbeit leisten werden.

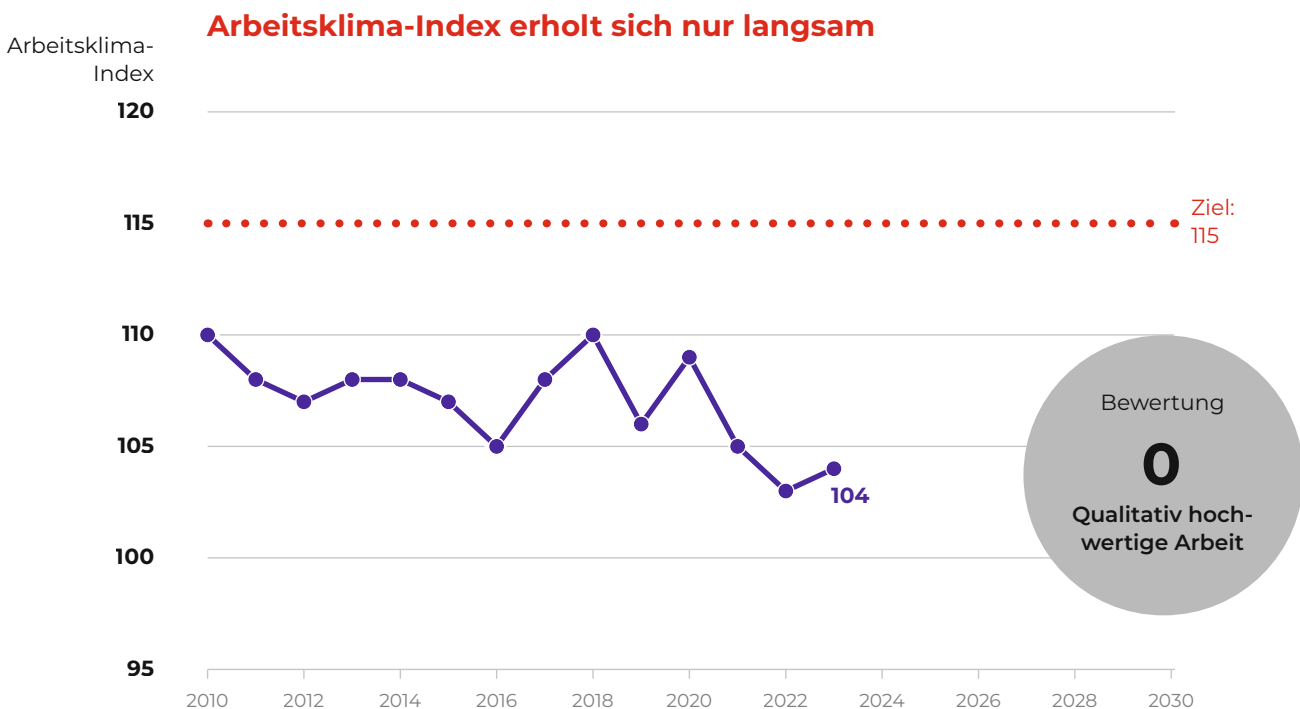
Maßnahmen für mehr Wohlstand

Um eine gleiche Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern zu fördern, müssen qualitätsvolle soziale Dienstleistungen im Bereich der Kinderbildung bzw. der Pflege und Betreuung sowie ganztägige Schulformen ausgebaut werden. Darüber hinaus müssen Steuer- und Abgabensysteme und die Familienförderung so umgebaut werden, dass eine partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Arbeit und der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert wird bzw. negative Anreize beseitigt werden.

Zudem ist eine Umverteilung der Erwerbsarbeitszeit zwischen den Geschlechtern eine wichtige Voraussetzung, um auch unbezahlte Arbeit leichter umverteilen zu können. Eine deutliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie ein Abbau von Barrieren hinsichtlich Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit würden für Männer Anreize schaffen, sich verstärkt auch im unbezahlten Bereich zu engagieren, wodurch der Gender-Care-Gap reduziert werden könnte.

2.4 Qualitativ hochwertige Arbeit

Erwerbsarbeit ermöglicht sowohl materielle als auch gesellschaftliche Teilhabe und damit subjektive Sinnstiftung. Sind die Bedingungen, unter denen die Arbeit verrichtet wird, schlecht, entstehen Probleme und Belastungen. Daraus lässt sich folgern: Je höher die Qualität der Arbeit, desto höher die Lebensqualität. Zur Bewertung des Teilziels wird der Arbeitsklima-Index herangezogen, der die Arbeitszufriedenheit der österreichischen Beschäftigten misst. Er gibt Aufschluss über ihre Belastungen, Ängste und Wünsche. Ziel ist ein nachhaltig hohes Niveau.



Besonders die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ließen den Arbeitsklima-Index in den letzten Jahren einbrechen. Von einem relativ hohen Wert im Jahr 2018 (110 Indexpunkte) sank der Wert bis 2022 auf 102 Punkte ab. Das entspricht fast dem Tiefstand im Jahr 1997 (100 Punkte). Im Jahr 2023 lässt sich mit einem Indexwert von 104 nun wieder eine leichte Erholung erkennen. Der Zielwert von 115 Punkten wird allerdings deutlich verfehlt.

Quelle: AK Oberösterreich, 2024

Was wir sehen

- Nach einem deutlichen Einbruch des Arbeitsklima-Index ab dem Sommer 2020 scheint sich wieder ein leichter Anstieg abzuzeichnen: 2023 stieg der Index wieder leicht auf 104 Punkte.
- Analog dazu weisen jedoch mehrere Teilindikatoren auf deutliche Verschlechterungen im Beobachtungszeitraum hin. So ist der Anteil der Beschäftigten mit psychischem Stress in den letzten Jahren deutlich angestiegen.

Was wir brauchen

- Es sollte ein stärkerer Fokus auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Beschäftigten gelegt werden, um die Arbeitszufriedenheit positiv zu beeinflussen. Dazu zählt beispielsweise die Unterstützung der Beschäftigten, um Beruf und Privatleben besser unter einen Hut bringen zu können.
- Dazu sind mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeitgestaltung sowie eine Arbeitszeitverkürzung notwendig.

Im Detail

Die AK Oberösterreich berechnete erstmals 1997 den Arbeitsklima-Index. Dieser Wert wird als Ausgangsbasis für künftige Indexbewegungen herangezogen (1997 = 100). Zuletzt brachten die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie einen deutlichen Einbruch im Arbeitsklima-Index (102 Indexpunkte). Die Zufriedenheit am Arbeitsplatz nimmt zwar langsam wieder zu, und der Index lag zuletzt bei 104 Punkten, das Vorkrisenniveau ist jedoch noch nicht erreicht.

Auffallend ist, dass sich die Zahl der Beschäftigten, die die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben mit „schlecht“ oder „sehr schlecht“ bewerten, in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hat. Auch in bestimmten Branchen wie Bau, Reinigung oder Transport fällt der Wert regelmäßig unterdurchschnittlich aus.

Von dem hoch gesteckten Zielwert von 115 Punkten ist man derzeit noch weit entfernt. Aufgrund des leichten Anstiegs im Vergleich zum Vorjahr kann aber eine Bewertung von 0 abgegeben werden.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Eine Verbesserung der Qualität der Arbeit hängt von vielen Faktoren ab. Zentrale Anliegen sind dabei planbare und mitbestimmte Arbeitszeiten, der Anspruch auf eine 4-Tage-Woche und leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche, gesunde Vollzeit mit 32 Wochenstunden, mehr Mitbestimmung durch Betriebsräte in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt, die Ausweitung des Einsatzes von Arbeits- und Organisationspsycholog:innen als Präventivfachkräfte und substanzielle Personalaufstockung von Arbeitsinspektor:innen, um Mindestvorgaben beim Arbeitnehmer:innenschutz wieder zu erreichen.

Die Qualität der Arbeit hängt auch von branchenspezifischen und innerbetrieblichen Entwicklungen ab: In Problembranchen sind dringend gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsqualität zu setzen. Außerdem müssen psychische Stressfaktoren wie Isolation am Arbeitsplatz oder mangelnde Möglichkeiten der Zeiteinteilung adressiert werden.

2.5 Starke Mitbestimmung in der Arbeitswelt

Umfassende Mitbestimmung in der Arbeitswelt führt nicht nur zu besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen. Sie wirkt sich auch positiv auf das gesellschaftliche Miteinander aus, etwa indem sie die demokratische Beteiligung fördert. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist – neben der Kollektivvertragsabdeckung und Indikatoren der betrieblichen Mitbestimmung – der wichtigste Indikator zur Messung des Ausmaßes an Mitbestimmung in der Arbeitswelt.

Je höher der Organisationsgrad, desto größer sind die Möglichkeiten von Gewerkschaften, sich für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne einzusetzen und die Interessen der Arbeitnehmer:innen gegenüber Unternehmensleitungen und dem Staat zu vertreten.

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad

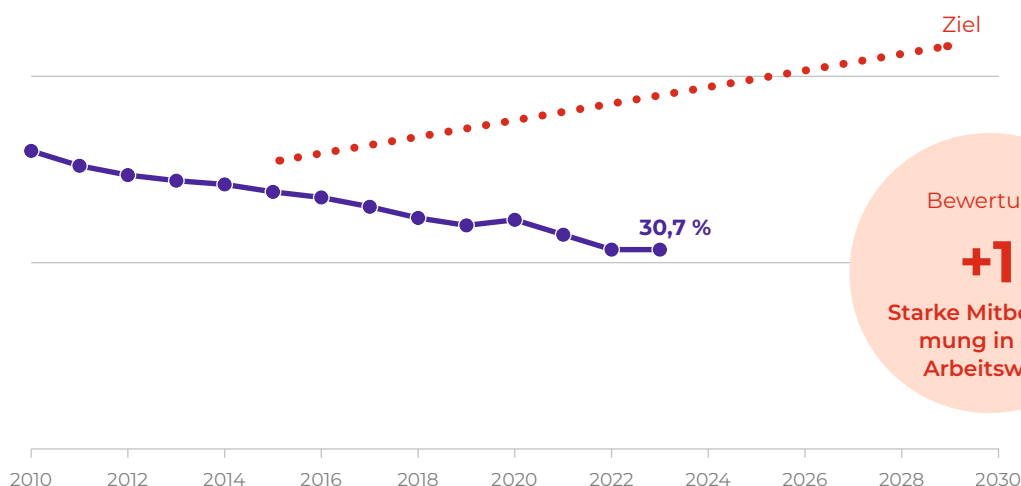
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad stabilisiert sich auf niedrigem Niveau

50 %

40 %

30 %

20 %



Bewertung

+1

Starke Mitbestimmung in der Arbeitswelt

In den letzten Jahrzehnten hat der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Österreich abgenommen. So lag er vor 40 Jahren noch bei über 60 %, vor 20 Jahren bei über 40 % und liegt nun nur mehr bei 30,7 %. Allerdings konnte dieser Rückgang in den letzten Jahren abgesehen werden; der Organisationsgrad stabilisiert sich nun seit einigen Jahren auf niedrigem Niveau.

Quelle: ÖGB & BALL, o. J., eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sollte so hoch wie möglich sein, um Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen in eine starke Verhandlungsposition zu versetzen.
- In den letzten Jahrzehnten hat der Organisationsgrad in Österreich allerdings kontinuierlich abgenommen. Er stabilisiert sich nun aber seit einigen Jahren auf niedrigem Niveau.

Was wir brauchen

- Zur Steigerung des Organisationsgrades ist es wichtig, unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen für Betriebsräte und Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und auszubauen.
- Ebenso wichtig sind Maßnahmen zur Mitgliedergewinnung und -partizipation, um die betriebliche Vertretungslücke zu schließen und über den Betrieb hinaus gesamtgesellschaftlich wirksam zu werden.

Im Detail

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sollte so hoch wie möglich sein, um Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen in eine starke Verhandlungsposition zu versetzen. Er nahm jedoch in vielen EU-Ländern in den letzten Jahrzehnten ab. Auch in Österreich ging er zurück, stabilisiert sich nun allerdings auf niedrigem Niveau. Die Mitgliederzahlen des ÖGB lagen 2023 mit rund 1,21 Mio. ca. auf dem Stand von vor der COVID-19-Krise (2019).

Es gibt verschiedene Gründe für den sinkenden Organisationsgrad: So treffen sich wandelnde Arbeitsmärkte auf heterogenere und individualisiertere Belegschaften. Auch disloziertes und fragmentiertes Arbeiten erschwert die Möglichkeiten einer kollektiven Interessenvertretung. Gewerkschaften versuchen seit einigen Jahren, diesem Trend u. a. über Organizing-Kampagnen und gezielteres Mitgliederservice gegenzusteuern. Diese Bemühungen zeigen sich auch in den Daten: So konnten in Österreich in den letzten Jahren leichte Mitgliederzuwächse verzeichnet werden, die sich allerdings wegen der gleichzeitig steigenden Erwerbstätigenzahlen (noch) nicht im Organisationsgrad niederschlagen. Wir bewerten den Trend angesichts der Stabilisierung und der leichten Mitgliedergewinne bei niedrigem Organisationsgrad aktuell mit +1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Um auch in Zukunft effektive Mitbestimmungsmöglichkeiten sicherzustellen, gilt es, unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen für Betriebsräte und Gewerkschaften (wie etwa die gesetzliche Mitgliedschaft in Wirtschafts- und Arbeiterkammern) aufrechtzuerhalten und auszubauen (beispielsweise Verbesserungen bei Freistellungen von Betriebsratsmitgliedern). Ebenso wichtig sind weitere Maßnahmen der Gewerkschaften zur Mitgliedergewinnung und -partizipation, um ihren Organisationsgrad zu steigern und die betriebliche Vertretungslücke zu schließen. Auch braucht es mehr und stärkeren Schutz für Menschen, die ihre demokratischen Mitbestimmungsrechte in Anspruch nehmen wollen. So gibt es auch in Österreich noch immer Formen des Union-Bustings, z. B. indem Menschen wegen der geplanten Wahl eines Betriebsrates gekündigt bzw. ausgesperrt werden. Hier bedarf es auch effektiver Sanktionen gegen mitbestimmungsfeindliche Unternehmen.

Thema: **Verteilung und Gerechtigkeit**

Österreich ist eines der wohlhabendsten Länder der Welt, doch der Wohlstand ist sehr ungleich verteilt.

Es gibt viele Dimensionen, anhand derer die Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft gemessen werden können. Bei Einkommen und Vermögen ist es die ungleiche Verteilung zwischen Arm und Reich, aber auch zwischen Männern und Frauen, zwischen Jung und Alt, zwischen Stadt und Land oder auch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Es sind aber nicht nur die materiellen Ressourcen, sondern beispielsweise auch Chancen und Möglichkeiten, die ungleich verteilt sind: Wer kann welche Bildungsabschlüsse erreichen? Wer bekommt einen guten Job? Wer hat Zugang zur besten medizinischen Versorgung? Wer hat ausreichend viel Freizeit? Und wer ist in welchem Ausmaß von den Folgen der Klimakrise betroffen?

Die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (2009) hielt bereits fest, dass Durchschnitte und Gesamtgrößen nicht ausreichen, um den Wohlstand in einem Land zu bewerten. Verteilungsgerechtigkeit ist daher ein elementarer Grundsatz der Wohlstandspolitik. Sie zieht sich als Querschnittsmaterie durch den gesamten AK-Wohlstandsbericht und ist nicht nur auf den Abschnitt „Gerecht verteilter materieller Wohlstand“ beschränkt. Die Zielgröße der Verteilungsindikatoren, also die Beurteilung dessen, was „gerecht“ ist, ist jedoch kaum zu

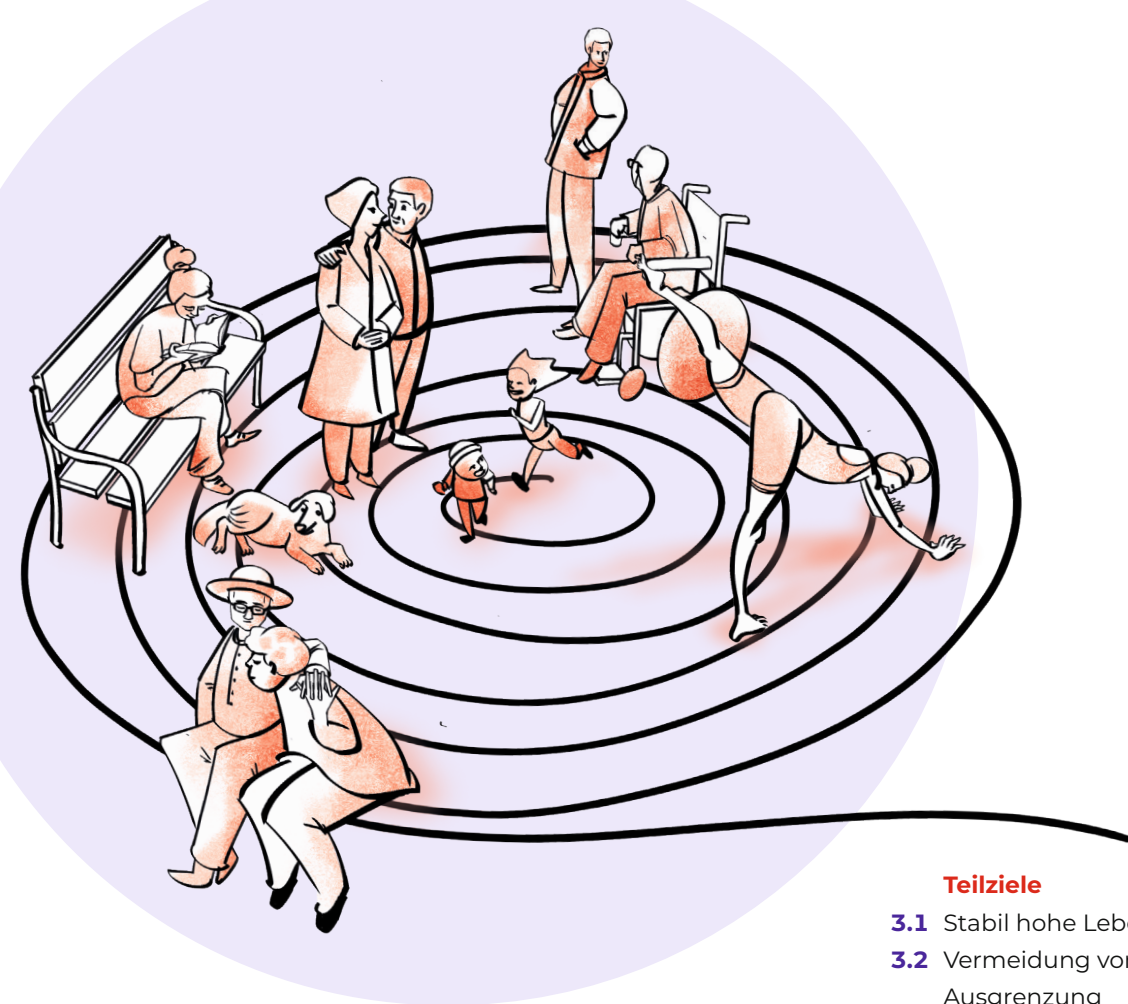
bestimmen und wird auch individuell sehr unterschiedlich wahrgenommen. In Österreich ist die Zustimmung zum Leistungsprinzip, wonach jene, die mehr arbeiten können, auch mehr bekommen sollen, und zum Bedarfsprinzip, wonach Armen und Bedürftigen geholfen werden soll, am höchsten (Hofmann et al., 2020). Aktuelle Umfragen zeigen, dass das aktuelle Ausmaß der Ungleichheit in Österreich von der Mehrheit der Gesellschaft jedenfalls als zu hoch empfunden wird und der Wunsch nach mehr Umverteilung weit verbreitet ist (Derndorfer et al., 2024).

Ein starker Sozialstaat ist der Schlüssel zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Einerseits sollen Steuern und Abgaben auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften dafür sorgen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter aufgeht und die Schiefelage im Steuersystem reduziert wird. Während etwa 80 % der gesamten Steuern und Abgaben aus Arbeit und Konsum stammen, entfallen nur rund 1,4 % auf vermögensbezogene Steuern. Im internationalen Vergleich zählt Österreich bei der Besteuerung von Vermögen zu den Schlusslichtern. Andererseits sollen Transferzahlungen, soziale Dienstleistungen und eine breite öffentliche Infrastruktur die Basis für ein gutes Leben für alle bieten. Die Unterstützungsleistungen in Notlagen sind in Österreich jedoch nicht armutsfest. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe müssen an die Inflation angepasst werden, ebenso ist die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung zu vereinheitlichen und auf ein existenzsicherndes Niveau anzuheben. Auch bei der Daseinsvorsorge hat Österreich in der Vergangenheit vieles verabsäumt. Hier gilt es vor allem im Bereich der Bildung, im sozialen Wohnbau und im Gesundheitssystem, insbesondere in der Pflege, Verbesserungen zu erzielen und damit den Wohlstand für alle Menschen nachhaltig zu erhöhen.

3 Hohe Lebensqualität

Die Lebensqualität ist wohl das unmittelbarste Bewertungskriterium für Wohlstand. Bereits in den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (2009) wird betont, dass Aspekte der Lebensqualität nur durch einen Mix aus subjektiven Einschätzungen und objektiven Daten dargestellt werden können. Dabei decken diese ein breites Themenspektrum ab, das von Bildung und Gesundheit über die Qualität des Wohnens bis zu Fragen der sozialen Beteiligungsmöglichkeiten reicht.

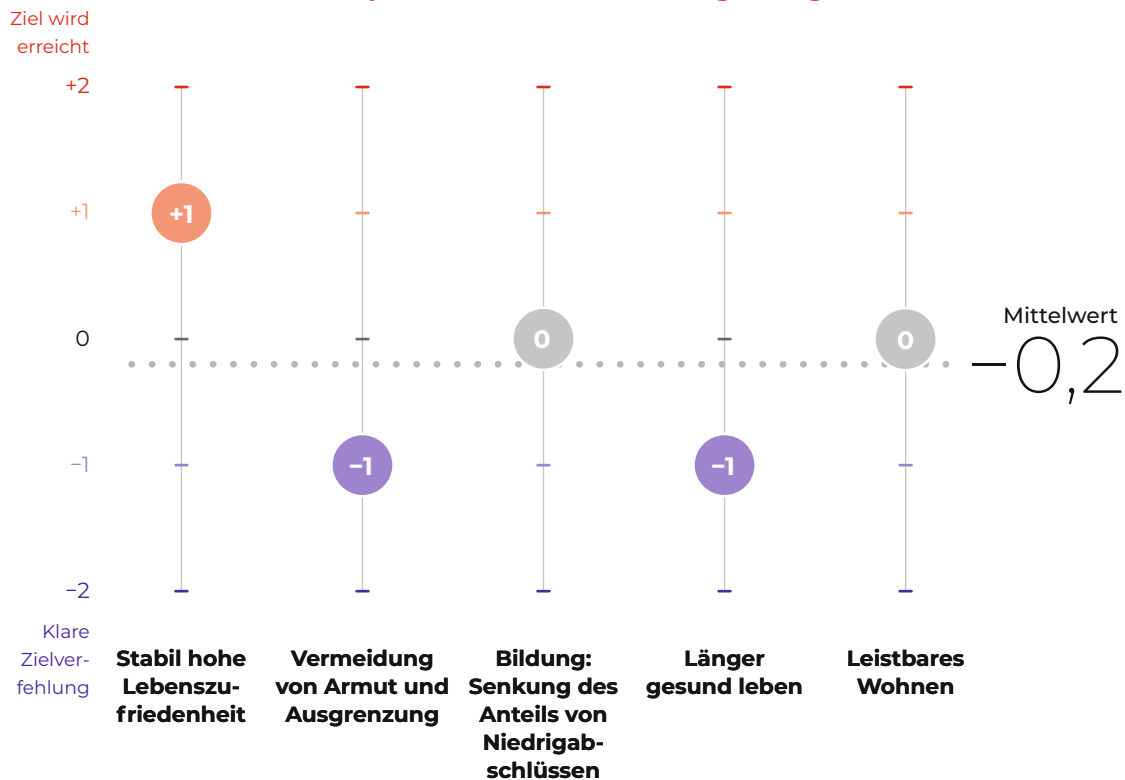
Das Ziel „Hohe Lebensqualität“ erreicht in den Wohlstandsberichten üblicherweise die höchste Punktzahl, doch heuer wird es zum ersten Mal schlechter bewertet als das Ziel „intakte Umwelt“. Die Gesamtwertung liegt bei $-0,2$. Die Indikatoren deuten darauf hin, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie und der anschließenden Teuerungskrise sich nochmals deutlich negativ in der Gesellschaft bemerkbar gemacht haben. Die Unsicherheit in Bezug auf den Erhalt des eigenen Lebensstandards ist groß, wie etwa die Ergebnisse der quartalsweisen „So geht’s uns heute“-Befragungen der Statistik Austria aufzeigen (BMSGPK, 2024). Besonders stark wirken sich die steigenden Lebenshaltungskosten und damit verbunden die steigende Armuts- und Ausgrenzungsgefahr auf die Lebensqualität vieler Menschen aus. Interessant ist jedoch, dass trotz der negativen Erfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen die Einschätzung zur allgemeinen Lebenszufriedenheit relativ stabil bleibt und hier nur ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Das deutet stark darauf hin, dass es zwar bestimmte Personengruppen gibt, die stark an Lebensqualität einbüßen, aber eben auch andere, die sogar an Lebensqualität gewinnen.



Teilziele

- 3.1 Stabil hohe Lebenszufriedenheit
- 3.2 Vermeidung von Armut und Ausgrenzung
- 3.3 Bildung: Senkung des Anteils von Niedrigabschlüssen
- 3.4 Länger gesund leben
- 3.5 Leistbares Wohnen

Hohe Lebensqualität – leichte Verringerung



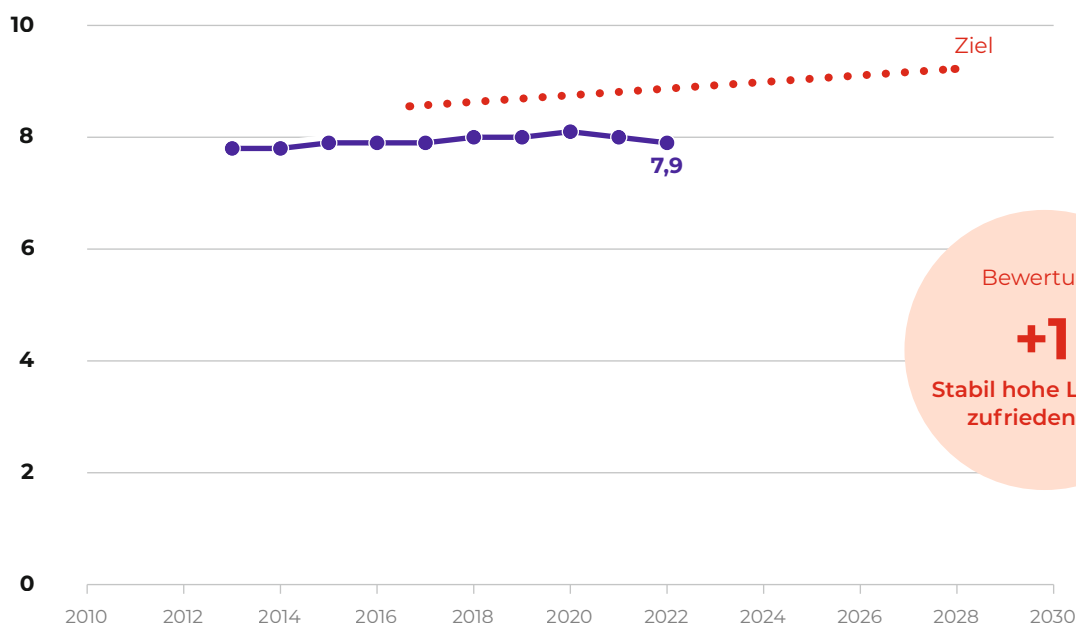
3.1

Hohe Lebenszufriedenheit

Die Lebenszufriedenheit von Menschen wird durch zahlreiche – oft auch zu tiefst persönliche – Faktoren bestimmt. Aufgabe der Politik ist es, einen soliden Rahmen zu schaffen, um ein Wohlergehen aller zu ermöglichen. Ein wichtiger Indikator zur Messung der subjektiven Bewertung des eigenen Lebens ist die allgemeine Lebenszufriedenheit („Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt?“). Ist die allgemeine Lebenszufriedenheit niedrig, so kann dies häufig mit objektiven Faktoren wie einer hohen sozialen Ungleichheit oder einem schlechten Gesundheits- und Sozialsystem in Verbindung gebracht werden. Umgekehrt wird bei hoher allgemeiner Lebenszufriedenheit angenommen, dass dies auch mit guten sozialen Bedingungen in einem Land zusammenhängt.

Skala der Lebenszufriedenheit

Stabil hohe Lebenszufriedenheit in Österreich



Bewertung
+1
Stabil hohe Lebenszufriedenheit

Die Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit war in Österreich in den letzten Jahren durchaus positiv und blieb trotz Pandemie und Teuerung sehr stabil. Laut letztverfügbaren Daten von 2022 liegt sie bei hohen 7,9 von 10 möglichen Punkten. Seit Erhebung des Indikators gibt es wenig Fluktuation. Der Maximalwert lag bei 8,1 (2020), der Minimalwert bei 7,7 (2011).

Quelle: Statistik Austria, 2024a

Was wir sehen

- Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Österreich ist trotz multipler Krisen auf einem hohen Niveau.
- Ein detaillierter Blick in die Daten zeigt, dass materiell und sozial deprivierte Menschen deutlich niedrigere Lebenszufriedenheitsraten aufweisen.

Was wir brauchen

- Um die allgemeine Lebenszufriedenheit in Österreich auf hohem Niveau zu stabilisieren, ist es wichtig, das „österreichische Modell“ eines gut ausgebauten Sozialstaats und stabilen Arbeitsmarktes beizubehalten und auszubauen.
- Um die Lebenszufriedenheit von Armutsgefährdeten oder dauerhaft Arbeitslosen zu erhöhen, sind Maßnahmen zur Reduktion ihrer Anzahl sowie gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze und armutsfeste Sozialleistungen wichtig.

Im Detail

Seit die allgemeine Lebenszufriedenheit in Österreich erhoben wird, liegt sie auf einem stabil hohen Niveau (im Jahr 2022 bei 7,9 von 10 möglichen Punkten). Im Zuge der Teuerungskrise ist der Wert nur kurzfristig leicht gesunken (Statistik Austria, 2024a). Dies ist – auch im internationalen Vergleich – ein besonders hoher Wert. Der Mittelwert über die Gesamtbevölkerung kann kaum mehr gesteigert werden und kommt damit dem politischen Ziel eines Wohlergehens möglichst aller sehr nahe.

Ziel muss es daher sein, dieses hohe allgemeine Niveau an Lebenszufriedenheit zu erhalten. Gleichzeitig gilt es, die Lebenszufriedenheit spezifischer Gruppen deutlich zu erhöhen. Gerade Arme und dauerhaft Arbeitslose leiden besonders an den fehlenden Mitteln und Zugängen zur ökonomischen und sozialen Teilhabe, was sich in weiterer Folge negativ auf ihr subjektives Wohlbefinden auswirkt. Innerhalb der Gruppe der materiell und sozial deprivierten liegt die Lebenszufriedenheit bei nur 5,6, unter den ganzjährigen Arbeitslosen bei 6,3. Die Pandemie und die Teuerungskrise stellten diese Bevölkerungsgruppen auf eine zusätzliche Probe. Maßnahmen, die zum Erhalt des Lebensstandards und der sozialen Teilhabe gesetzt werden, wirken daher indirekt auch auf die Lebenszufriedenheit dieser Gruppen.

Wir bewerten den Trend angesichts der stabil hohen Lebenszufriedenheit mit nur geringen Einbußen im Zuge der letzten Krisen aktuell mit +1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

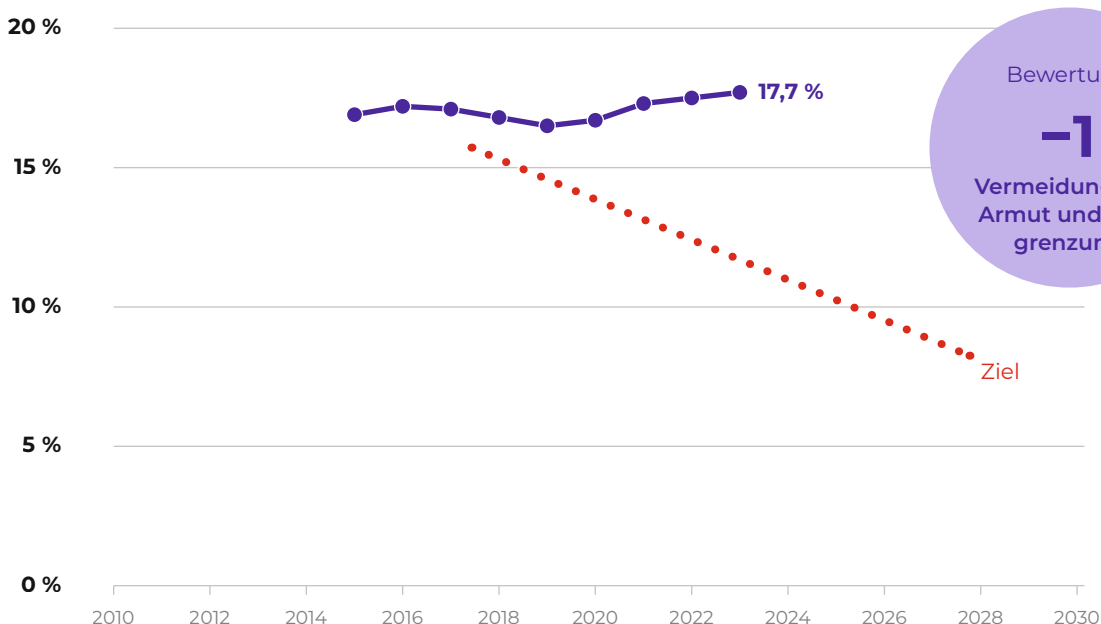
Um die allgemeine Lebenszufriedenheit in Österreich auf hohem Niveau zu stabilisieren und die Lebenszufriedenheit spezifischer Gruppen (z. B. von Armutsgefährdeten und dauerhaft Arbeitslosen) zu erhöhen, ist es angesichts der vielen Krisen der letzten Jahre besonders wichtig, dass das „österreichische Modell“ eines gut ausgebauten Sozialstaats beibehalten und weiterentwickelt wird. Wichtig für den Erhalt der allgemeinen Lebenszufriedenheit in Österreich sind aktuell unter anderem: eine Reduktion der Zahl der armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Personen über einen armutsfesten Sozialstaat, eine möglichst geringe Arbeitslosenrate sowie gute, kollektivvertraglich abgesicherte Arbeitsverhältnisse und faire Löhne, ebenso Maßnahmen gegen die Teuerung, insbesondere mit Blick auf die Grundbedürfnisse für ein gutes Leben, wie Energie, Lebensmittel und Wohnen.

3.2 Vermeidung von Armut und Ausgrenzung

Armut und Ausgrenzung sind zweifellos extreme Formen fehlenden Wohlstands. Der Indikator der Gefährdung durch Armut oder soziale Ausgrenzung umfasst die drei Dimensionen Armutsgefährdung (Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen unter 60 % des Medians), erhebliche materielle und soziale Deprivation und Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. Österreich hat sich dabei zu einer Reduktion der Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen um 204.000 verpflichtet.

Anteil von Armut oder Ausgrenzung bedrohter Personen

Steigende Gefährdung durch Armut und Ausgrenzung in Österreich seit 2018



Der Anteil von Menschen in Armut und Ausgrenzung hat nach Jahren der Stagnation zuletzt kontinuierlich zugenommen – von 16,5 % im Jahr 2019 auf 17,7 % 2023. Das bedeutet, dass sich Österreich von der für 2030 angestrebten Reduktion immer weiter entfernt.

Quelle: Eurostat, 2024i

Was wir sehen

- Aufgrund des gut ausgebauten Sozialstaats sind Armut und Ausgrenzung in Österreich im Vergleich zu vielen anderen EU-Staaten weniger stark ausgeprägt, aber trotzdem auf einem hohen Niveau.
- Die Entwicklungen der letzten Jahre haben die Situation von Menschen mit niedrigem Einkommen zum Teil stark verschlechtert.

Was wir brauchen

- Existenzsichernde Leistungen (Sozialhilfe/ Mindestsicherung, Ausgleichszulage, Notstandshilfe) müssen auf ein armutsvermeidendes Niveau gehoben werden.
- Maßnahmen zum Erhalt von Beschäftigung und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit müssen intensiviert werden.
- Der Sozialstaat muss von Maßnahmen der Budgetkonsolidierung weitestgehend ausgenommen werden.

Im Detail

Unser Ziel ist der möglichst vollständige Abbau von Armut und Ausgrenzung. Österreich hat sich dabei zu einer Reduktion auf 1,23 Mio. von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen bis 2030 verpflichtet. Der durch COVID-19 bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 2020 auf das höchste Niveau seit 1945 hatte aufgrund des sehr niedrigen Niveaus des Arbeitslosengelds und der Notstandshilfe negative Auswirkungen auf die Haushaltseinkommen und somit die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung. Dies verschärfte die Situation, die durch die Kürzungen im letzten sozialen Netz der Sozialhilfe/Mindestsicherung entstanden ist. Zuletzt gesetzte Maßnahmen wie die Nicht-Anrechnung des Pflegegeldes, Einmalzahlungen, der Wohnschirm oder die Indexierung einiger Sozialleistungen können die Verschlechterungen nicht ausgleichen. Die bevorstehende umfangreiche Budgetkonsolidierung macht Verbesserungen für von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen höchst unwahrscheinlich.

Aufgrund der Entfernung vom Zielpfad und unzureichender politischer Maßnahmen lautet die Bewertung daher -1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit müssen intensiviert und das Arbeitslosengeld und damit die Notstandshilfe erhöht und jährlich valorisiert werden, um Menschen im Erwerbsleben und deren Familien vor Armut besser zu schützen. Damit einhergehend müssen Sozialhilfe und Mindestsicherung auf ein armutsvermeidendes Niveau gehoben und die Verschlechterungen der letzten Jahre zurückgenommen werden.

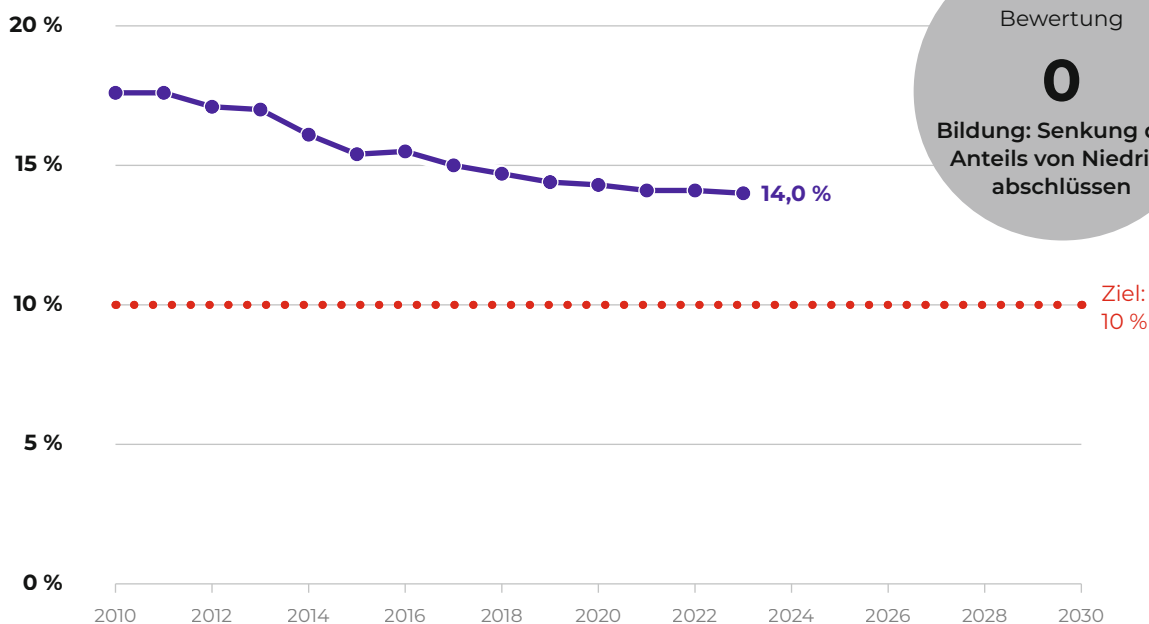
Im Rahmen der bevorstehenden Budgetkonsolidierung müssen Einschnitte in die finanziellen Mittel für soziale Sicherheit im Allgemeinen und für die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung im Speziellen verhindert werden. Gleichzeitig müssen budgetäre Spielräume zum Erhalt und zum Ausbau des Sozialstaats geschaffen werden, um Armut und Ausgrenzung zu verhindern, bevor sie entstehen.

3.3 Bildung: Senkung des Anteils von Niedrigabschlüssen

Der Bildungsstand einer Gesellschaft ist eng mit Wohlstandsindikatoren wie sozialen Lebensbedingungen und dem Gesundheitsstatus verknüpft und trägt wesentlich zum gesellschaftlichen Wohlstand bei. Bildungsabschlüsse unterhalb des Sekundarbereichs II reichen nicht mehr aus, um den Anforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden. Staatliche Maßnahmen fördern daher höhere Abschlüsse. Die Europa-2020-Strategie zielt darauf ab, den Anteil der 18- bis 24-Jährigen mit maximal Pflichtschulabschluss und ohne weiterführende Ausbildung („Early School Leavers“) auf unter 10 % zu senken. Dieses Ziel sollte auch für die breitere Erwerbsbevölkerung gelten.

Anteil der Niedrigqualifikation (unter Sek. II)

Verlangsamter Rückgang des Anteils von Niedrigabschlüssen



Der Anteil niedriger Bildungsabschlüsse sank von 17,6 % (2010) auf 14,0 % (2023), wobei sich der Rückgang zuletzt verlangsamt hat. Die Annäherung an den Zielwert von maximal 10 % erfolgt daher sehr langsam.

Quelle: OECD, 2024a

Was wir sehen

- Der Anteil von Personen im erwerbsfähigen Alter mit maximal Pflichtschulabschluss liegt 2023 mit 14 % deutlich über dem langfristigen Ziel von 10 %.
- Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil nur geringfügig reduziert (-0,1 Prozentpunkte).
- Auf der anderen Seite stieg zwar die Tertiärquote im Vergleich zum Vorjahr, sie liegt jedoch 2023 noch immer unter dem Zielwert von mindestens 40 %.

Was wir brauchen

- Es braucht Sonderbudgets für Schulmaterialien für finanziell benachteiligte Kinder und systematische Zusatzunterstützung für besonders geforderte Schulstandorte.
- Für Weiterbildungsangebote im Erwerbsalter muss das Erwachsenenbildungsbudget erhöht werden.
- In Betrieben ist ein Rechtsanspruch aller Beschäftigten auf eine jährliche Weiterbildungszeit im Umfang von einer Arbeitswoche zu unterstützen.

Im Detail

Im Langzeittrend weist Österreich bei der Senkung des Bevölkerungsanteils mit niedrigen Abschlüssen eine grundsätzlich positive Entwicklung auf – allerdings stagniert diese seit 2021 nahezu. Während in den letzten fünf Jahren (2019–2023) der Rückgang nur noch 0,4 Prozentpunkte ausgemacht hat, war die Reduktion davor wesentlich deutlicher (2009–2013 sowie 2014–2018 um jeweils 1,4 Prozentpunkte). Diese Stagnation ist auf Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Teuerungskrise, aber auch auf Zuwanderung gering qualifizierter Personen in den vergangenen Jahren zurückzuführen.

Diese Entwicklung dämpft auch die weitere Erwartung im Hinblick auf ein Erreichen des langfristigen Zielwerts von unter 10 %. Dieser scheint aufgrund des stockenden Rückgangs erst später erreichbar als erhofft. Vor diesem Hintergrund lautet die Bewertung in diesem Jahr 0.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Bildungspolitische Antworten auf die oben beschriebene Entwicklung sind sowohl im Schul- wie auch im Erwachsenenbildungsbereich notwendig. Insbesondere für finanziell stark belastete Familien sind Sonderbudgets für Schulmaterialien eine wichtige kurzfristige Entlastung. Die systematische Zusatzunterstützung besonders geforderter Schulstandorte auf Basis eines Chancenindex ist für eine bedarfsorientierte Stärkung des Schulwesens notwendig, ebenso ein weiterer Ausbau ganztägiger Schulangebote als zentrale Voraussetzung für ein sozial gerechteres Schulsystem.

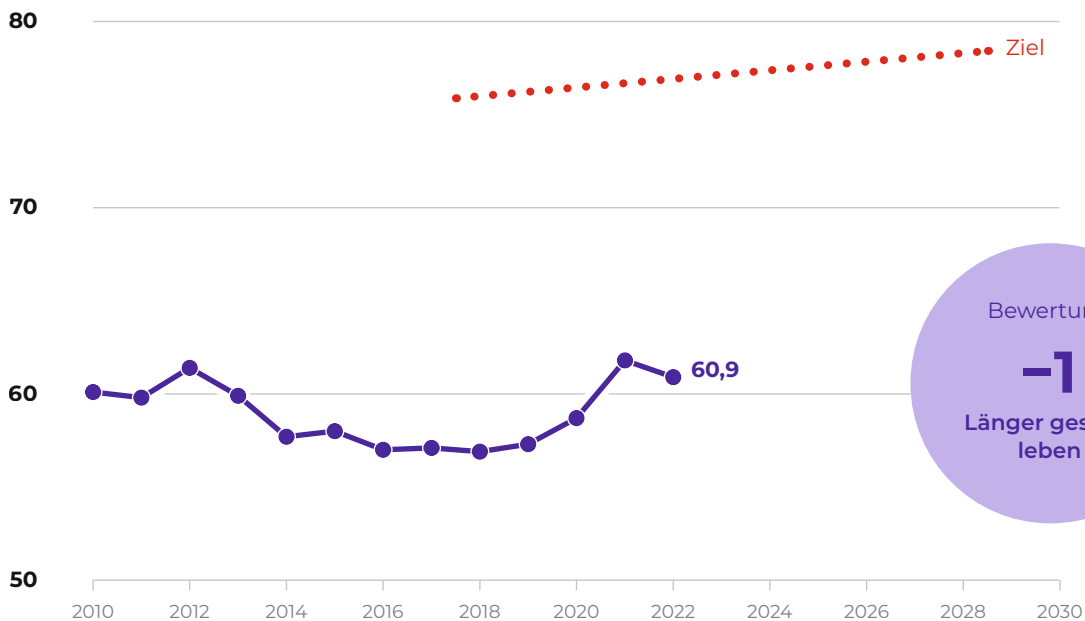
Für Erwachsene ist „Level Up – Erwachsenenbildung“ das zentrale staatliche Angebot zur Basisbildung und zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses. Perspektivisch ist eine Erhöhung des Erwachsenenbildungsbudgets auf 1 % des Bundesunterrichtsbudgets notwendig, um die Fort- und Weiterbildungsangebote im Erwerbsalter zu sichern. Eine finanzielle Abfederung ist gerade für Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen entscheidend, einerseits als Förderung der Kurs- bzw. Lehrgangskosten, andererseits aber auch im Sinne des AK-Modells „Qualifizierungsgeld“ zur Finanzierung des Lebensunterhaltes.

3.4 Länger gesund leben

Seit den 1950er-Jahren ist die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt in Österreich – mit Ausnahme der Corona-Jahre – kontinuierlich gestiegen. Dies führte dazu, dass der Indikator der gesunden Lebensjahre immer mehr an Bedeutung gewann. Er zeigt die Anzahl der Jahre, die eine Person bei ihrer Geburt im Durchschnitt in guter gesundheitlicher Verfassung leben wird. Ziel ist, dass die Anzahl der gesunden Lebensjahre deutlich steigt und möglichst nahe an das Niveau der allgemeinen Lebenserwartung herangeführt wird. Dies kann insbesondere durch Gesundheitsförderung und Prävention von Erkrankungen bewirkt werden.

Anzahl gesunder Lebensjahre

Zahl der gesunden Lebensjahre zuletzt gesunken



Ein Vergleich der Zahl der gesunden Lebensjahre bei der Geburt über die Jahre hinweg zeigt in Österreich keine kontinuierliche Entwicklung. Von 2018 bis 2021 ist eine Steigerung erkennbar (zuletzt um beachtliche 3,1 Jahre). Im Jahr 2022 ist die Zahl mit 60,9 Jahren im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich gesunken (-0,9).

Quelle: Eurostat, 2024e

Was wir sehen

- Im Jahr 2022 ist die Anzahl der gesunden Lebensjahre in Österreich mit 60,9 Jahren im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Jahre gesunken.
- Die Menschen in Österreich verbringen im Durchschnitt 20,5 Jahre mit schweren oder mittelschweren gesundheitlichen Problemen.

Was wir brauchen

- Es sind dringend mehr Investitionen in Primärprävention sowie die Erlassung eines eigenen Präventionsgesetzes erforderlich.
- Es ist eine Verbesserung der Datenlage über Versorgungskapazitäten und -bedarfe notwendig, dazu gehört insbesondere eine verpflichtende Diagnosecodierung.
- Bei bereits eingetretenen chronischen Erkrankungen braucht es eine bessere Behandlung – auch durch das Einbeziehen weiterer Gesundheitsberufe.

Im Detail

Die Anzahl der bei der Geburt zu erwartenden gesunden Lebensjahre soll möglichst nahe an das Niveau der allgemeinen Lebenserwartung herangeführt werden, die im Jahr 2022 im Durchschnitt bei 81,4 Jahren lag (Eurostat, 2024f).

Von 2018 bis 2021 ist eine Steigerung erkennbar (zuletzt um beachtliche 3,1 Jahre). Im Jahr 2022 ist die Zahl mit 60,9 Jahren im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Jahre gesunken. Die Menschen in Österreich verbringen daher im Durchschnitt 20,5 Lebensjahre mit schweren oder mittelschweren gesundheitlichen Problemen.

Das österreichische Gesundheitssystem ist geprägt durch einen mangelnden Fokus auf Gesundheitsförderung und Prävention gegen Erkrankung. Dies zeigt sich etwa auch im Hinblick auf das Gesundheitsverhalten: Bei Übergewicht und Adipositas, beim Ernährungs- und Bewegungsverhalten sowie beim Alkoholkonsum sind keine Verbesserungen zu verzeichnen (Griebler et al., 2023). Für das Absinken der Anzahl der gesunden Lebensjahre im Vergleich zum Vorjahr ist zudem auch der ungewöhnlich hohe Wert aus dem Jahr 2022 verantwortlich.

Als positive Maßnahmen seien etwa die flächendeckende Ausrollung der mit 2015 eingeführten frühen Hilfen, das Programm „Gesund aus der Krise“, die Ermöglichung von Kinder-Primärversorgungseinheiten, die E-Health-Strategie sowie die Einführung des e-Impfpasses genannt.

Aufgrund des deutlichen Absinkens des Indikators bewerten wir die Entwicklung mit -1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

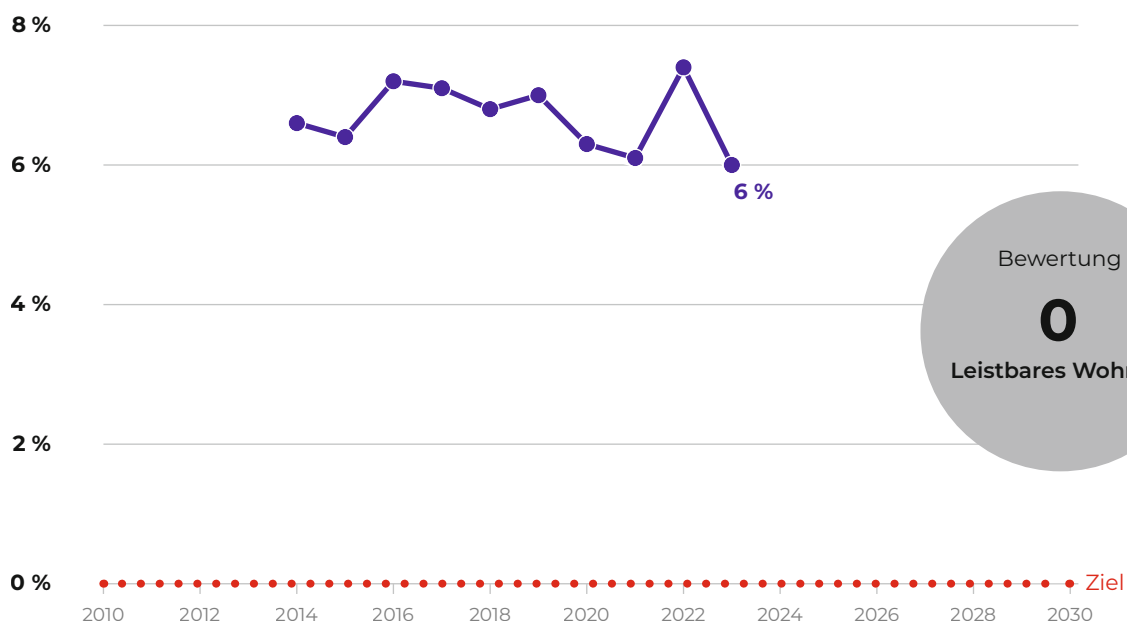
Um einen stabilen Anstieg der Anzahl der gesunden Lebensjahre zu erreichen, braucht es mehr Investitionen in Primärprävention und ein eigenes Präventionsgesetz. Erkrankungen sollen nicht nur gut behandelt, sondern in erster Linie verhindert werden. Auch eine Verbesserung der Datenlage über Versorgungskapazitäten und -bedarfe sowie eine verpflichtende Diagnosecodierung im niedergelassenen Bereich sind notwendig, um Volkskrankheiten frühzeitig zu erkennen und entsprechende Präventionsmaßnahmen zu setzen. Bei bereits eingetretenen chronischen Erkrankungen braucht es eine bessere Behandlung – auch durch das Einbeziehen weiterer Gesundheitsberufe. Darüber hinaus muss eine niederschwellige und kostenlose medizinische Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen sichergestellt werden, einschließlich einer flächendeckenden Versorgung im niedergelassenen Bereich. Gesundheitsbildung muss bereits im Schulalter beginnen.

3.5 Leistbares Wohnen

Leistbares und gutes Wohnen ist ein wesentlicher Faktor für das Wohlergehen. Es gilt, den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen, denn Wohneigentum ist keine Alternative. Mangels umfassender Wohnindikatoren beschränkt sich die Analyse auf das Teilziel „leistbares Wohnen“, und hier auf den gängigen Indikator der Wohnkostenüberbelastung. Eine Überbelastung liegt vor, wenn die Wohnkosten inklusive Strom und Heizung mehr als 40 % des verfügbaren Haushaltseinkommens beanspruchen. Im Sinne der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten ist unser konkretes Ziel, dass der – zumeist armutsgefährdete – Bevölkerungsanteil, der durch seine Wohnkosten überbelastet ist, stetig sinkt.

Anteil der durch Wohnkosten überbelasteten Haushalte

Wohnkostenüberbelastung zuletzt rückläufig



In Österreich waren zuletzt 6 % der Bevölkerung von einer Überbelastung durch Wohnkosten betroffen. In der letzten Dekade schwankte dieser Wert zwischen 6 % und 7,5 %. Ein eindeutiger Trend ist nicht erkennbar. Überraschend ist, dass die Betroffenheit im Jahr 2023 (die sich auf SILC-Daten aus dem Jahr 2022 bezieht) zurückgegangen ist.

Quelle: Eurostat, 2024g

Was wir sehen

- Die Betroffenheit von Wohnkostenüberbelastung ist auf 6 % zurückgegangen.
- Die starke Zunahme der verfügbaren Haushaltseinkommen im Jahresvergleich dürfte dafür verantwortlich sein.
- Wie viel von diesen Einkommenszuwächsen auf Einmalzahlungen zurückzuführen ist, kann nicht direkt abgeleitet werden.

Was wir brauchen

- Es braucht eine Wohnbauförderungs­milliarde für die Bundesländer.
- Öffentliche Grundstücke sollen für geförder­ten Wohnbau reserviert werden.
- Befristete Mietverträge müssen zurückge­drängt werden, und es muss eine wirksame Mietpreisbremse rückwirkend eingeführt werden.

Im Detail

In der letzten Dekade gab es keinen eindeutigen Trend bei der Wohnkostenüberbelastung. Sie ist weder dauerhaft gesunken noch gestiegen. Der Rückgang 2023 ist unerwartet, denn es gab kräftige indexbasierte Mieterhöhungen sowie starke Zinserhöhungen, die bei variabel ver­zinsten Hypothekarkrediten einen sprunghaften Anstieg der Rückzahlungsraten ausgelöst haben. Zudem waren die Energiepreise und insbeson­dere die Heizkosten weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Die österreichische Regierung hat in der Teuerungskrise neben den Lohn- und Einkom­mensteuersenkungen stark auf temporäre Ent­lastungsmaßnahmen gesetzt – etwa auf diverse Einmalzahlungen wie den Teuerungsbonus oder die vorübergehende Subventionierung der Stromkosten. Demgegenüber sind die inflations- und indexbasierten Mieterhöhungen dauerhaft. Die Leitzinsen sind ebenso weiterhin auf einem hohen Niveau – und damit auch die Raten für variabel verzinste Immobilienkredite. Daher ist zu erwarten, dass die Überbelastung durch die Wohnkosten nächstes Jahr wieder steigen wird. Gemäß der Krisenfolgenbefragung der Statistik Austria sagten im ersten Quartal 2024 weiterhin 19 % der Bevölkerung, dass man durch die Wohn­kosten finanziell schwer belastet sei.

Angesichts des Rückganges wäre zwar +1 angezeigt, aufgrund der vielen nur temporär wirkenden Entlastungsmaßnahmen lautet die Bewertung aber 0.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Die Wohnkosten müssten dauerhaft sinken, damit die Überbelastung durch Wohnkosten stetig verringert werden kann. Wohnpolitisch sind dafür sowohl Maßnahmen in der Wohnbauförderung als auch im Mietrecht erforderlich.

Um ein größeres Angebot an dauerhaft leistbaren Wohnungen zu schaffen, müssen mehr ge­förderte Wohnungen errichtet werden. Dafür sind einerseits höhere Wohnbauförderungsbudgets erforderlich – so sollte der Bund den Ländern eine dauerhafte Wohnbauförderungsmilliarde ge­währen. Es bedarf aber andererseits auch bezahlbarer Grundstücke, um ein Fundament für diese Förderpolitik zu haben.

Für bereits bestehende Wohnungen ist eine wirksame Mietpreisbremse erforderlich – maximal eine Erhöhung pro Jahr um maximal 2 %, nach Möglichkeit auch rückwirkend für 2022 und 2023. Zudem sollen die befristeten Mietverträge abgeschafft werden, da sie stark preistreibend wirken. Nur noch Privatpersonen sollen maximal eine Wohnung befristet vermieten können.

Thema: **Was haben Geschlechterrollen mit dem Wohlstand zu tun?**

In unserer Gesellschaft verläuft eine zentrale Achse sozialer Ungleichheit zwischen Männern und Frauen.

Diese Ungleichheit in den Geschlechterbeziehungen drückt sich darin aus, dass Männern und Frauen unterschiedliche Eigenschaften zugeschrieben werden. Damit sollen wiederum Unterschiede in den Privilegien, der sozialen Wertschätzung und sozialen Rangordnung gerechtfertigt werden. So wird Frauen beispielsweise zugeschrieben, sich aufgrund scheinbar „natürlicher“ Fähigkeiten besser um Kinder oder den Haushalt kümmern zu können. Da diese sorgenden Tätigkeiten in unserer Gesellschaft abgewertet sind, bekommen Frauen dafür wenig Anerkennung und müssen auch noch schlechtere Berufschancen, geringere Einkommen und finanzielle Abhängigkeit in Kauf nehmen. Die Mehrfachverantwortung für bezahlte und unbezahlte Arbeit führt dazu, dass Frauen deutlich weniger Freizeit haben als Männer, was sich auch auf die demokratische Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft auswirkt (Statistik Austria, 2024c). Dieses ungleiche „Geschlechterverhältnis“ (Aulenbacher & Wetterer, 2009) und die Vormachtstellung der Männer werden durch Normen, Institutionen, aber auch im alltäglichen Handeln hergestellt und aufrechterhalten. So lenkt das Bildungssystem viele Frauen in „weibliche“

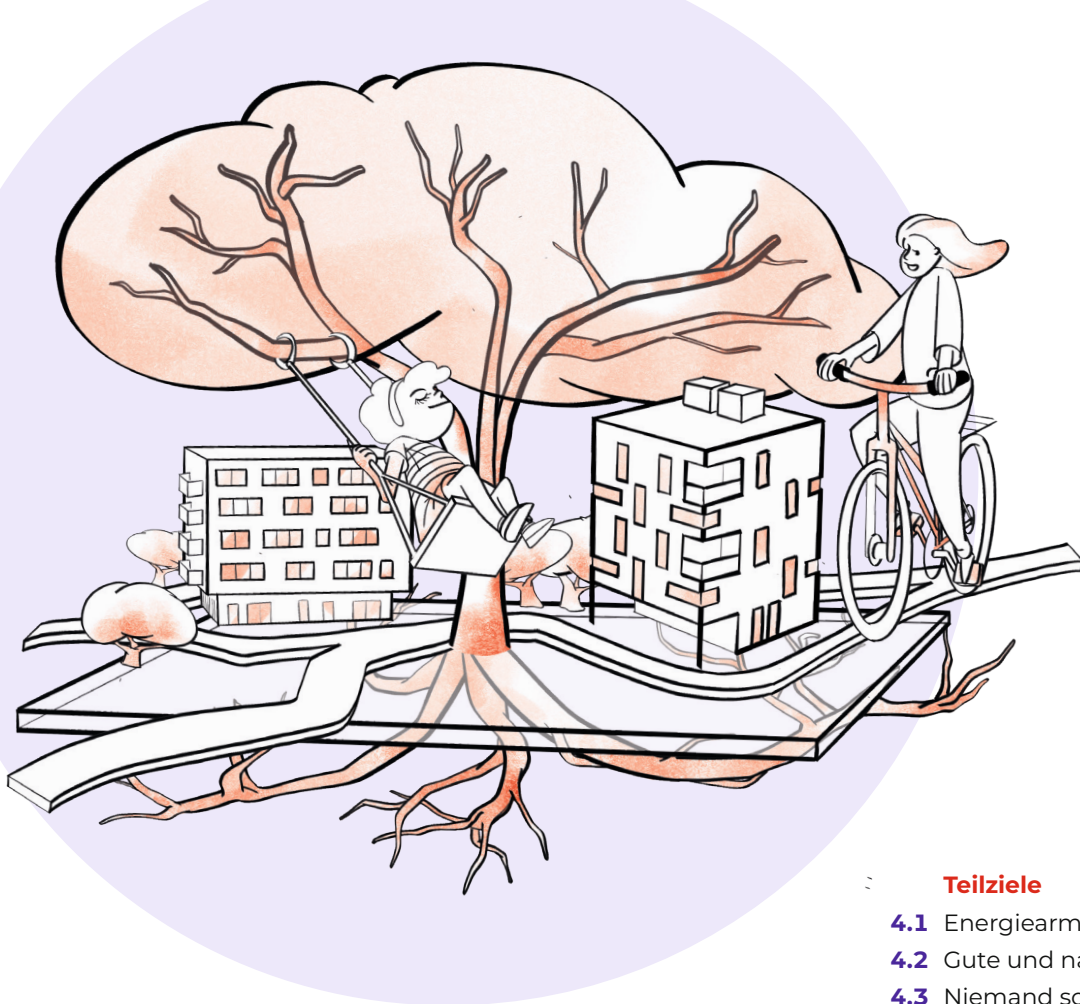
Dienstleistungsjobs, die jedoch schlechter bezahlt sind als etwa von Männern dominierte technische Berufe. Geschlechtsspezifische Rollenbilder tragen wiederum dazu bei, dass Frauen und Männer scheinbar „freiwillig“ die für sie „passenden“ Berufe wählen.

Das ungleiche Geschlechterverhältnis trägt dazu bei, dass Frauen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, deutliche Benachteiligungen im Hinblick auf ein gutes Leben erfahren. Die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit ist ein wesentliches Element der allgemeinen Wohlstandsentwicklung, weil Frauen dadurch gleiche Möglichkeiten und Chancen auf gute Arbeit, gerechte Bezahlung, gesellschaftliche Teilhabe und damit ein gutes Leben bekommen. Geschlechtergerechtigkeit als Ziel wohlstandsorientierter Politik bedeutet, dass unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche gleichzeitig adressiert werden müssen: Diese reichen vom Bildungssystem über den Arbeitsmarkt, sozialstaatliche Leistungen und die Verteilung von Einkommen und Vermögen bis hin zur unbezahlten Haus- und Sorgearbeit. Dazu braucht es unter anderem folgende wohlstandsorientierte Maßnahmen: Ausbau von Kinderbildungs- und -betreuungsangeboten mit Rechtsansprüchen; Einführung von Lohntransparenz; Aufwertung von Care-Berufen durch faire Löhne; Einführung einer kürzeren, gesunden Vollzeit; offensive Antidiskriminierungspolitik und Gewaltprävention.

4 Intakte Umwelt

Eine intakte Umwelt ist aus materiellen wie aus immateriellen Gründen für uns Menschen von Bedeutung. Materiell sind sauberes Wasser und gesunde Luft unmittelbar für Gesundheit und Wohlergehen relevant. Immateriell spielen die Umwelt und der Zugang zur Natur für die Erholung eine Rolle. Die Umwelt ist auch das Umfeld, in dem Menschen einander begegnen. Daher schafft eine intakte Umwelt Voraussetzungen für das gesellschaftliche Leben. Verteilungsaspekte spielen vor allem bei der unterschiedlichen Betroffenheit von Umweltbelastungen eine Rolle. Der Blick auf die Umwelt war es auch, der seit den 1970er-Jahren die Kritik am ungebremsten Wirtschaftswachstum lauter werden ließ.

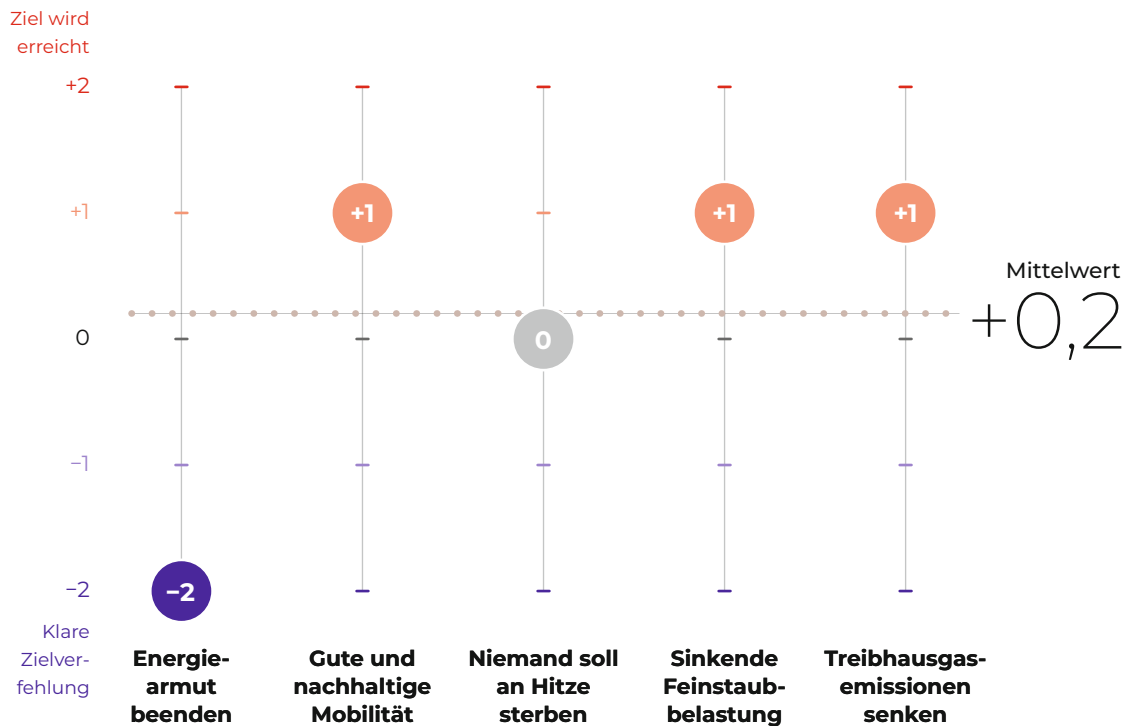
Bei der Wahl der Indikatoren, mit denen wir die Umwelt beschreiben, fokussieren wir auf Problembereiche. Dadurch ergibt sich ein weniger rosiges Bild, als es oft in der öffentlichen Wahrnehmung besteht: Die Belastung mit Feinstaub sinkt geringfügig (Bewertung: +1). Bei der Versorgung mit öffentlichem Verkehr zeigen sich langsame, aber beständige Verbesserungen (+1). Bei der leistbaren Energieversorgung hingegen führte die Energiepreiskrise zu mehr Energiearmut und somit zu einer dramatischen Verschlechterung (-2). Bei der Anpassung an den Klimawandel, die wir mangels anderer Indikatoren mit der Übersterblichkeit durch Hitze beschreiben, gab es eher zufällige Verbesserungen (± 0). Bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen gab es nach vielen verlorenen Jahren zuletzt Verbesserungen (+1). Damit ergibt sich im Bereich der intakten Umwelt als Gesamtbewertung im Durchschnitt eine schwach positive Wohlstandsentwicklung von +0,2.



Teilziele

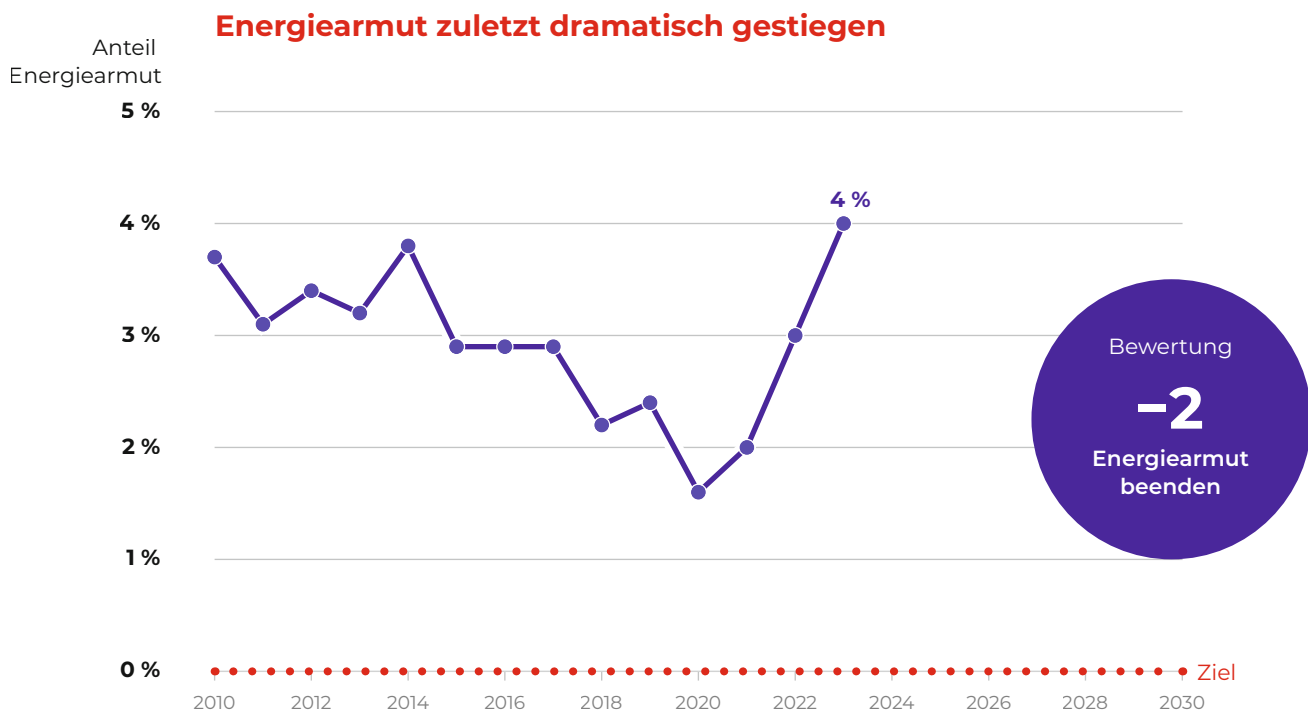
- 4.1 Energiearmut beenden
- 4.2 Gute und nachhaltige Mobilität
- 4.3 Niemand soll an Hitze sterben
- 4.4 Sinkende Feinstaubbelastung
- 4.5 Treibhausgasemissionen senken

Intakte Umwelt – leichte Verbesserung



4.1 Energiearmut beenden

Eine leistbare und sichere Energieversorgung deckt ein Grundbedürfnis und ist eine entscheidende Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Haushalte, die nicht in der Lage sind, ihren Energiebedarf ohne Entbehrungen zu decken, werden als „energiearm“ bezeichnet. Mit diesem Wort soll die besondere Rolle von Energie für das alltägliche Leben betont werden. Energiearmut ist eine besondere Form der Armut und darf in einer gerechten Gesellschaft keinen Platz haben. Sie muss umfassend bekämpft werden, und zwar durch einen breiten Maßnahmenmix, wie einen günstigen Energiepreis für den Grundbedarf an Energie, einkommenssichernde Maßnahmen und Energiesparmaßnahmen (Gebäudesanierung, Tausch alter Geräte etc.).



In den Jahren 2010 bis 2017 lag der Anteil jener Menschen, die ihre Wohnung nicht angemessen warm halten konnten, auf einem relativ stabilen Niveau zwischen 2,9 % und 3,7 %, bis 2020 war sogar ein Rückgang auf rund 2 % zu verzeichnen. Mit der Energiekrise stieg der Prozentsatz stark an und erreichte 2023 ein Allzeithoch von 4 %. Er bewegt sich damit deutlich vom Zielwert 0 weg.

Quelle: Tabellenbände EU-SILC (Statistik Austria)

Was wir sehen

- Bis zur Energiekrise im Jahr 2022 war die Energiearmutsquote in Österreich konstant.
- Durch die Energiekrise nahm die Zahl der von Energiearmut betroffenen Haushalte massiv zu. Auch viele andere Haushalte hatten erstmals Probleme beim Bezahlen ihrer Energierechnungen.
- Jene, die bereits vor der Energiekrise stark belastet waren, hat die Krise besonders hart getroffen.

Was wir brauchen

- Neben kurzfristigen Maßnahmen zur Dämpfung hoher Energiepreise sind vor allem langfristige Maßnahmen zur Sicherstellung einer leistbaren Energieversorgung nötig.
- Konkrete Maßnahmen zur Verringerung von Energiearmut sind unter anderem: gedeckelter Grundtarif bei Strom, Gas und Wärme; thermische Gebäudesanierungen; Tausch alter Geräte.

Im Detail

Energiearmut sollte in Österreich möglichst bald der Vergangenheit angehören. Als sozial gerecht kann die Energiewende nur bezeichnet werden, wenn Energie für alle leistbar ist und nachhaltig zur Verfügung steht.

Seit Ausbruch der Energiekrise im Jahr 2022 ist die Energiearmut aber massiv angestiegen. Plötzlich war Energiearmut auch für viele gut verdienende Haushalte kein abstraktes Phänomen mehr (Matzinger & Brichta-Hartmann, 2022). Besonders trifft die Energiearmut aber ohnehin vulnerable Haushalte, etwa Arbeitslose, Mindestpensionist:innen oder Geringverdiener:innen (BMSGPK, 2023; Capellmann et al., 2023).

Die politischen Reaktionen bestanden vor allem in der Einführung diverser kurzfristiger Kompensationsmaßnahmen, man denke etwa an Zuschüsse wie den „Wohnschirm“ oder die sogenannte „Strompreisbremse“. Explizit für Haushalte mit geringen Einkommen wurde eine Sanierungsförderung eingeführt („Sauber Heizen für alle“). In den Jahresdaten von EU-SILC zeigt sich diese Entwicklung jedoch noch nicht. Aufgrund des dramatischen Anstiegs der Energiearmut von 2022 auf 2023 wird dieser Indikator mit –2 bewertet.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Energiearmut ist ein multidimensionales Phänomen (Matzinger & Zimmer, 2022) und muss durch einen breiten Maßnahmenmix bekämpft werden. Dazu braucht es einerseits kurzfristige Reformen sowohl im energiepolitischen Bereich, beispielsweise einen günstigen Grundtarif für vulnerable Haushalte für Strom, Gas und Wärme, als auch im sozialpolitischen Bereich, etwa Sozialleistungen, die ein ausreichendes Einkommen sichern. Andererseits ist eine langfristige Strategie zur nachhaltigen Bekämpfung von Energiearmut nötig, etwa wenn es um den Zugang zu thermischen Sanierungen geht.

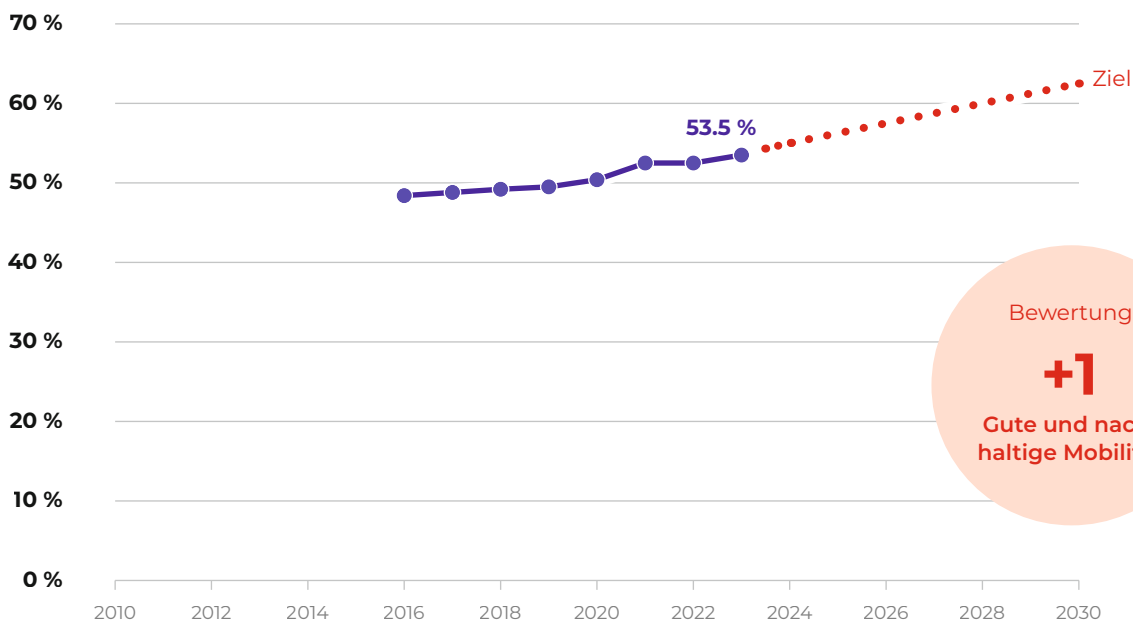
Wichtig ist dabei vor allem, die Energiewende als soziale Herausforderung wahrzunehmen, die aktiv gestaltet werden muss, um auf dem Weg zur Klimaneutralität alle mitzunehmen und gerade jene, die bereits jetzt durch hohe Kosten belastet sind, besonders zu unterstützen.

4.2 Gute und nachhaltige Mobilität

Eine gute Versorgung mit öffentlichem Verkehr (ÖV) hilft, die Abhängigkeit vom Pkw samt ihren finanziellen und ökologischen Folgen zurückzudrängen. Der Indikator zeigt an, wie viele Menschen in Österreich an ihrer Wohnadresse so gut an den ÖV angebunden sind, dass sie ihre Alltagswege üblicherweise ohne Auto zurücklegen können (Güteklassen A bis D). Diese Bevölkerungsgruppe hat somit eine Art Mobilitätsgarantie und kann auch die Vorteile eines Klimatickets sinnvoll nutzen.

Anteil der Bevölkerung mit guter ÖV-Anbindung

Steigender Anteil von Menschen mit guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr



Der Anteil der Menschen, die mit gutem öffentlichem Verkehr versorgt sind, ist zwischen 2016 und 2023 von 48,4 % auf 53,5 % gestiegen, das ist ein Plus von fünf Prozentpunkten. Als Ziel wählen wir einen Versorgungsgrad von 75 % bis 80 % im Jahr 2040, abgeleitet von der Zielsetzung des Mobilitätsmasterplans (siehe Text).

Quelle: ÖV-Güteklassen (AustriaTech, BMK, ÖROK)

Was wir sehen

- Der Anteil der Menschen, die mit gutem öffentlichem Verkehr versorgt sind, ist zwischen 2016 und 2023 von 48,4 % auf 53,5 % gestiegen. Das ist ein Plus von fünf Prozentpunkten.
- Gleichzeitig ist die Zahl jener, die außerhalb jeglicher ÖV-Güteklassen leben und damit keinen adäquaten Zugang zum öffentlichen Verkehr haben, zurückgegangen.
- Die regionalen Unterschiede bleiben sehr groß, einer guten Anbindung in Wien und Vorarlberg steht eine schlechte im Burgenland und in Kärnten gegenüber.

Was wir brauchen

- Der öffentliche Verkehr muss vor allem in den ländlichen Regionen ausgebaut werden. Es braucht mehr alternative Angebote zum eigenen Pkw.

Im Detail

Derzeit werden 60 % aller Wege mit dem Auto zurückgelegt und 40 % im Umweltverbund (Gehen, Radfahren, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel). Um die Klimaziele zu erreichen, soll sich laut Mobilitätsmasterplan des Klimaministeriums dieses Verhältnis bis zum Jahr 2040 umkehren (BMK, 2021). Damit dies gelingt, muss es für die Menschen leichter werden, Öffis sinnvoll und bequem zu nutzen. Der Anteil jener, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln der Güteklassen A bis D versorgt sind, muss rasch und kontinuierlich steigen. Seit 2016 sind weitere 5 % der Bevölkerung in den Genuss einer guten ÖV-Anbindung gekommen. Die Zahl jener Menschen, die außerhalb jeglicher Güteklasse wohnen, ist sowohl absolut als auch prozentuell leicht gesunken. Beide Trends sollten fortgesetzt werden und sich beschleunigen. Aufgrund der positiven, wenn gleich langsamen Entwicklung bewerten wir den Indikator mit +1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Eine Verbesserung der Versorgung mit ÖV dient besonders Personen mit niedrigem Einkommen und wirkt damit gegen Mobilitätsarmut. Zusätzlich sollte auch die Infrastruktur zum Gehen und Radfahren weiter ausgebaut werden. Dort, wo qualitativ hochwertiger ÖV angeboten wird, kann durch sogenannte Push-Maßnahmen der Individualverkehr zurückgedrängt werden. Eigene Lösungen sind für die sogenannte „letzte Meile“ nötig, die mit traditionellem ÖV nicht erschlossen werden kann. Hier können beispielsweise Sharing-Lösungen sinnvoll sein.

Die flächendeckende Erschließung mit öffentlichem Verkehr liegt mit Ausnahme der Eisenbahn in der Verantwortung der Bundesländer. Die regionalen Unterschiede sind daher sehr groß. Auf diese Unterschiede muss beim Ausbau des ÖV geachtet werden.

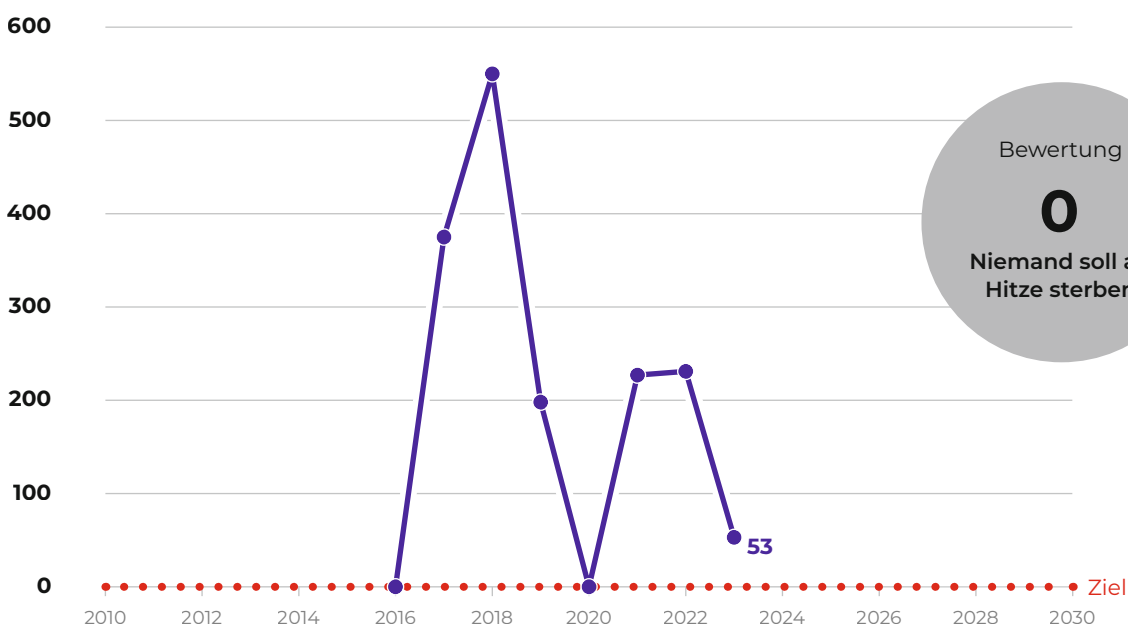
4.3 Niemand soll an Hitze sterben

Die Auswirkungen der Erderhitzung können zum Teil nicht mehr rückgängig gemacht werden. Bei den Maßnahmen zur Anpassung an diese Veränderungen muss besonders auf benachteiligte Gruppen geachtet werden. Denn Menschen, die etwa aufgrund ihres Alters, Einkommens, Wohnortes, verfügbarer Infrastruktur, ihrer Gesundheit oder ihrer Arbeitsbedingungen ohnehin schon benachteiligt sind, können sich vergleichsweise schlecht vor Hitze schützen.

Noch gibt es wenige Indikatoren, die die Anpassung an die Klimakrise beschreiben. Wir verwenden einen verfügbaren, aber drastischen Indikator, nämlich die hitzebedingte Übersterblichkeit, auch wenn diese – abhängig von Hitzeperioden – von Jahr zu Jahr stark schwankt.

Übersterblichkeit durch Hitze ist hohen Schwankungen unterworfen

Sterbefälle



Die geschätzte hitzebedingte Übersterblichkeit lag 2023 mit 53 Todesfällen unter den Werten der meisten vergangenen Jahre. Nur 2016 und 2020 war die Zahl der hitzebedingten Todesfälle noch geringer. Das Ziel ist, hitzebedingte Übersterblichkeit gänzlich zu vermeiden, daher liegt unser Zielwert bei 0.

Quelle: AGES, 2024

Was wir sehen

- Die hitzebedingte Übersterblichkeit lag 2023 mit 53 Todesfällen unter den Werten der Vorjahre, wobei fast alle Sommer der Vorjahre heißer waren.
- Menschen sind aufgrund von Alter, Einkommen, Arbeitsbedingungen, Wohnort, Zugang zu Infrastruktur, gesundheitlichem Zustand und anderen Faktoren unterschiedlich stark von Hitze betroffen.

Was wir brauchen

- Eine sozial gerechte Klimakrisen-Anpassung muss sogenannte „Hitzegrätzeln“ priorisieren, in denen Hitze und niedriger sozioökonomischer Status aufeinandertreffen.
- Menschen sollen bei der Arbeit vor extremer Hitze geschützt werden, etwa durch ein klimafittes Arbeitsrecht mit einem Rechtsanspruch auf hitzefrei.

Im Detail

Kein Mensch soll in Österreich wegen Hitze sterben. Im Jahr 2023 gab es nach Schätzungen der AGES (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) 53 Todesfälle, die auf übermäßige Hitze zurückzuführen sind. Dass dieser Wert niedriger ist als in den meisten Jahren zuvor, liegt nicht an einer gelungenen Anpassungspolitik, sondern daran, dass der Sommer 2023 vergleichsweise weniger heiß war.

Die hitzebezogenen Todesfälle steigen bei hohen Umgebungstemperaturen insbesondere in Verbindung mit hoher Luftfeuchtigkeit an. Besonders anfällig dafür sind ältere Menschen, Kinder, Personen mit Herz-Kreislauf- und psychischen Erkrankungen oder eingeschränkter Mobilität (AGES, 2024). Die bisher erstellten Hitzeschutzpläne (Gesundheit Österreich, 2024) wirken hier noch unzureichend.

Da der Indikator sich gegenüber dem Vorjahr verbessert hat, dies aber vor allem auf zufällige Entwicklungen zurückzuführen ist, bewerten wir ihn mit 0.

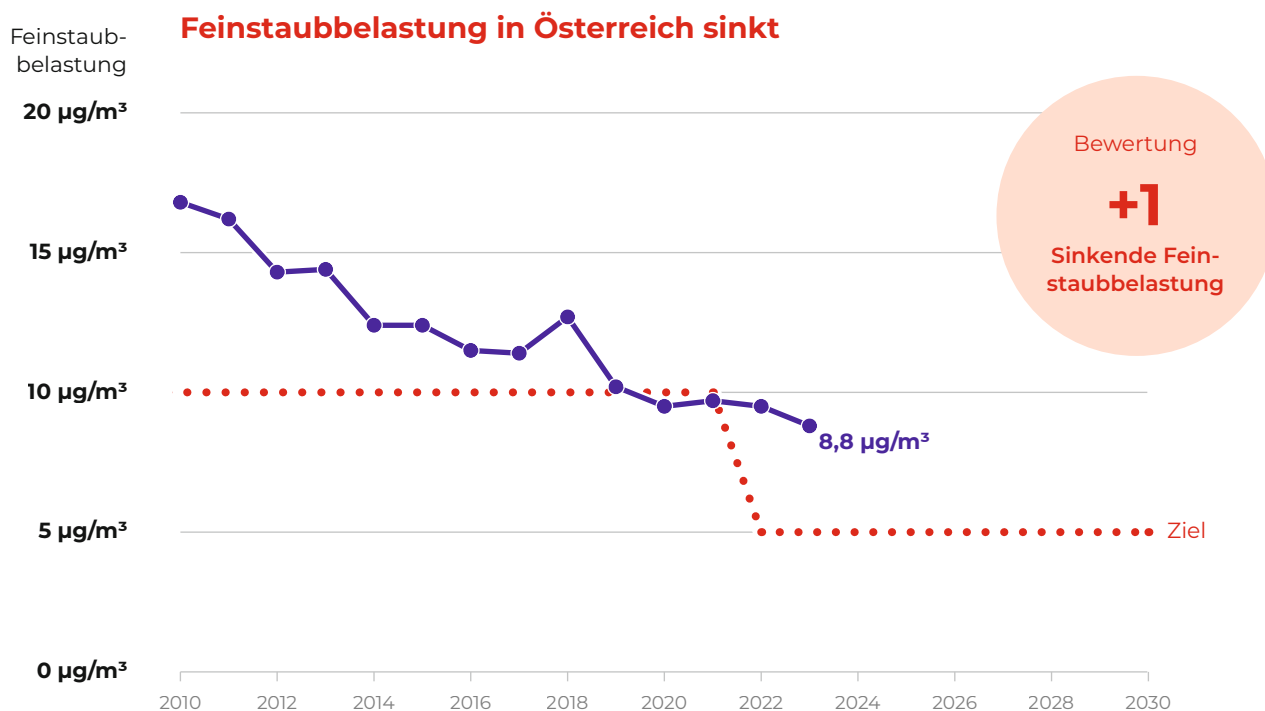
Maßnahmen für mehr Wohlstand

Es braucht präventive Gesundheitskonzepte und eine spezifische Anpassungspolitik für vulnerable Gruppen. Besonders Menschen mit niedrigen Einkommen haben oft nicht die Mittel, sich aktiv gegen Hitze zu schützen, und sind daher auf entsprechende öffentliche Leistungen angewiesen. Aus Verteilungsperspektive ist daher die Bekämpfung von Hitzegrätzeln in Städten durch Entseigelung, Beschattung und Begrünung, (Trink-)Brunnen sowie freien Zugang zu kühlen Räumen wichtig.

Weiters müssen neue kollektive und individuelle Schutzrechte im Arbeitsrecht verankert werden. Dabei müssen insbesondere klare Höchstwerte bei der Temperatur am Arbeitsplatz definiert werden, ab deren Überschreitung eine Fortführung der Arbeit unzulässig ist. Neue Modelle der Arbeitszeit können die Situation verbessern, beispielsweise erweiterte Pausenregelungen ohne Ausdehnung des jeweiligen Arbeitstages oder Jahresarbeitszeitmodelle, die kürzere Arbeitszeiten während der heißen Jahreszeit vorsehen.

4.4 Sinkende Feinstaubbelastung

Luftverschmutzung ist der größte umweltbedingte Risikofaktor für die Gesundheit. Besonders kritisch ist Feinstaub ($PM_{2,5}$), der bis in die Lunge vordringen kann. In Österreich starben im Jahr 2021 3200 Menschen vorzeitig daran (European Environment Agency, 2023). Die Weltgesundheitsorganisation WHO legt als Richtwert fünf Mikrogramm pro Kubikmeter Luft fest; darunter sollte ein Gesundheitsrisiko durch Feinstaub ausgeschlossen sein. Österreich bewegt sich in diese Richtung, ist aber noch nicht dort. Das Erreichen dieses Ziels verbessert nicht nur die öffentliche Gesundheit (Lebenserwartung, krankheitsfreie Lebensmonate usw.), auch wirtschaftlich ist die Vermeidung von Arbeitsausfällen von Vorteil.



Seit 2010 ist der durchschnittliche Wert der Belastung mit $PM_{2,5}$ im Wesentlichen kontinuierlich gesunken. Der Richtwert der Weltgesundheitsorganisation (WHO) lag lange bei $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$, wurde aber 2021 auf $5 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gesenkt. Dadurch besteht neuerlich Handlungsbedarf bei der Reduktion, denn aktuell liegt der Wert bei $8,8 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

Quelle: Umweltbundesamt, persönliche Mitteilung

Was wir sehen

- Österreich hat bei der Luftreinhaltung in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte gemacht.
- Verbesserungen der Luftqualität in Österreich sind vor allem auf die Umsetzung von EU-Richtlinien zurückzuführen.

Was wir brauchen

- Österreich muss neue EU-Grenzwerte für eine künftige EU-Richtlinie in Angriff nehmen, neue Luftreinhaltepläne müssen hierfür erstellt werden.
- Bestehende EU-Vorschriften bei Ammoniakemissionen, die zur Bildung von Feinstaub beitragen, müssen endlich eingehalten werden.
- Die Feinstaubbelastung durch Biomasse-Heizungen muss verringert werden.

Im Detail

Österreich hat bei der Feinstaubbelastung Fortschritte gemacht, auch wenn mancherorts deutlich überdurchschnittliche Belastungen durch Feinstaub auftreten. Seit 2010 konnte die Belastung um gut die Hälfte reduziert werden. Wesentlicher Motor hierfür waren EU-Vorschriften.

Die Quellen von Feinstaub sind vielfältig. Aktuelle Herausforderungen sind erhöhte Emissionen von Ammoniak, die zur Bildung von Feinstaub beitragen. Dieser stammt vor allem aus der Landwirtschaft. Wegen der mangelnden Fortschritte bei der Verringerung der Emissionen von Ammoniak läuft gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren. Auch Biomasse-Heizungen tragen zur Feinstaubbelastung bei. Ihre Emissionen müssen stärker berücksichtigt werden, wenn die WHO-Werte und die geplanten EU-Grenzwerte bei der Luftqualität eingehalten werden sollen.

Wir bewerten die Entwicklung mit +1, da zuletzt eine langsame Annäherung an das Ziel zu beobachten war. In den nächsten Jahren sind aber deutlichere Reduktionen nötig, um den WHO-Richtwert bald zu erreichen.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Österreich muss Luftreinhaltepläne beschließen, um die kommenden EU-Grenzwerte einzuhalten. Ab 2026 muss ein mittelfristiger Reduktionspfad beschlossen werden, da die Belastung bei vielen Schadstoffen zum Teil deutlich über den ab 2030 geltenden EU-Grenzwerten liegt.

Deutliche Fortschritte sind bei der Reduktion von Ammoniak aus der Landwirtschaft und von Feinstaub aus Biomasse-Anlagen nötig.

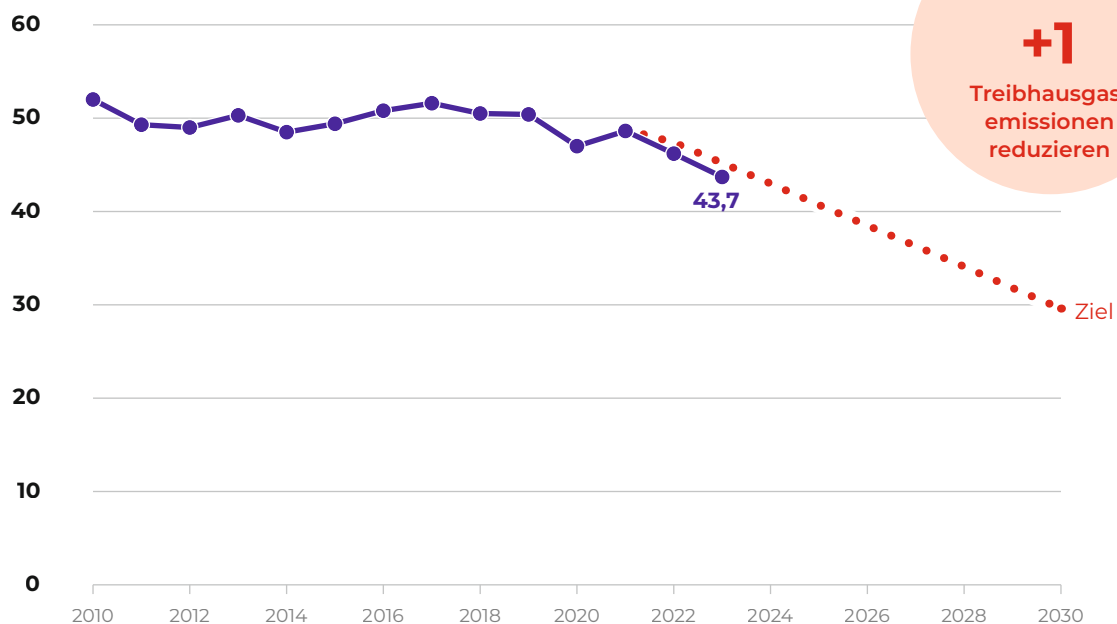
Die Bundesregierung muss alle Gebietskörperschaften koordinieren und geeignete Maßnahmen für Verkehr, Landwirtschaft, Industrieanlagen und Hausbrand beschließen. Effizientere Kontrollen bestehender Anlagen und des Fahrzeugbestands sind notwendig.

4.5 Treibhausgas- emissionen senken

Die aus menschlichen Aktivitäten stammenden Treibhausgase (THG) sind für die immer schärfer hervortretende Klimakrise verantwortlich. Gemessen werden sie als gewichtete Summe der pro Jahr in einem Staat ausgestoßenen Treibhausgase. Wie viel THG emittiert werden, ist zwar nicht unmittelbar wohlstandsrelevant, doch beeinflussen die Wetterextreme und die steigenden Temperaturen alle Lebensbereiche. Erfolge bei der Verringerung der Emission von THG zeigen, dass politische Entscheidungsträger:innen die Verantwortung gegenüber anderen Staaten und gegenüber kommenden Generationen ernst nehmen.

THG-Emissionen: zuletzt deutlicher Rückgang

THG-Emissionen in
Millionen Tonnen
CO₂-Äquivalent



Bewertung

+1

Treibhausgas-
emissionen
reduzieren

Ausstoß an Treibhausgasen (THG) in Österreich (ohne EU-ETS, also im Wesentlichen ohne Kraftwerke und Großindustrie). Während bis 2019 kaum Verringerungen zu verzeichnen waren, sind die Emissionen zuletzt deutlich gesunken. 2023 betrug die Emissionen 43,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent und lagen damit unter dem Zielpfad, der EU-rechtlich vorgegeben ist.

Quelle: Umweltbundesamt, 2024a, 2024b

Was wir sehen

- Die Treibhausgase Österreichs (ohne die Emissionen des EU-Emissionshandels) sind nach einer längeren Stagnation zuletzt deutlich zurückgegangen.
- Dies beruht teils auf politischen Maßnahmen, teils auf externen Faktoren wie der schwächeren Konjunktur.

Was wir brauchen

- Eine nachhaltige Verringerung der THG-Emissionen erfordert einen grundlegenden Umbau der Gesamtwirtschaft.
- Wichtige Handlungsfelder sind etwa Energieeffizienz, Erzeugung und Verteilung von erneuerbarer Elektrizität, Verlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel und kompaktere Siedlungsstrukturen.
- Wie der Umbau der Wirtschaft sozial und ökologisch gestaltet werden kann, hat die AK jüngst in einem „Umbauplan“ dargelegt.

Im Detail

Österreich hat sich verpflichtet, bis 2030 die Treibhausgase (THG), die nicht im System des EU-Emissionshandels (EU-ETS) erfasst sind, um 48 % gegenüber dem Wert von 2005 zu senken. Dabei geht es in erster Linie um die Treibhausgasemissionen aus dem Verkehr, der Raumwärme und der Landwirtschaft. Diese Verringerungen sind notwendig, damit die EU bis 2050 klimaneutral werden kann.

Bei der Entwicklung seit 2005 gibt es emissionssteigernde Faktoren (wachsende Bevölkerung, größere Wohnungen, Steigerung der gefahrenen Kilometer etc.) und Faktoren, die die Emissionen senken (mehr Biomasse in der Energienutzung, weniger strenge Winter, Rückgänge im Rinderbestand etc.) (Umweltbundesamt, 2024). Als Ergebnis dieser unterschiedlichen Faktoren sinken die Emissionen leicht.

Die THG-Emissionen liegen derzeit unter dem Zielpfad. Da dies zu einem wesentlichen Teil auf externe Faktoren, unter anderem auf die schwache Konjunktur, zurückzuführen ist, bewerten wir den Indikator aber nicht mit dem Bestwert, sondern mit +1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Eine nachhaltige Verringerung der THG-Emissionen erfordert einen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger (Erdgas, Erdöl, Kohle) und daher einen weitreichenden Umbau des Wirtschaftssystems. Energie muss in Zukunft praktisch vollständig aus erneuerbaren Quellen kommen und effizienter genutzt werden. Vielfach bedeutet dies eine Umstellung auf Elektrizität als Hauptenergieträger. Dafür sind der Bau von Erzeugungsanlagen (Wind, Wasser, Sonne) sowie der Ausbau der Netze von zentraler Bedeutung.

Im Verkehr können diese Ziele durch eine viel stärkere Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erreicht werden. Im Gebäudebereich sind kompaktere Siedlungsstrukturen und energieeffiziente Gebäude nötig.

All diese Veränderungen greifen tief in das Wirtschaftssystem ein und müssen sozial gerecht und ökologisch gestaltet werden. Die AK hat dafür einen umfassenden „Umbauplan“ vorgelegt, der die Aufgabe genau analysiert und die Chancen aufzeigt, die in diesem Umbau liegen (AK Wien, 2024).

Thema: **Demokratie und Wohlstand**

Das Verhältnis von Demokratie und Wohlstand ist komplizierter, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Ist Wohlstand der Vielen eine Voraussetzung für Demokratie? Oder ist er vielmehr Ergebnis einer lebendigen Demokratie? Handelt es sich um einen direkten Zusammenhang, oder ergibt er sich indirekt durch andere Sachverhalte, etwa durch die Freiheit der Einzelnen, die durch die Demokratie gesichert wird, durch die Gleichheit der Vielen oder durch wirtschaftliche Prosperität, die in liberalen Demokratien eher gedeiht (vgl. etwa Münkler, 2017, 2022; Lessenich, 2023)?

Freilich lässt sich ein Anspruch auf Mitgestaltung auch unabhängig von der Frage ableiten, wie Demokratie und Wohlstand kausal zusammenhängen. Denn dieser Bericht geht von der Annahme aus, dass der demokratisch verfasste Staat den organisatorischen Rahmen der politischen Entscheidungen bildet, die Wohlstand beeinflussen. Wohlstand für die Vielen setzt voraus, dass die Vielen an Entscheidungen beteiligt sind, sonst gibt es nur Wohlstand für die Wenigen. Umgekehrt gilt: Nur wenn die Vielen über den Wohlstand verfügen, den sie schaffen, gedeihen auch die sozialen Bedingungen, unter denen sie an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben können.

Wer mitbestimmen darf, ist eine immer wieder mit Konflikten verbundene Frage. Sie stellt sich im Kleinen wie im Großen – im Betrieb, in der Gemeinde, im Staat. Manche Menschen wenden sich von der Teilnahme an demokratischen Prozessen ab, weil sie den Eindruck haben, dass ihre Stimme nicht gehört wird und ihr Beitrag keinen Unterschied macht. Diese Entwicklung – oft als „Politikverdrossenheit“ bezeichnet – ist für die Stabilität der Demokratie eine Gefahr. (Ehs & Zandonella, 2024). Dies ist umso bedenklicher, als gerade diejenigen sich von der demokratischen Teilhabe abwenden, die bereits zu den Benachteiligten gehören.

Doch auch harte, institutionelle Schranken verringern die Mitbestimmung. Die Bevölkerung Österreichs wächst, die Zahl der Wahlberechtigten sinkt. Durch das restriktive Staatsbürgerschaftsrecht werden immer mehr Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Dieser Bericht umfasst daher auch ein eigenes Teilziel der Wahlberechtigung.

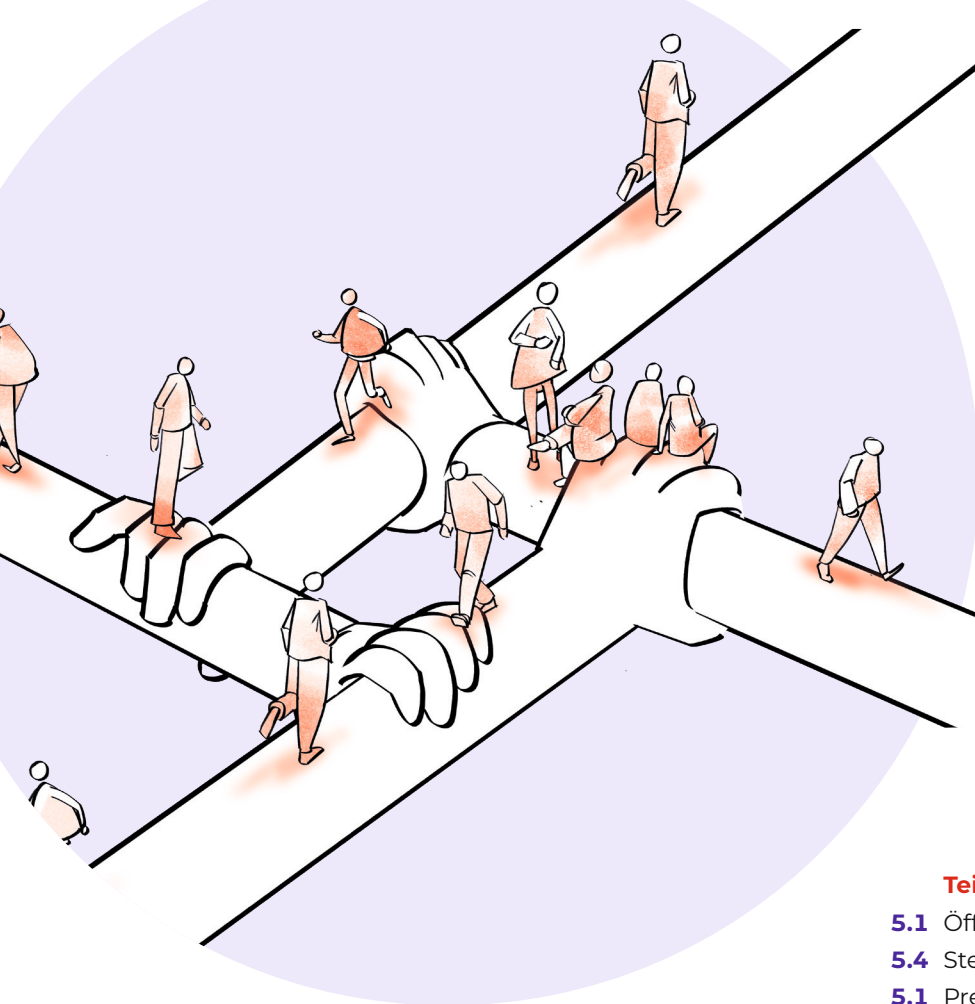
Mitbestimmung im Betrieb ist eine der Errungenschaften der Nachkriegszeit und ein Motor der Demokratie (vgl. auch das Teilziel der Mitbestimmung in der Arbeitswelt). Betriebliche Mitbestimmung ist unabhängig von der Staatsbürgerschaft, genauso wie das Wahlrecht bei der AK-Wahl. Die Säulen der betrieblichen Mitbestimmung sind Betriebsräte, die sowohl für die Beschäftigten als auch fürs Unternehmen positive Wirkungen entfalten (Zeglovits et al., 2023). Schließlich ist die Beteiligung der Beschäftigten im Betrieb auch ein Feld, in dem das Vertrauen in und die Fähigkeit zur demokratischen Partizipation eingeübt werden. Damit kommt der betrieblichen Mitbestimmung eine Rolle zu, die über den Betrieb hinauswächst und schlussendlich die Demokratie insgesamt stärkt.

5 Gesamtstaatliche Stabilität

Gesellschaftlicher Fortschritt und ökonomische Entwicklung können nur in Abwesenheit von Krisen nachhaltig vorangetrieben werden. Das wurde zuletzt in der COVID-19- und der Teuerungskrise deutlich. Unter gesamtstaatlicher Stabilität fassen wir die Tätigkeit des Staates, um ökonomische Stabilitätsziele zu erreichen, sowie die demokratische Beteiligung zusammen. Für den Wohlstand der Menschen ist es wichtig, dass der Staat eine aktive, gestaltende Rolle einnimmt und dass dabei möglichst viele Menschen in demokratischen Prozessen mitbestimmen können. Diese beiden Ziele sind damit unmittelbar wohlstandsrelevant. Darüber hinaus müssen Faktoren, die zu Krisen führen, unter Kontrolle gehalten werden. Im Bericht greifen wir dafür die Preisstabilität und die Stabilität auf den Finanzmärkten heraus, da in diesen Bereichen die Hauptursachen der vergangenen Krisen zu finden waren. Ergänzend ist die Produktivitätsentwicklung für den materiellen Wohlstand und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme von Bedeutung. Diese drei Faktoren führen zu Wohlstandsverlusten, wenn sie aus dem Gleichgewicht geraten.

Im Bereich der gesamtstaatlichen Stabilität sind mit einer Gesamtbewertung von -0,4 Rückschritte bei der nachhaltigen Entwicklung des Wohlstandes festzustellen. Deutliche Verbesserungen gab es in Bezug auf die Preisstabilität, da die Teuerungsrate merklich zurückgegangen ist. Im Bereich der Finanzmarktstabilität ist noch keine nachhaltige Beruhigung der Lage festzustellen. Negative Entwicklungen gibt es beim Aufbau des staatlichen Vermögens, da Österreich viel zu wenig investiert. Auch die Produktivitätsentwicklung bleibt derzeit hinter den Erwartungen zurück. Der Anteil der Wahlberechtigten an der Bevölkerung sinkt, wodurch immer mehr Menschen vom demokratischen Prozess ausgeschlossen sind.

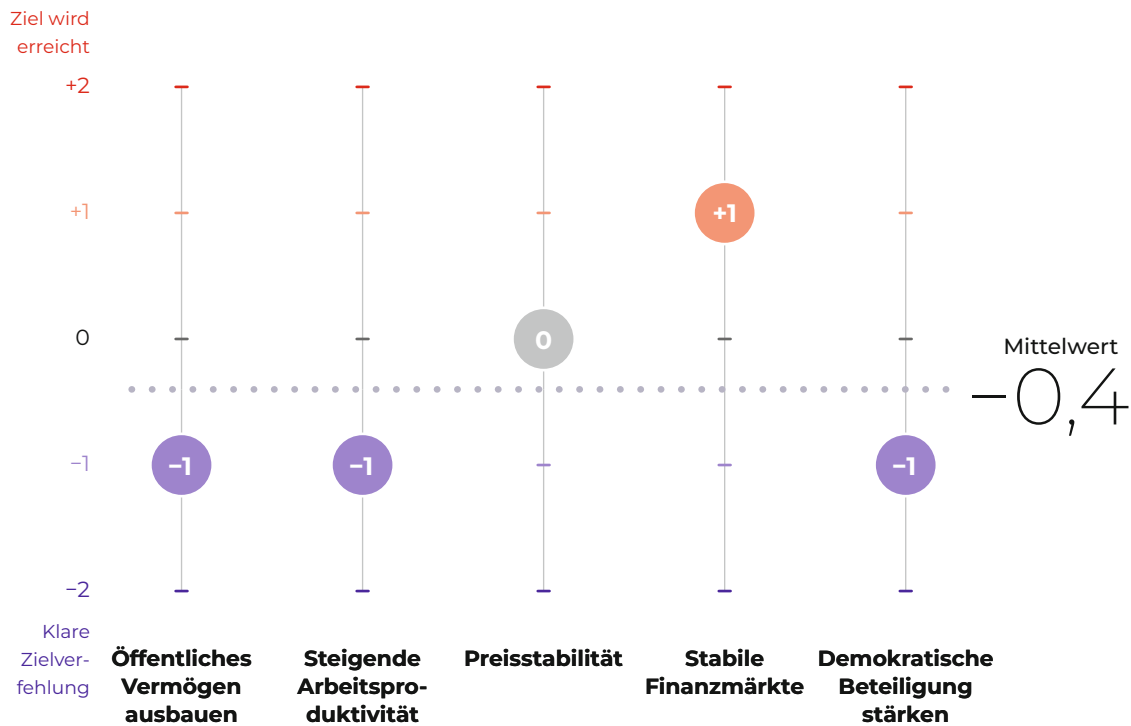
Staatliche Institutionen müssen künftig durch höhere Investitionen in das öffentliche Vermögen, eine bessere Finanzmarktregulierung und nachhaltigere Antworten auf Krisen, wie etwa durch (zuletzt verabsäumte) Preiseingriffe, stärker auftreten. Die Zahl der Menschen, die dabei durch Wahlen mitbestimmen dürfen, muss erhöht werden, um eine weitere Fragmentierung der Gesellschaft zu vermeiden.



Teilziele

- 5.1 Öffentliches Vermögen ausbauen
- 5.4 Steigende Arbeitsproduktivität
- 5.1 Preisstabilität
- 5.2 Stabile Finanzmärkte
- 5.5 Demokratische Beteiligung stärken

Gesamtstaatliche Stabilität – Verringerung



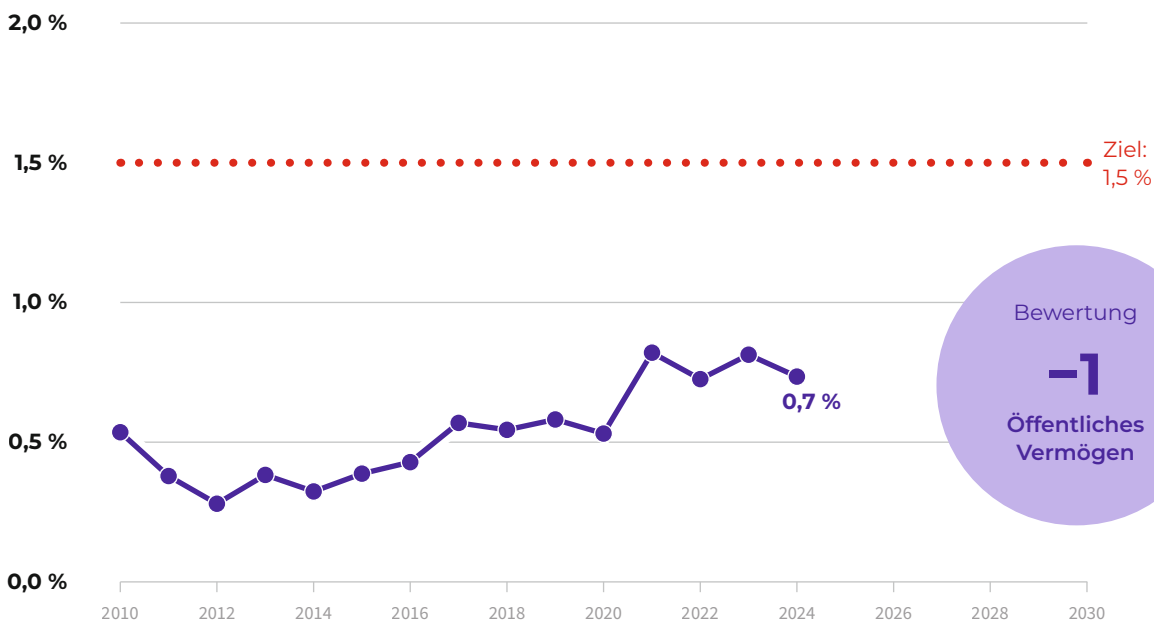
5.1 Öffentliches Vermögen ausbauen

Ein hohes öffentliches Vermögen ist für alle Menschen, vor allem aber für jene, die selbst kein nennenswertes Vermögen haben, die Grundlage für ein gutes Leben. Es garantiert unter anderem die verlässliche Erbringung staatlicher Leistungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, etwa in den Bereichen Wohnen und Bildung, im Klimaschutz oder der Infrastruktur.

Da Umfang und Qualität der Leistungserbringung des Staates nicht ohne Weiteres messbar sind, verwenden wir den öffentlichen Vermögenszuwachs (Nettoinvestitionen) als bestmögliche Annäherung. Die Nettoinvestitionen sollen zumindest 1,5 % des BIP betragen.

Nettoinvestitionsquote in % des BIP

Zunahme des öffentlichen Vermögens liegt deutlich unter dem Zielwert



Der Aufbau von öffentlichem Vermögen (Nettoinvestitionsquote) stieg von einem sehr niedrigen Wert im Jahr 2012 bis 2021 deutlich an. Seit Beginn der Teuerungskrise stagniert der staatliche Vermögensaufbau jedoch und soll nun sogar wieder sinken. Mit einem prognostizierten Wert von 0,7 % des BIP im Jahr 2024 liegt die Nettoinvestitionsquote daher deutlich unter dem angestrebten Ziel von 1,5 % des BIP.

Quelle: AMECO, 2024c, 2024d, eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Die österreichische Regierung investiert nicht ausreichend viel, um den aktuellen und künftigen Herausforderungen angemessen begegnen zu können.
- Das Inkrafttreten der neuen europäischen Fiskalregeln erschwert den Aufbau von öffentlichem Vermögen, da diese wieder das Sparen des Staates in den Mittelpunkt stellen.

Was wir brauchen

- Staatliche Investitionen, insbesondere in die soziale und ökologische Infrastruktur, müssen mehr als verdoppelt werden, um das angestrebte Ziel zu erreichen.
- Sie sollen so ausgestaltet sein, dass auch Investitionen des privaten Sektors angeregt werden.
- Die Schaffung neuer europäischer Finanzierungsquellen kann den budgetären Spielraum für die Anhebung des öffentlichen Vermögens trotz der negativen Wirkung der Fiskalregeln ausweiten.

Im Detail

Um den massiven Investitionsbedarf aufgrund der Klimakrise zu decken – nach Heimberger & Lichtenberger (2022) zumindest 1 % des BIP – und zusätzlich den steigenden Ansprüchen an das öffentliche Vermögen durch die alternde Bevölkerung gerecht zu werden sowie der steigenden sozialen Ungleichheit entgegenzuwirken, setzen wir unseren Zielwert der Investitionsquote auf 1,5 % des BIP.

Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre hat mit der Teuerungskrise geendet, und es wird prognostiziert, dass die Nettoinvestitionen bis 2024 wieder auf 0,7 % des BIP sinken werden. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Vorgaben der EU-Fiskalregeln die staatliche Investitionstätigkeit negativ beeinflussen, denn ihr Wiederinkrafttreten bedeutet, dass Österreich sein Defizit verringern muss. Dies stellt eine Gefahr dar, weil es für Staaten leichter ist, Investitionen zu streichen, als an anderer Stelle Mehreinnahmen zu generieren.

Da der österreichische Staat nun wieder deutlich weniger investiert und damit drängende Aufgaben vernachlässigt und weil zudem auch die neuen Fiskalregeln einen künftigen Aufbau von öffentlichem Vermögen erschweren, lautet die Bewertung des Indikators -1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Eine Anhebung der Investitionen ist vor allem für die Infrastruktur in Ballungsräumen, für den öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie die Bereiche Klimaschutz und Klimaanpassung (Energieerzeugung, thermische Sanierung etc.) erforderlich. Die finanziellen Mittel sollen in Form eines kommunalen Investitionsfonds bereitgestellt werden, da ein Großteil der Kompetenzen bei Gemeinden mit geringen Budgets liegt (Feigl, 2024).

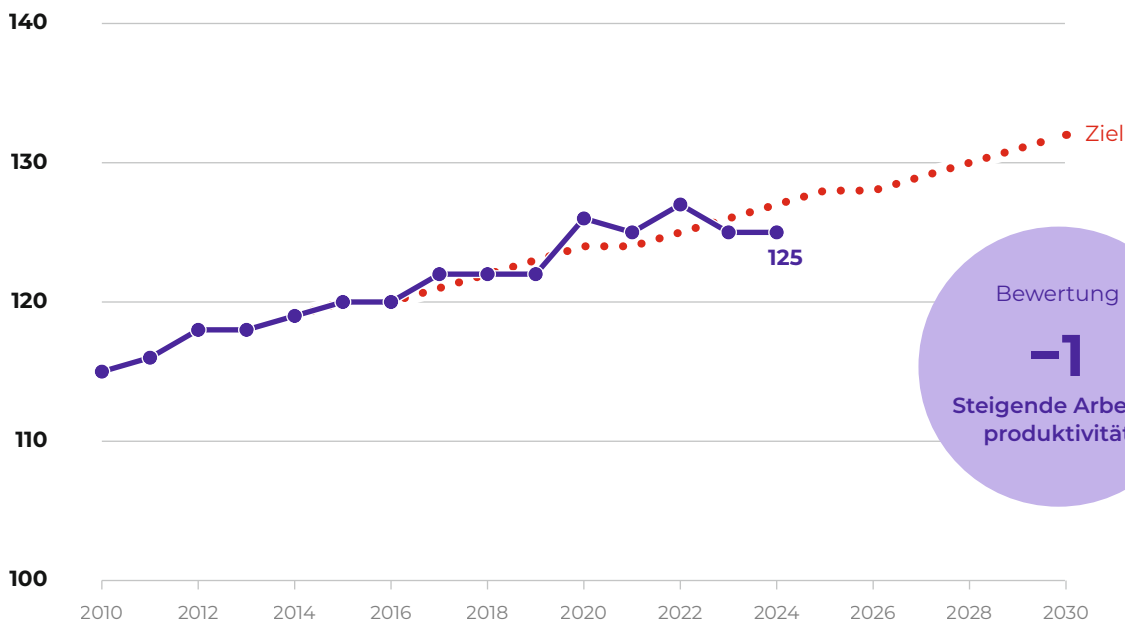
Mit einem Investitionsfonds auf europäischer Ebene nach dem Vorbild des Aufbau- und Resilienzplans (RRF – Recovery and Resilience Facility) (Heimberger & Lichtenberger, 2022) können die negativen Auswirkung der Fiskalregeln abgefedert und erforderliche Investitionen vorangetrieben werden. Aber auch eine Kreditfinanzierung ist für die genannten Zukunftsinvestitionen angemessen und trägt zur Generationengerechtigkeit bei, da vor allem künftige Generationen von einer sauberen Umwelt und einer guten Infrastruktur profitieren und daher an den Kosten beteiligt werden sollen.

5.2 Steigende Arbeitsproduktivität

Zunehmende Arbeitsproduktivität ist ein wesentliches Element in der Standard-Definition von materiellem Wohlstand und deshalb in der traditionellen Wirtschaftspolitik von Bedeutung. Der Indikator misst die Steigerung der Wertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde. Steigende Arbeitsproduktivität ermöglicht höhere Einkommen und stabilisiert unser soziales Sicherungssystem. Die Förderung der Qualifikation von Beschäftigten und Maßnahmen zur Steigerung von Innovation und technologischer Entwicklung wirken positiv auf die Arbeitsproduktivität, gleichzeitig wird sie aber auch von der Konjunktur beeinflusst.

Stunden-
produktivität
(2000 = 100)

Wachstum der Arbeitsproduktivität ist rückläufig



Die Entwicklung der Stundenproduktivität wird als Indexwert dargestellt und beginnt im Basisjahr 2000 mit dem Wert 100. Sie hat sich seit dem Jahrtausendwechsel um ein Viertel erhöht. Das Wachstum der Stundenproduktivität verlangsamt sich jedoch zunehmend. 2024 ist die Stundenproduktivität sogar leicht gesunken und liegt mit einem Wert von 125 hinter dem mittelfristigen Zielpfad von 1 % pro Jahr.

Quelle: AMECO, 2024c, 2024b, eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Das Niveau der Arbeitsproduktivität ist hoch und konnte seit dem Jahr 2000 um etwa ein Viertel gesteigert werden.
- Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahrzehnten jedoch verlangsamt.
- Im Jahr 2024 wird die Stundenproduktivität im Vorjahresvergleich sogar leicht sinken, künftig durch die steigende Arbeitskräfteknappheit und die Konjunkturerholung jedoch wieder steigen.

Was wir brauchen

- Eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung fördert die Fähigkeiten der Beschäftigten und die verbreitete Anwendung von Innovationen.
- Neben der Höhe muss auch auf die Effizienz der Ausgaben für Forschung, Technologie und Innovation geachtet werden, damit diese zum Produktivitätswachstum beitragen.
- Eine aktive Konjunktur- und Nachfragepolitik stabilisiert die Arbeitsproduktivität in Krisenzeiten.

Im Detail

Die Arbeitsproduktivität stieg im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte um etwa 1 % pro Jahr. Die Produktivitätsentwicklungen sind aktuell rückläufig, mittelfristig kann jedoch eine Rückkehr zum langjährigen Durchschnitt erwartet werden.

Insgesamt ist das Niveau der Arbeitsproduktivität sehr hoch und liegt über dem Durchschnitt im Euroraum. Seit dem Jahr 2000 konnte die Produktivität in Österreich um etwa ein Viertel gesteigert werden. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahrzehnten verlangsamt und deckt sich damit mit der Entwicklung in den meisten anderen Industriestaaten. Dafür gibt es eine Vielzahl an Erklärungsansätzen: Sie reichen von Messproblemen über die stärkere Bedeutung des Dienstleistungssektors, in dem kaum Produktivitätssteigerungen möglich sind, bis hin zu einer komplexeren Implementierung und verzögerten Anwendung von Innovationen (Produktivitätsrat, 2023).

Im Jahr 2024 ist das Produktivitätsniveau im Vorjahresvergleich leicht gesunken. Prognosen gehen davon aus, dass die Produktivitätsentwicklung im nächsten Jahr weiter stagnieren wird. Insgesamt ist die Entwicklung negativ, daher lautet die Bewertung -1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

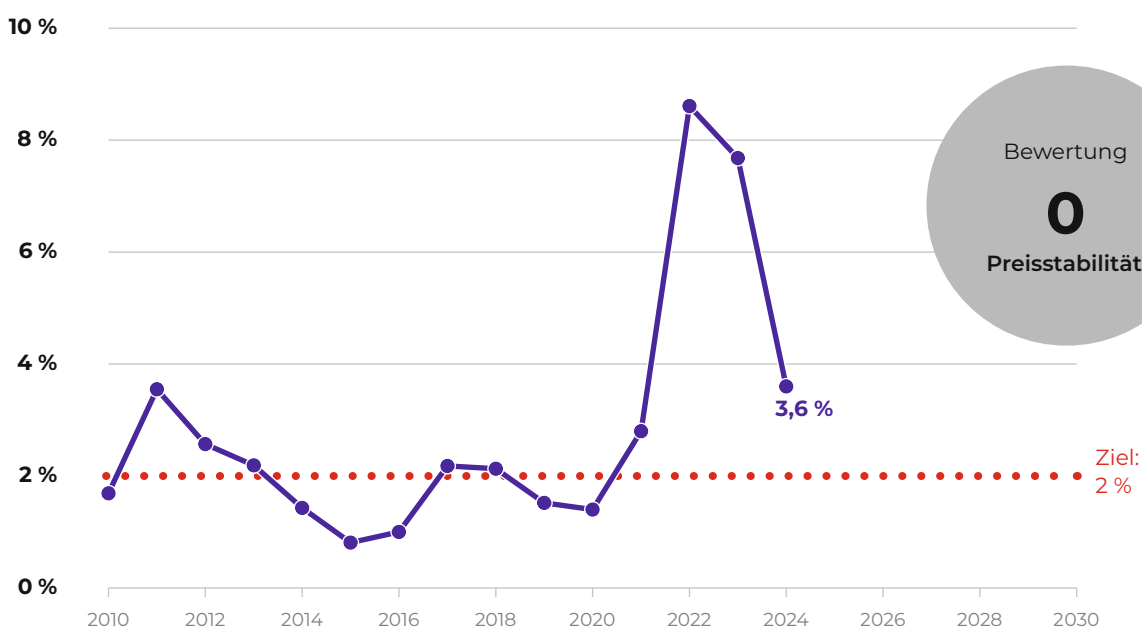
Die gezielte Steigerung der Arbeitsproduktivität erfordert ein Zusammenwirken vieler Maßnahmen. Dazu gehört eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung, die die Fähigkeiten der Beschäftigten und damit auch die verbreitete Anwendung von Innovationen fördert. Ein Recht auf eine Woche bezahlte Weiterbildung pro Jahr und ein Qualifizierungsgeld für alle tragen dazu bei. Außerdem muss neben der Höhe auch auf die Effizienz der Ausgaben für Forschung, Technologie und Innovation geachtet werden, damit diese zum Produktivitätswachstum beitragen. Das gelingt durch eine verstärkte Koordinierung und Abstimmung unterschiedlicher Förderinstrumente. Diese gezielten Maßnahmen müssen in eine aktive Konjunktur- und Nachfragepolitik, die die Arbeitsproduktivität in Krisenzeiten stabilisiert, eingebettet sein.

5.3 Preisstabilität

Stabile Preise machen die wirtschaftlichen Aktivitäten planbar, z. B. für Zinsen, Kredite, Investitionen, Einkommensentwicklung oder langfristige Konsumentscheidungen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) misst den durchschnittlichen Anstieg des Preisniveaus für Konsument:innen auf Basis eines sogenannten repräsentativen Warenkorbs. Das mittelfristige Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) für den Euroraum liegt bei 2 % Preissteigerung pro Jahr. In Zeiten großer Preisschwankungen sind zielgerichtete und strategische Preiseingriffe sowie eine genaue Beobachtung und Bekämpfung von Preisschocks wichtig.

Harmonisierter
Verbraucher-
preisindex

Inflation nähert sich dem Zielwert



In den Jahren vor 2021 erfüllte Österreich häufig das Ziel der Preisstabilität oder war nahe dran. In der Teuerungskrise ist die Inflationsrate bis 2022 auf 8,6 % gestiegen. Die Teuerung blieb auch 2023 mit 7,7 % historisch hoch. 2024 wird ein Rückgang auf 3,6 % prognostiziert, der Wert nähert sich also dem Zielwert von 2 % langsam wieder an.

Quelle: AMECO, 2024a

Was wir sehen

- Die Inflation sinkt weiter und nähert sich langfristig dem 2%-Ziel der EZB an.
- Preistreiber wie Wohnungsmieten belasten einkommensschwache Haushalte weiterhin stark.
- Österreich hat aufgrund mangelnder Preiseingriffe eine höhere Inflationsrate als die meisten Länder der Eurozone.

Was wir brauchen

- Preisschocks müssen durch Preiseingriffe gezielt bekämpft werden, sowohl in Österreich als auch auf europäischer Ebene.
- Die Einführung einer effektiven Mietpreisbremse und einer Preisbremse für Gas und Fernwärme ist notwendig.

Im Detail

Das Ziel der Preisstabilität wird erfüllt, wenn es zu einem stetigen, aber nur mäßigen Anstieg der Preise kommt. Das mittelfristige Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt bei 2 % Preissteigerung pro Jahr.

In den Jahren vor der Teuerungskrise lagen die Preissteigerungen in Österreich häufig unter oder nahe bei diesem Ziel. Der Energiepreisschock infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine führte zu hohen Preissteigerungen, die sich durch Gewinn-Preis-Spiralen verschärften. Aufgrund der fehlenden Preiseingriffe der Bundesregierung blieb die Teuerung auch 2023 mit 7,7 % historisch hoch und höher als in den meisten anderen europäischen Ländern. Insbesondere einkommensschwache Haushalte, allen voran Alleinerzieherinnen und Pensionistinnen, haben unter der Preissteigerung im Bereich der Grundbedürfnisse gelitten (Six & Witzani-Haim, 2023). Länder wie Spanien haben direkt in die Energiemärkte oder Mieten eingegriffen und so die Preisanstiege unter Kontrolle gebracht (Uxó González, 2023). Die Inflation sinkt nun auch in Österreich wieder und nähert sich langsam dem Ziel der EZB an, jedoch liegt der Grund dafür in den sinkenden Energiepreisen und einer nicht zuletzt durch die Teuerung ausgelösten Konjunkturschwäche.

Die Bewertung des Teilziels der Preisstabilität lautet 0. Zwar ist die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr positiv, die negativen Folgen durch das Nicht-Handeln des Staates sind jedoch nach wie vor deutlich spürbar.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Preisschocks müssen gezielt beobachtet und bekämpft werden, sowohl in Österreich als auch auf europäischer Ebene. Dafür braucht es Preiskommissionen und effektive Maßnahmen wie die Einführung einer wirksamen Mietpreisbremse sowie einer Preisbremse für Gas und Fernwärme. Die Mieten sind nach wie vor einer der wichtigsten Preistreiber. Ebenso wichtig wäre eine effektive Übergewinnabschöpfung bei den Energiekonzernen.

Die EZB wiederum hat zu lange mit einer Rücknahme ihrer Hochzinspolitik gewartet und nimmt ein Abwürgen der Konjunktur sowie Verzögerungen bei Klimainvestitionen in Kauf. Die EZB sollte daher rascher ihre Leitzinsen senken.

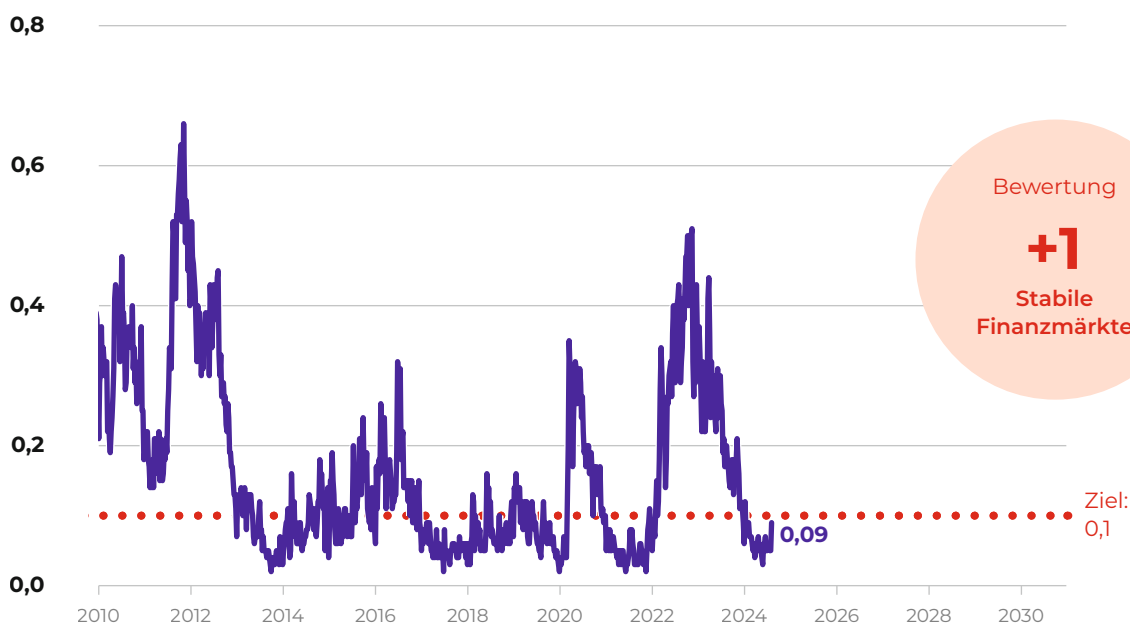
5.4 Stabile Finanzmärkte

Stabile Finanzmärkte fördern den Wohlstand, indem sie Investitionen von Unternehmen, beispielsweise in die sozial-ökologische Transformation, und von Haushalten, etwa in die Schaffung von Wohnraum, ermöglichen. Gleichzeitig können Krisen im Banken- und Finanzsystem zu schweren Einbrüchen in der Realwirtschaft führen.

Der Composite Indicator of Systemic Stress (CISS) der Europäischen Zentralbank (EZB) zeigt, ob die Gefahren für die Wohlstandsentwicklung, die von instabilen Finanzmärkten ausgehen, unter Kontrolle sind. Eine realwirtschaftlich orientierte Banken- und Finanzmarktregulierung und eine pragmatische Geldpolitik tragen zu diesem Ziel bei.

Composite Indicator of Systemic Stress (CISS)

Nervosität auf den Finanzmärkten ist nach wie vor vorhanden



Die Grafik zeigt die Entwicklung des Stressindikators CISS der EZB (Hollo et al., 2012). Es ist sichtbar, dass das Risiko auf den Finanzmärkten in Krisenzeiten, etwa 2020 oder 2022, stark ansteigt. Als Zielwert wird ein CISS von 0,1 gewählt, da unter diesem Wert von einer ausreichenden Stabilität auszugehen ist. Seit Beginn des Jahres 2024 liegt der Stresswert mit zuletzt 0,09 knapp unter dem angestrebten Zielwert.

Quelle: EZB, 2024

Was wir sehen

- Infolge der COVID-19-Pandemie und des Überfalls Russlands auf die Ukraine kam es zu Anstiegen in der Unsicherheit, die sich jedoch rasch wieder abschwächten.
- Die Anzeichen für Instabilitäten auf den Finanzmärkten waren seit Anfang 2024 stark vermindert, auf einzelnen Märkten zeigt sich aktuell jedoch wieder eine gestiegene Nervosität.
- Zusätzliche geopolitische Risiken im Nahen Osten und die schwächelnde Konjunktur stellen große Herausforderungen dar.

Was wir brauchen

- Regulierungen, etwa bei der Eigenkapitalausstattung der Banken oder bei Immobilienkrediten, wirken sich positiv auf die Finanzmarktstabilität aus. Sie sollen nicht aufgeweicht werden.
- Eine geeignete Krisenpolitik von Regierungen und EZB, wie etwa bei der Stabilisierung der Energieversorgung, verringert Unsicherheit auf den Finanzmärkten.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Im Zuge der jüngsten Krisen hat sich gezeigt, dass die Bankenregulierung und die erhöhte Aufmerksamkeit in Bezug auf die von Finanzmärkten ausgehenden Gefahren durchaus zur Erhöhung der Krisenbeständigkeit des Finanzsystems beigetragen haben. Umso wichtiger ist es, dass nun nicht in grober Geschichtsvergessenheit abermals die Deregulierung der europäischen Finanzmärkte unter dem Titel der Kapitalmarktunion vorangetrieben wird.

Beispiele für einen erfolgreichen Umgang mit den Energiepreisanstiegen zeigen, dass aktives ordnungspolitisches Eingreifen wesentlich zu einer sozial und wirtschaftlich vertretbaren Überwindung von Krisen beitragen kann. Alte Stärken des österreichischen Systems der Kooperation könnten hier wieder belebt und weiterentwickelt werden.

Im Detail

Stabile Finanzmärkte sind für die Investitionstätigkeit und die ökonomische Stabilität eines Landes notwendig. Der Stressindikator CISS wurde infolge der großen Finanzkrise von 2008 entwickelt, um vom Finanzmarkt ausgehende Gefahren überwachen zu können.

Regierungen haben zum Teil aus den Krisen der Vergangenheit gelernt und in der Pandemie und während der Teuerungskrise wirtschaftspolitisch aktiv eingegriffen. Dadurch konnte das Vertrauen auf den Finanzmärkten rasch wiederhergestellt werden. Zudem hat sich die Finanzmarktregulierung seit der Finanzkrise 2008 deutlich verbessert. Die Eigenkapitalausstattung der Banken in Europa ist allgemein gut und konnte mittels der Übergewinne durch die gestiegenen Zinsen nochmals erhöht werden. In Österreich wurden jüngst, wie es in anderen Ländern längst üblich war, auch Vorgaben für die Vergabe von Immobilienkrediten (KIM-Verordnung) eingeführt (Zotter, 2023).

Negativ wirkte der überhastete Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik samt Zinsanhebung der EZB. Die konjunkturellen und geopolitischen Risiken bleiben weiterhin sehr präsent. Aktuell scheint kein wirtschaftspolitischer Akteur, sei es die EZB, eine EU-Institution oder nationale Regierungen, in der Lage, makroökonomische Erwartungen nachhaltig stabilisieren zu können.

Das Ziel der Finanzmarktstabilität wird aktuell knapp erreicht, aufgrund des zuletzt verzeichneten leichten Anstiegs der Unsicherheit lautet die Bewertung +1.

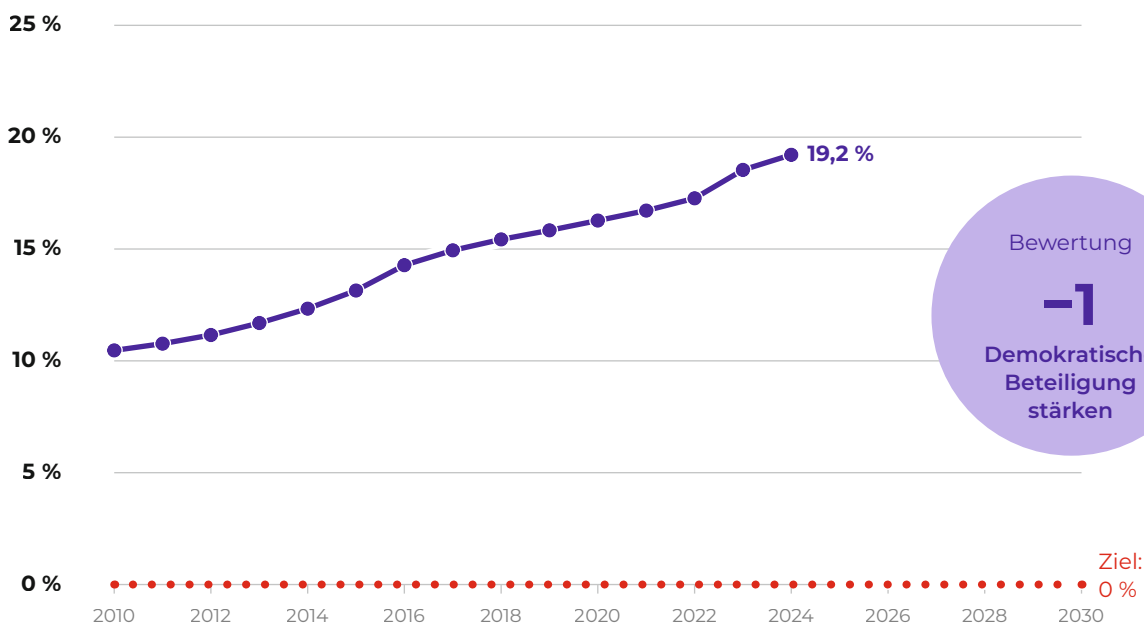
5.5 Demokratische Beteiligung stärken

Das Recht zu wählen ist ein wesentliches Merkmal repräsentativer Demokratien. Über Wahlen drücken Bürger:innen ihren politischen Willen aus und bestimmen ihre Vertreter:innen mit. Je größer der Anteil jener, denen das Wahlrecht verwehrt ist, desto größer das Demokratiedefizit in einem Staat.

In Österreich bei der Wahl des Bundespräsidenten, des Nationalrats und der Landtage das Wahlrecht an den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft gebunden. In Österreich wohnhafte Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind also bei diesen Wahlen nicht wahlberechtigt. Ihr Anteil wächst beständig, wodurch ein immer größerer Teil der Bevölkerung zwar den Gesetzen unterworfen ist, die gesetzgebenden Institutionen aber nicht mitbestimmen kann.

Anteil der aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft auf Bundes- und Landesebene nicht wahlberechtigten Wohnbevölkerung

Anteil der Nicht-Wahlberechtigten



Der Anteil jener Wohnbürger:innen, die aufgrund einer ausländischen Staatsangehörigkeit nicht wahlberechtigt sind, steigt beständig. Allein in den letzten 15 Jahren hat sich dieser Anteil von 10,5 % (2010) auf 19,2 % (2024) beinahe verdoppelt, von 2023 auf 2024 ist er um 0,7 Prozentpunkte gestiegen. Damit entfernen wir uns immer weiter vom Ziel von 5 %.

Quelle: Statistik Austria, 2024b, eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Der Anteil der aufgrund einer ausländischen Staatsangehörigkeit nicht wahlberechtigten Wohnbürger:innen liegt 2024 mit 19,2 % deutlich über dem langfristigen Ziel von 5 %.
- Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil neuerlich um 0,7 Prozentpunkte gestiegen.
- Die Zahl der Wahlberechtigten für die Nationalratswahl 2024 ist also erneut gesunken.

Was wir brauchen

- Die hohen Hürden für die Einbürgerung müssen durch Kostensenkung, Verfahrensbeschleunigung sowie höhere Verfahrenstransparenz gesenkt werden.
- Der Zugang zur Staatsbürgerschaft soll leichter werden, insbesondere für Kinder, die in Österreich geboren wurden oder zumindest die Hälfte ihrer Schulpflicht hier absolviert haben.

Im Detail

Das Staatsbürgerschaftsrecht in Österreich ist eines der restriktivsten im europäischen Vergleich. Ein an die elterliche Nationalität gebundenes Staatsbürgerschaftsrecht bei Geburt sowie lange Wartefristen und hohe Anforderungen für die Einbürgerung machen es vielen Menschen, die seit Langem hier niedergelassen sind, schwer, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Die Koppelung des Wahlrechts auf Bundes- und Landesebene an eben diese Staatsbürgerschaft führt in der Folge zu einem Demokratiedefizit, da die betroffenen Personen nicht die Zusammensetzung der für sie maßgeblichen Organe der Gesetzgebung (Nationalrat, Landtage) mitbestimmen können. Damit steigt auch die Gefahr einer Abwendung der Betroffenen vom politischen System.

Dieser Anteil an Personen nimmt ständig zu, während die absolute Zahl der Wahlberechtigten sinkt. Das bedeutet, dass eine immer kleiner werdende Zahl an Wahlberechtigten über den politischen Umgang mit einer immer größer werdenden Zahl an Betroffenen ohne Mitbestimmungsrecht entscheidet.

Diese Entwicklung hat sich in den letzten 15 Jahren deutlich verschärft. Der Anteil der nicht wahlberechtigten Wohnbürger:innen entfernt sich immer weiter von der (pragmatisch gewählten) Zielsetzung von maximal 5 % der Bevölkerung im Wahlalter ohne Wahlrecht aufgrund der Nationalität. Zuwanderung wird weiterhin ein Faktum bleiben, und eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder des Zugangs zum Wahlrecht scheint derzeit nicht in Sicht. Wir bewerten diese ungünstige Entwicklung daher mit -1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Antworten auf das wachsende Demokratiedefizit im Hinblick auf den Zugang zu Wahlen sind sowohl im Bereich des Wahlrechts wie auch des Zugangs zur Staatsbürgerschaft denkbar. Gerade die von der Nationalität unabhängigen Arbeiterkammerwahlen zeigen, wie ein inklusiveres Wahlrecht gestaltet sein kann. Ein leichterer Zugang zum Wahlrecht für ausländische Staatsbürger:innen auf gesamtstaatlicher Ebene wurde jedoch bereits 2004 vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) gekippt, weshalb vor allem Reformen beim Zugang zur Staatsbürgerschaft realistischere Alternativen darstellen.

So sollten aus Sicht der Arbeiterkammer in Österreich geborene Kinder sowie jene, die zumindest die Hälfte ihrer Schulpflicht in Österreich absolviert haben, bereits nach fünf Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten können, sofern sich zumindest ein Elternteil rechtmäßig im Inland aufhält. Im Allgemeinen soll die Barriere der hohen Verfahrenskosten fallen, etwa durch Senkung der Verwaltungsgebühren und deren Vereinheitlichung in allen Bundesländern. Aber auch eine Beschleunigung der langen Verfahren sowie deren transparentere Durchführung sind pragmatische Ansatzpunkte.

Thema: **Nicht nur bezahlte Arbeit schafft Wohlstand**

Entgegen der klassischen wirtschaftlichen Auffassung, wonach Wertschöpfung und Wohlstand vor allem durch bezahlte Erwerbsarbeit entstehen, wird im vorliegenden Bericht das Konzept von Arbeit auf Tätigkeiten ausgedehnt, die oft verdeckt bleiben, jedoch für das Wohlergehen einer Gesellschaft unerlässlich sind. Diese sogenannte „unbezahlte Arbeit“ umfasst einerseits lebensnotwendige Tätigkeiten in unserem Alltag, wie Kochen, Wäschewaschen, Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Dazu gehört aber auch Emotionsarbeit, wie etwa zu trösten, aufzumuntern oder zuzuhören, sowie die Organisationsarbeit, die notwendig ist, damit der Alltag funktioniert, wie etwa zu wissen, wann das Kind zum Arzt oder zur Ärztin muss, für wen welche Geburtstagsgeschenke organisiert werden müssen oder was gerade im Kühlschrank fehlt. Ohne all diese Tätigkeiten würde das Zusammenleben in Österreich nicht funktionieren. Zwei Drittel dieser Arbeit werden von Frauen erledigt.

Wie deutlich bezahlte und unbezahlte Arbeit mit dem Wohlstand einer Gesellschaft in Verbindung stehen, wird bei verschiedenen Indikatoren dieses Berichts gezeigt. Das wohl expliziteste Kapitel in diesem Zusammenhang ist jenes zum Ziel „Vollbeschäftigung und gute Arbeit“. Die Indikatoren zur geringen Arbeitslosigkeit und zur Qualität des Arbeitsplatzes beschreiben den Bezug der bezahlten Arbeit zum Wohlstand. Sie verdeutlichen auch, wie sehr Erwerbsarbeit, Einkommen und soziale Absicherung damit in Verbindung stehen. Die Befunde der Indikatoren zeichnen ein

durchwachsenes Bild, wie es um deren Wirkung auf den Wohlstand bestellt ist. Auf der Seite der unbezahlten Arbeit wird dies am Indikator der Lücke der unbezahlten Arbeit am deutlichsten sichtbar: Frauen verrichten täglich noch immer fast doppelt so viel unbezahlte Reproduktionsarbeit wie Männer. Dieses Hindernis steht einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen und deren Beteiligung am Erwerbsleben im Weg.

Warum ist das wichtig, und welche Konsequenzen hat dies für den Wohlstand in Österreich? Neben den Effekten, die eine Schiefelage zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit auf die Geschlechtergerechtigkeit hat (siehe „Thema: Was haben Geschlechterrollen mit dem Wohlstand zu tun?“), zeigen sich wohlstandsvermindernde Auswirkungen auch in anderen Bereichen. Das österreichische Wohlfahrtsmodell und damit verbundene soziale Sicherungssysteme basieren vor allem auf der bezahlten Erwerbsarbeit. Dementsprechend benachteiligt dieses System vor allem Frauen, die durch die ungleiche Belastung durch unbezahlte Arbeit geringere Berufschancen haben und weniger Einkommen erzielen können. Das führt zu einem erhöhten Armutsrisiko oder auch finanzieller Abhängigkeit. Armut in jungen Jahren hat Auswirkungen auf Gesundheit und Bildungsmöglichkeiten, welche wiederum den Wohlstand einer Gesellschaft beeinflussen.

Politische Forderungen in diesem Zusammenhang müssen daher zum Ziel haben, die unbezahlte Arbeit ebenso wie bezahlte Arbeit als essenziellen Teil des Wohlstands anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Um dies zu ermöglichen, sind der Ausbau der Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote und von qualitätsvollen sozialen Dienstleistungen im Bereich der Pflege notwendig. Ebenso muss auf die Umgestaltung von Steuer-, Abgaben- und Fördersystemen geachtet werden, um eine partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Arbeit und der Erwerbsarbeit zu fördern bzw. negative Anreize zu beseitigen.

Anhang

Methodische Grundlagen

Der AK-Wohlstandsbericht umfasst fünf gleichrangige Hauptziele, die jeweils durch fünf Teilziele und ihre Indikatoren bestimmt werden. Die Beschränkung auf nunmehr 25 Indikatoren, um den Wohlstand in Österreich und seine Entwicklung zu beschreiben, stellt dabei einen Kompromiss zwischen den Anforderungen der Vielschichtigkeit und der Überschaubarkeit dar.

Ausgangspunkt für die Ziele ist das magische Vieleck wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik (Rothschild, 1996), das entsprechend den wirtschaftspolitischen Debatten der vergangenen Jahre mehrmals angepasst wurde (Dullien & van Treek, 2012; Feigl, 2016). Die wichtigsten Anpassungen sind, dass das Übergewicht der ökonomischen Ziele gegenüber anderen Wohlstandszielen im engeren Sinne verringert wurde, Wirtschaftswachstum als Ziel im Bericht nicht explizit diskutiert wird und Lebensqualität ein eigenständiges Hauptziel darstellt. Im aktuellen Indikatoren-Set sind erstmals Aspekte der Klimawandelanpassung und der demokratischen Teilhabe (Wahlberechtigung) enthalten.

Das Bewertungsschema

Jedes Teilziel steht, wie der Name schon verrät, für das Ziel, den Wohlstand in einem bestimmten Teilaspekt zu erhalten oder zu erhöhen. Für die Bewertung, ob

und in welchem Ausmaß dies gelingt, ist die Entwicklung des Indikators vom vorletzten verfügbaren zum letzten verfügbaren Wert ausschlaggebend. Diese Veränderung wird in Hinblick auf das definierte Ziel bzw. den Zielpfad bewertet. Zudem fließen gesetzte und auch verabsäumte politische Maßnahmen in die Bewertung mit ein und können diese um einen Punkt verbessern oder verschlechtern, sprich, die aktive politische Forcierung hin zu bzw. weg von einer Gesellschaft mit Wohlstand wird positiv bzw. negativ bewertet.

Die Skala der Punktebewertung reicht dabei von -2 bis +2, wobei sie wie folgt zu interpretieren ist:

- +2 Ziel wird erreicht
- +1 Positive Entwicklung
- 0 Weder Verbesserungen noch Verschlechterungen
- 1 Negative Entwicklung
- 2 Ziel wird deutlich verfehlt

Die gesetzten Ziele bzw. Zielpfade orientieren sich dabei an nationalen oder internationalen politischen Vorgaben (z. B. Zielpfad beim Ausstoß an Treibhausgasen, Inflationsziel der EZB, Reduktion des Gender-Pay-Gap auf null), an der

wissenschaftlichen Literatur (z. B. erforderliche Nettoinvestitionen) oder an bewährten Entwicklungen der Vergangenheit (z. B. Produktivitätsentwicklung). Wo keine numerische Zielvorgabe möglich ist (z. B. Vermögenskonzentration), beschreiben wir einen Zielpfad mit einer Zielrichtung.

Indikatoren und Datenquellen

Bei der Analyse der Wohlstandsentwicklung stützen wir uns auf national und international anerkannte Datenquellen, wie die Statistik Austria, Eurostat, die OECD, das WIFO oder das Umweltbundesamt. Wo dies möglich ist, beziehen wir sogenannte „Now-Castings“ bis zum aktuellen Berichtsjahr mit ein. Dies ist vor allem, aber nicht ausschließlich bei den ökonomischen Indikatoren möglich.

1.1 Einkommensentwicklung

Median des äquivalisierten real verfügbaren Haushaltseinkommens: Die Ausgangsbasis bilden alle Nettoeinkommen der Haushalte laut EU-SILC-Erhebung. Dazu kommen die Geldtransfers des Staates (inkl. Pensionen). Öffentliche Sachleistungen können nicht berücksichtigt werden. Die verfügbaren Haushaltseinkommen werden gemäß der EU-SILC-Vorgehensweise bedarfsgewichtet auf Köpfe umgerechnet. Im letzten Schritt wird das jährliche Äquivalenzeinkommen um die Preissteigerungen (gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, HVPI) bereinigt.

1.2 Einkommensungleichheit

Einkommensquintils-Verhältnis (S80/S20): Das Verhältnis beschreibt, wie hoch die Haushaltseinkommen des obersten Einkommensfünftels in Relation zum untersten Einkommensfünftel sind. Unter Einkommen wird das äquivalisierte

verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (also nach Abzug von Steuern und inklusive monetärer Sozialtransfers sowie unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße) verstanden. Die Datenbasis ist die europaweit harmonisierte Erhebung EU-SILC. Die Referenzperiode der Daten ist immer das Vorjahr, die im EU-SILC 2023 veröffentlichten Einkommen basieren also auf dem Jahr 2022.

1.3 Gender-Pay-Gap

Gender-Pay-Gap (GPG) der Bruttostundenlöhne: Der GPG misst den Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Fraueneinkommen und dem durchschnittlichen Männereinkommen in Prozent. Der EU-Standardindikator zum GPG bezieht sich dabei auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Bruttostundenlöhnen. Für unterschiedlich lange Arbeitszeiten wird so eine Bereinigung vorgenommen, ohne die der GPG deutlich höher wäre. Die Daten werden jährlich auf Basis der Verdienststrukturerhebung von Eurostat bereitgestellt.

1.4 Vermögenskonzentration

Anteil der reichsten 5 % der Haushalte am gesamten Nettovermögen (Summe der Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten): Bei vollkommener Gleichverteilung würde die Kennzahl bei 5 % liegen, der Vermögensanteil würde also exakt dem Bevölkerungsanteil entsprechen. Mithilfe von Erhebungsdaten und makroökonomischen Aggregaten stellt die Datenbank der „Distributional Wealth Accounts“ der Oesterreichischen Nationalbank die Verteilung des gesamten Vermögens einer Volkswirtschaft quartalsweise dar. Zudem werden die Zahlen dafür korrigiert, dass besonders reiche Personen in Befragungsdaten meist schlecht abgebildet sind.

1.5 Entwicklungszusammenarbeit

Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) am Bruttonationaleinkommen: Die OECD definiert, welche öffentlichen Leistungen zu den Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit gerechnet werden können. Diese umfassen die bilaterale EZA, bei der durch Abkommen mit Partnerländern finanzielle, technische oder personelle Unterstützung erfolgt, und die multilaterale EZA, bei der die Hilfen z. B. an die Vereinten Nationen oder Entwicklungsbanken gehen. Darüber hinaus sind Schuldenerlässe für Empfängerländer, indirekte Studienplatzkosten und Ausgaben für Asylwerbende und Geflüchtete in den ersten 12 Monaten im Geberland als EZA-Ausgaben anrechenbar. Die EZA-Ausgaben werden als Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) gemessen. Das BMF publiziert die jährlichen Werte und Voranschläge in einer Budgetbeilage.

2.1 Erwerbstätigenquote

Die Erwerbstätigenquote misst den Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung basierend auf Umfragen und ILO-Definitionen. Wir betrachten die Quote der 20- bis 64-Jährigen. Sie ermöglicht eine grobe Einschätzung der Fähigkeit eines Wirtschaftssystems, Beschäftigung zu schaffen, erfasst aber nicht die Qualität der Arbeit, geleistete Arbeitsstunden, Einkommen oder informelle Beschäftigungsverhältnisse. Ebenso werden Sorge- und Reproduktionsarbeit sowie Freiwilligenarbeit nicht berücksichtigt. Aufgrund der neuen EU-Sozialstatistikverordnung gilt seit 2021 eine geänderte Definition von Arbeitslosigkeit, weswegen wir einen Zeitbruch in der Datenreihe sehen.

2.2 Unterbeschäftigungsquote

Die Unterbeschäftigungsquote basiert auf der standardisierten europäischen Arbeitskräfteerhebung und erfasst die Erwerbslosen, Teilzeitbeschäftigte, die gerne mehr arbeiten möchten, Personen in Schulung bzw. Karenz und die „Entmutigten“, die die Suche nach Arbeit aufgegeben haben. Sie wird als prozentualer Anteil an allen Erwerbspersonen angegeben. Die Quote drückt demnach den Anteil an Personen aus, die gerne mehr arbeiten wollen, aber nicht können.

2.3 Differenz bei unbezahlter Arbeit

Der Indikator der „unbezahlten Arbeit“ basiert auf in der Zeitverwendungserhebung genannten Hauptaktivität. Er misst die Differenz beim täglichen durchschnittlichen zeitlichen Aufwand für unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern (Alter ab 10 Jahre) in Stunden und Minuten. Zur unbezahlten Haus- und Sorgearbeit zählen wir auch die Betreuung von eigenen Kindern in einem anderen Haushalt, Kinderbetreuung als Unterstützung für einen anderen Haushalt, Hilfeleistungen für eine erwachsene Person eines anderen Haushalts, andere nicht näher bestimmte informelle Hilfen für einen anderen Haushalt, Wege für Einkäufe, kommerzielle und administrative Erledigungen, Wege für Kinderbetreuung, Wege für Sorgearbeiten in Haushalten und Familie sowie alle informellen Hilfen für einen anderen Haushalt.

2.4 Arbeitsklima-Index

Der Arbeitsklima-Index wird seit 1997 von der AK Oberösterreich mit den Forschungsinstituten IFES und FORESIGHT erhoben. Er erfasst die Arbeitszufriedenheit der unselbstständig Beschäftigten in Österreich und wird quartalsweise

per repräsentativer Umfrage erhoben. Abgefragt werden u. a. Arbeitsbedingungen, Betriebsklima, Einkommen, Stress und andere gesundheitliche Aspekte. Vier Teilindizes bilden den Gesamtindex: 1) Gesellschaft (eigene soziale Position und wirtschaftliche Zukunft Österreichs), 2) Betrieb (Zufriedenheit mit Führungskräften und wirtschaftliche Zukunft des Betriebs), 3) Arbeit (Zufriedenheit mit Beruf und Einkommen; arbeitsbezogenen Belastungen) und 4) Erwartungen (Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten; Einschätzung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt).

2.5 Gewerkschaftlicher Organisationsgrad

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad misst den Anteil der erwerbstätigen Gewerkschaftsmitglieder an der unselbstständigen Erwerbsbevölkerung. Bis vor einigen Jahren konnte man jährlich auf international vergleichende Daten zu den nationalen Organisationsgraden zugreifen (Datenbasis: OECD, 2024b). Angesichts institutioneller und personeller Veränderungen gibt es hier Aktualisierungsprobleme, weshalb man in den letzten Jahren für Österreich vor allem auf eigene Berechnungen (Quellen: ÖGB-Mitgliederstatistik, BALI-Datenbank) angewiesen ist.

3.1 Lebenszufriedenheit

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist ein Indikator zur Messung der subjektiven Bewertung des eigenen Lebens. Sie wird mit folgender Frage gemessen: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt?“ Die Antwort ist eine Zuordnung auf einer 10-teiligen Skala (0 = gar nicht zufrieden; 10 = sehr zufrieden). Die allgemeine Lebenszufriedenheit wird unregelmäßig im Rahmen der

EU-SILC-Befragung erhoben bzw. im Rahmen von Projekten wie „So geht's uns heute“ von Statistik Austria. Messungen der Lebenszufriedenheit sind zwar stets subjektiv, können aber hilfreich sein, um dahinterliegende objektive Faktoren offenzulegen.

3.2 Quote der Armut und Ausgrenzungsgefährdung

Der Indikator der Gefährdung durch Armut oder soziale Ausgrenzung umfasst drei Dimensionen: 1) Armutsgefährdung (Äquivalenz-Nettohaushaltseinkommen unter 60 % des Medians), 2) erhebliche materielle und soziale Deprivation (anhand verschiedener Merkmale) und 3) Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. Im Vergleich zur Europa-2020-Strategie haben sich ab dem Jahr 2021 geringfügige Änderungen in Teilbereichen der Messung der materiellen Benachteiligungen und der geringen Erwerbsintensität ergeben. Daher ist die Vergleichbarkeit ab 2022 mit vorherigen Werten nur bedingt möglich. Die Datenquelle ist EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions), wobei die Einkommensdaten immer aus dem jeweiligen Vorjahr stammen. EU-SILC 2023 beschreibt daher die Einkommenssituation der Haushalte im Jahr 2022.

3.3 Quote der Niedrigabschlüsse

Der Bildungsstand wird im OECD-Vergleich auf Basis der höchsten formal abgeschlossenen Ausbildung gemessen. Die herangezogenen Operationalisierungen der Ausbildungsstufen basieren auf der International Standard Classification of Education (ISCED, 2011), die acht vorhandenen Bildungsstufen werden für Vergleichszwecke zu drei Stufen zusammengefasst (unterhalb der Sekundarstufe II: 0–2; Sekundarstufe II: 3–4;

Tertiärstufe: 5–8). Für die vorliegende Analyse werden die Bildungsstanddaten der OECD verwendet. Diese basieren auf Umfragedaten und unterscheiden sich damit geringfügig von den auf Registerdaten basierenden Berechnungen des österreichischen Bildungsstandregisters.

3.4 Zahl gesunder Lebensjahre

Der Indikator wird jährlich von Eurostat erhoben und gibt die Anzahl der durchschnittlich zu erwartenden Lebensjahre ohne schwere oder mittelschwere gesundheitliche Probleme an. Für die Berechnung werden die von den Vereinten Nationen bereitgestellten Mortalitätsraten herangezogen. Zudem fließt die Prävalenz schwerer oder mittelschwerer gesundheitlicher Probleme ein, die aus Angaben zum individuellen Gesundheitszustand im Rahmen der jährlichen EU-SILC-Befragung (Statistics on Income and Living Conditions) ermittelt wird. Abgefragt werden die Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes, das Vorliegen einer dauerhaften Krankheit oder eines chronischen Gesundheitsproblems und ob bzw. wie stark dadurch Tätigkeiten des normalen Alltags eingeschränkt werden.

3.5 Quote der Überbelastung durch Wohnkos

Eine Überbelastung durch Wohnkosten liegt vor, wenn ein Haushalt mehr als 40 % seines verfügbaren Einkommens für die Wohnkosten aufwenden muss. Unter den Wohnkosten sind dabei fast alle Ausgaben erfasst, die im Zusammenhang mit der Wohnungsnutzung getätigt werden – die Ausgaben für die Wohnung an sich zuzüglich der Betriebs- und Energiekosten. Ein Sonderfall sind Haushalte mit aushaftenden Hypothekarkrediten: Hier werden nur die Zinsanteile

der Kreditraten als Kosten gerechnet. Den Tilgungsanteilen stünde der Vermögensaufbau gegenüber, weshalb das keine Kosten wären, so eine Richtlinie von Eurostat. Die AK sieht das kritisch: Haushalte, die ihre Kreditraten nicht bedienen können, haben schließlich ein erhebliches Problem.

4.1 Energiearmut

In der EU werden seit 2005 im Rahmen des Programms EU-SILC von den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten – in Österreich also von Statistik Austria – durch Haushaltsbefragungen jedes Jahr Daten zu Einkommen und Lebensbedingungen erhoben und veröffentlicht. Können Grundbedürfnisse nicht gedeckt werden, spricht man von Deprivation. Dazu wird unter anderem die Frage gestellt, ob ein Haushalt es sich finanziell leisten kann, die Wohnung angemessen warm zu halten. Der gewählte Energiearmutsindikator zeigt den Prozentanteil der Menschen, die dies verneinen.

4.2 Qualität der Versorgung mit öffentlichem Verkehr

Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) hat für die Gesamtbevölkerung Österreichs die Qualität des öffentlichen Verkehrs an einem Werk- und Schultag erfasst und in Güteklassen (A bis G) eingeteilt. Dafür wird (1) die Hochrangigkeit des Verkehrsmittels – z. B. Schnellbahn – mit (2) den durchschnittlichen Intervallen und (3) der Entfernung zur Haltestelle in Beziehung gesetzt. Bei der Güteklasse D wohnt man beispielsweise 500 bis 750 Meter von einer Haltestelle entfernt, die von Bus oder Straßenbahn in einem 5- bis 10-Minuten-Intervall bedient wird. Wir bezeichnen die Güteklassen A bis D als „gute Versorgung“.

4.3 Hitzebedingte Übersterblichkeit

Die AGES (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) schätzt anhand von fallbasierten Sterbedaten (Statistik Austria) und Messwerten der maximalen und minimalen Lufttemperatur (GeoSphere Austria) für jede Woche eines Jahres, wie viele Sterbefälle es wegen besonders hoher Temperaturen zusätzlich zur ansonsten zu erwartenden Zahl gibt. Kumuliert über ein Jahr ergibt dies die „hitzeassoziierte Übersterblichkeit“. Sie weist sehr große Konfidenzintervalle auf; hier wird nur der Erwartungswert wiedergegeben. Das statistische Modell wurde von der AGES in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Graz entwickelt.

4.4 Feinstaubbelastung

Der Indikator misst die Konzentration von Feinstaub ($PM_{2,5}$) pro Kubikmeter Luft. $PM_{2,5}$ sind Partikel, die einen aerodynamischen Durchmesser unter $2,5 \mu m$ (Mikrometer) aufweisen und daher bis in die Lunge vordringen können. Die mittlere Exposition der Wohnbevölkerung ist jene $PM_{2,5}$ -Konzentration, der die Bevölkerung Österreichs im Durchschnitt ausgesetzt ist. Sie wird durch die Mittelung der Messdaten städtischer und ländlicher Hintergrundmessstellen abgeschätzt, wobei die Werte nach der Wohnbevölkerung, die sich innerhalb der repräsentativen Flächen der einzelnen Messstellen befindet, gewichtet werden (Spangl & Nagl, 2017).

4.5 Emissionen von Treibhausgasen

Der Indikator misst die Menge der aus menschlicher Tätigkeit stammenden Gase, die zur Klimaerhitzung beitragen. Es handelt sich um Kohlendioxid (CO_2), Methan (CH_4), Lachgas (N_2O) sowie bestimmte technische Gase. Die THG-Emissionen werden nach international

vereinbarten Regeln (IPCC, 2006) ermittelt und in Tonnen CO_2 -Äquivalent angegeben. Dazu werden die Mengen der ausgestoßenen Gase mit ihrem Treibhausgaspotenzial (GWP) multipliziert, das den Treibhauseffekt der Gase im Vergleich zu CO_2 erfasst (Gewichtung). In Österreich wird der THG-Ausstoß vom Umweltbundesamt ermittelt.

5.1 Nettoinvestitionsquote

Quote der öffentlichen Nettoinvestitionen: Wir verwenden die Nettoinvestitionen als Kennzahl für den Anstieg der öffentlichen Investitionen. Bei der Berechnung werden von den Bruttoanlageinvestitionen die Abschreibungen abgezogen (= Nettoanlageinvestitionen). Zudem werden die Effekte der konjunkturellen Lage und der Preissteigerungen durch die Inflation herausgerechnet. Die Daten werden auf jährlicher Basis von AMECO veröffentlicht.

5.2 Arbeitsproduktivität

Arbeitsproduktivität pro Stunde: Die Arbeitsproduktivität ergibt sich aus dem Verhältnis der in konstanten Preisen gemessenen Wirtschaftsleistung aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen zur dafür geleisteten Arbeit. Sie stellt damit ein Maß für die Effizienz des Arbeitseinsatzes dar. Wir beziehen uns auf die Arbeitsproduktivität pro geleistete Arbeitsstunde. Die Daten und deren Prognose werden auf jährlicher Basis von AMECO publiziert.

5.3 Preisstabilität

HVPI gegenüber dem Vorjahr: Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) misst den durchschnittlichen Anstieg des Preisniveaus auf Konsument:innen-ebene auf Basis eines repräsentativen

Warenkorbs und wird von Statistik Austria monatlich erhoben. Die Basisdaten dazu liefern regelmäßig stattfindende Erhebungen zum Konsumverhalten der privaten Haushalte. Die Warenkorbpositionen werden monatlichen Preisbeobachtungen unterzogen. So entstehen im Zeitablauf Preisindizes, die sowohl die Preisentwicklung einzelner Produkte bzw. Dienstleistungen als auch die Gesamtteuerung (Inflationsrate) abbilden.

Wert ist eine gute Näherung für den Anteil der Wahlberechtigten bei konkreten Wahlen. Dieser kann aber vom hier verwendeten Indikator leicht abweichen, etwa aufgrund unterschiedlicher Stich-tage und bestimmter Ausnahmeregeln.

5.4 Finanzmarktstabilität

Composite Indicator of Systemic Stress (CISS): Der hier verwendete Indikator der Europäischen Zentralbank ist Teil einer umfassenden Stabilitätsbewertung für den Euroraum und berücksichtigt sowohl die Verlustrisiken österreichischer Gläubiger:innen als auch das Funktionieren des österreichischen Finanzmarkts im Euroraum. Der Indikator für „Systemic Stress“ setzt sich aus fünf Bereichsindizes zusammen: Geldmarkt, Anleihen, Fremdwährungen, Eigenkapital und die Lage der Finanzintermediäre (insbesondere der Banken). Zudem wird bei der Zusammenstellung berücksichtigt, ob sich die Risiken gegenseitig ausgleichen oder einander verstärken. Der Wert des wöchentlich verfügbaren Indikators kann zwischen 0 (geringe) und 1 (hohe Unsicherheit) liegen.

5.5 Demokratische Beteiligung

Der Anteil der aufgrund ihrer Nationalität auf Bundes- und Landesebene nicht wahlberechtigten Wohnbürger:innen basiert auf den Daten der Statistik des Bevölkerungsstandes. Für die Berechnung wurden die Daten zu Jahresbeginn herangezogen, die Bevölkerung im wahlfähigen Alter (16 Jahre oder älter) herausgehoben und darunter der Anteil ohne österreichische Staatsbürgerschaft bestimmt. Dieser

Literatur und Quellen

- AGES (2024).** Hitze-Mortalitätsmonitoring. Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit. <https://www.ages.at/umwelt/klima/klimawandelanpassung/hitze>
- AK Oberösterreich (2024).** Arbeitsklima Index Datenbank [Dataset]. <http://www.db.arbeitsklima.at/>
- AK Wien (Hrsg.) (2024).** Eine Zukunft für die Vielen. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/api/v1/records/AC17186626/files/source/AC17186626.pdf>
- AMECO (2024a).** Consumer price index, harmonised (No. (ZCPIH)) [Dataset]. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ameco-database_en
- AMECO (2024b).** Gross domestic product per hour worked, at current prices [Dataset]. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ameco-database_en
- AMECO (2024c).** Gross domestic product, price deflator (No. PVGD) [Dataset]. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ameco-database_en
- AMECO (2024d).** Net fixed capital formation: General government (No. UING) [Dataset]. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ameco-database_en
- AMECO (2024e).** Potential gross domestic product, at constant prices (No. OVGD) [Dataset]. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ameco-database_en
- Aulenbacher, B., & Wetterer, A. (2009).** Krisenherde in gegenwärtigen Sozialgefügen: Asymmetrische Arbeits- und Geschlechterverhältnisse – Vernachlässigte Sphären gesellschaftlicher Reproduktion. In: Arbeit: Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung (2. Aufl). Westfälisches Dampfboot.
- BKA (2024).** Österreich und die Agenda 2030. 2. Freiwilliger Nationaler Bericht zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Nachhaltigen Entwicklungsziele / SDGs. <https://www.bmaw.gv.at/dam/jcr:58bd835d-1d92-486d-b9df-27bdf9512a40/zweiter%20FNU%202024%20%20C3%96sterreichs1.pdf>
- BMF.(2023).** Entwicklungszusammenarbeit. Übersicht gemäß § 42 Abs. 4 BHG 2013. https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2024/beilagen/Entwicklungszusammenarbeit_2024.pdf
- BMK.(2021).** Mobilitätsmasterplan 2030 für Österreich. Der neue Klimaschutz-Rahmen für den Verkehrssektor. Nachhaltig – resilient – digital. <https://www.bmk.gv.at/themen/mobilitaet/mobilitaetsmasterplan/mmp2030.html>
- BMSGPK (Hrsg.) (2023).** So geht's uns heute: Die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Energiearmut. [https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:0dd86bc1-54b1-4b3e-8b49-6041c86a431e/BerichtW6%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230627%20\(7\).pdf](https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:0dd86bc1-54b1-4b3e-8b49-6041c86a431e/BerichtW6%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230627%20(7).pdf)
- BMSGPK (2024).** So geht's uns heute: Die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2024 – Schwerpunkt: Geschlechtsspezifische Unterschiede. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/BerichtW10-Soziale-Krisenfolgen-20240625.pdf
- Capellmann, S., Hegyi, M. R., & Wiesner, M. (2023).** Energiearmut in Österreich – welche Gruppen sind besonders betroffen? A&W Blog. <https://www.awblog.at/Soziales/energiearmut-in-oesterreich>
- Derndorfer, J., Disslbacher, F., Lechinger, V., Mader, K., & Six, E. (2021).** Home, sweet home? The impact of working from home on the division of unpaid work during the COVID-19 lockdown. PLOS ONE, 16(11), e0259580. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0259580>

- Derndorfer, J., Premrov, T., & Schnetzer, M. (2024).** Wahrnehmungen zu sozialer Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit in der Covid-19-Pandemie. In: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft (S. 417–428). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Dullien, S., & van Treek, T. (2012).** Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für Indikatoren und Politikberatung (Policy Brief). IMK.
- Ehs, T., & Zandonella, M. (2024).** Mehr zusammenbringen – Zur Verbesserung politisch wirksamer Beteiligung in Wien. AK Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/api/v1/records/AC17128112/files/source/Mehr%20zusammenbringen.pdf>
- European Environment Agency (Hrsg.). (2023).** Burden of disease 2023 – Table 2. <https://www.eea.europa.eu/publications/harm-to-human-health-from-air-pollution/table-2>
- Eurostat (2024a).** Durchschnittliches und Median-Einkommen nach Alter und Geschlecht—EU-SILC und ECHP Erhebungen [Dataset]. https://doi.org/10.2908/ILC_DI03
- Eurostat (2024b).** Einkommensquintilverhältnis S80/S20 für das verfügbare Einkommen nach Geschlecht und nach Altersklassen – EU-SILC Erhebung [Dataset]. https://doi.org/10.2908/ILC_DI11
- Eurostat (2024c).** Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit (%) [Dataset]. https://doi.org/10.2908/LFSA_ERGAN
- Eurostat (2024d).** Gender pay gap in unadjusted form [Dataset]. <https://doi.org/10.2908/TESEM180>
- Eurostat (2024e).** Gesunde Lebensjahre nach Geschlecht [Dataset]. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/hlth_hlye/default/table?category=hlth.hlth_state.hlth_hly. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/hlth_hlye/default/table?category=hlth.hlth_state.hlth_hly
- Eurostat (2024f).** Lebenserwartung nach Alter, Geschlecht und NUTS 2 Regionen [Dataset]. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/demo_r_mlifexp/default/table?lang=de&category=demo.demomreg. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/demo_r_mlifexp/default/table?lang=de&category=demo.demomreg
- Eurostat (2024g).** Quote der Überbelastung durch Wohnkosten (%) [Dataset]. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_lvho07a/default/table. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_lvho07a/default/table
- Eurostat (2024h).** Unterbeschäftigtenquote (%) [Dataset].
- Eurostat (2024i).** Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung (%) [Dataset]. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_peps01n/default/table. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_peps01n/default/table
- EZB (2024).** CISS – Composite Indicator of Systemic Stress, Euro area (changing composition), Daily [Dataset]. <https://data.ecb.europa.eu/data/datasets/CISS/data-information>
- Feigl, G. (2016).** Aus der Krise lernen: Ein magisches Vieleck wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik. A&W Blog. <https://www.awblog.at/Allgemein/magisches-vieleck-wohlstandsorientierter-wirtschaftspolitik>
- Feigl, G. (2017).** Von der Neuvermessung gesellschaftlichen Wohlstands zur wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik. Momentum Quarterly - Zeitschrift für sozialen Fortschritt, 6, 138. <https://doi.org/10.15203/MOMENTUMQUARTERLY.VOL6.NO2.P138-152>
- Feigl, G. (2024).** Klimaschutz-Potenzial der Städte und Gemeinden heben – mit einem kommunalen Klima-Investitionsfonds. <https://www.awblog.at/klima-energie/Klimaschutz-Potenzial-der-Staedte-und-Gemeinden>
- Figierl, J., Tamesberger, D., & Theurl, S. (2021).** Umverteilung von Arbeit(-szeit): Eine (Netto)Kostenschätzung für ein staatlich gefördertes Arbeitszeitverkürzungsmodell. Momentum Quarterly – Zeitschrift für sozialen Fortschritt, 10, 3. <https://doi.org/10.15203/MOMENTUMQUARTERLY.VOL10.NO1.P3-19>

- Fiskalrat (2024).** Zusammenfassung des Berichts über die Einhaltung der Fiskalregeln 2023 bis 2028 (Juni 2024) (Budgetprognose). <https://fiskalrat.at/publikationen/berichte/fiskalprognose-uebersicht.html>
- Gesundheit Österreich (2024).** Hitzewarnungen & Hitzeschutzpläne. <https://www.gesundheit.gv.at/leben/umwelt/gesund-bei-hitze/hitze.html>
- Griebler, R., Winkler, P., Delcour, J., Antosik, J., Leuprecht, E., Nowotny, M., Schmutterer, I., Sax, G., Juraszovich, B., Pochobradsky, E., & Kucera, S. (2023).** Österreichischer Gesundheitsbericht 2022. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK). <https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitsberichte.html>
- Griesser, M., & Brand, U. (2016).** Verankerung wohlstandsorientierter Politik. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, 165.
- Grünberger, K., Derndorfer, J., & Schnetzer, M. (2024).** Erbschaften in Österreich: Eine Modellschätzung intergenerationaler Vermögenstransfers bis 2050. Wirtschaft und Gesellschaft, 50(1), 21–41. <https://doi.org/10.59288/wug501.230>
- Heimberger, P., & Lichtenberger, A. (2022).** RRF 2.0: Ein permanenter EU-Investitionsfonds im Kontext von Energiekrise, Klimawandel und EU-Fiskalregeln (WIIW Forschungsbericht). WIW. <https://wiiw.ac.at/rrf-2-0-ein-permanenter-eu-investitionsfonds-im-kontext-von-energiekrise-klimawandel-und-eu-fiskalregeln-dlp-6413.pdf>
- Hofmann, J., Marterbauer, M., & Schnetzer, M. (2020).** Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Neue Erkenntnisse aus dem European Social Survey (ESS). Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, 201. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/fullscreen/AC16066053/10/>
- Hollo, D., Kremer, M., & Lo Duca, M. (2012).** CISS – A Composite Indicator of Systemic Stress in the Financial System. SSRN Electronic Journal. <https://doi.org/10.2139/ssrn.1611717>
- Hood, C. (1991).** A Public Management for All Seasons? Public Administration, 69(1), 3–19. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9299.1991.tb00779.x>
- Huemer, U., & Mahringer, H. (2024).** Arbeitsmarktmonitor 2023. Update des jährlichen, EU-weiten Arbeitsmarktbeobachtungssystems. WIFO. https://wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriften/ak-studien/sammlung_arbeitsmarkt/Arbeitsmarktmonitor.html
- IPCC (2006).** Guidelines for National Greenhouse Gas Inventories.
- Kuznets, S. (1934).** National Income, 1929-1932. U.S. Government Printing Office. <https://fraser.stlouisfed.org/title/national-income-1929-1932-971>
- Leodolter, S. (2013).** Daseinsvorsorge und Demokratie. Wirtschaft und Umwelt, 4. <https://www.ak-umwelt.at/schwerpunkt/?article=225&issue=2013-04>
- Lessenich, S. (2023).** Grenzen der Demokratie: Teilhabe als Verteilungsproblem (4. Auflage). Reclam.
- Matzinger, S., & Brichta-Hartmann, C. (2022).** Wenn die Energierechnung zur Bedrohung wird. A&W Blog. <https://www.awblog.at/Wirtschaft/wenn-die-energierechnung-zur-bedrohung-wird>
- Matzinger, S., & Zimmer, A. (2022).** Energiearmut senken trotz Energiekrise und kommender Energiewende? Was dafür notwendig ist. A&W Blog. <https://www.awblog.at/Wirtschaft/energiearmut-senken>
- Menton, M., Larrea, C., Latorre, S., Martinez-Alier, J., Peck, M., Temper, L., & Walter, M. (2020).** Environmental justice and the SDGs: From synergies to gaps and contradictions. Sustainability Science, 15(6), 1621–1636. <https://doi.org/10.1007/s11625-020-00789-8>
- Mitterer, K., & Biwald, P. (2024).** Gemeindefinanzprognose: Trotz zusätzlichem Gemeindepaket weiterhin kritische Finanzsituation bei Gemeinden. KDZ-Blog. <https://www.kdz.eu/de/aktuelles/blog/gemeindefinanzprognose-trotz-zusaetzlichem-gemeindepaket-weiterhin-kritische>

- Moder, C., & Theurl, S. (2023).** Entmutigt? Chance und Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik. A&W Blog. <https://www.awblog.at/Arbeit/stille-reserve-chance-fuer-den-arbeitsmarkt>
- Mokre, P. (2024).** Lohnungleichheit sinkt – getragen von Knappheit auf dem Arbeitsmarkt. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 49(4), 5–15. <https://doi.org/10.59288/wug494.211>
- Münkler, H. (2017).** Partizipation vs. Wohlstand. *Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte*, 12/2017. <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/partizipation-vs-wohlstand-2401/>
- Münkler, H. (2022).** *Die Zukunft der Demokratie* (H. Androsch, Hrsg.). Christian Brandstätter Verlag.
- OECD (1977).** Progress on Social Indicators. *OECD Observer*, 1977(1), 24–27.
- OECD (2024a).** Bildung auf einen Blick 2024: OECD-Indikatoren. OECD. <https://doi.org/10.1787/e7565ada-de>
- OECD (2024b).** OECD/AIAS ICTWSS [Dataset]. <https://www.ictwss.org/>
- OeNB (2024).** Distributional Wealth Account für Österreich [Dataset]. https://oenb.shinyapps.io/DWA_OeNB/
- Orischnig, T. (2008).** Die zwanzig Stigmata der österreichischen Entwicklungspolitik. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 34(2), 255–260.
- ÖGB, & BALI (o. J.).** **ÖGB Mitgliederstatistik [Dataset].**
- Produktivitätsrat (2023).** Produktivitätsbericht 2023: Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. <https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2023001.html>
- Rothschild, K. W. (1996).** Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik. *Informationen zur Politischen Bildung*, 11.
- Schnetzler, M., Tamesberger, D., & Theurl, S. (2020).** Mitigating mass layoffs in the COVID-19 crisis: Austrian short-time work as international role model. <https://cepr.org/voxeu/columns/mitigating-mass-layoffs-covid-19-crisis-austrian-short-time-work-international-role>
- Sen, A. (1988).** The concept of development. In: *Handbook of Development Economics* (Bd. 1, S. 9–26). Elsevier. [https://doi.org/10.1016/S1573-4471\(88\)01004-6](https://doi.org/10.1016/S1573-4471(88)01004-6)
- Six, E., & Witzani-Haim, D. (2023).** Inflation: Belastet die Teuerungskrise Frauen stärker als Männer? <https://www.awblog.at/Frauen/inflation-belastet-die-teuerungskrise-frauen-staerker>
- Sozialpartnerinnen und IV (2021).** Vereinbarkeit Familie und Beruf. <https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsundsoziales/familie/IV-SP-Vereinbarkeit-Familie-Beruf-2021.pdf>
- Spangl, W., & Nagl, C. (2017).** PM₁₀- und PM_{2,5}- Exposition der Bevölkerung in Österreich (No. 634; Reports). Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0634.pdf>
- Statistik Austria (2021).** Wie geht's Österreich? 2021. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie_geht_s_OEsterreich__2021.pdf
- Statistik Austria (2024a).** Agenda 2030 SDG-Indikatorenbericht 2024. Monitoring der Entwicklung 2010–2022. Statistik Austria. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/SDG-Bericht-2024_Web-barrierefrei.pdf
- Statistik Austria (2024b).** Statistik des Bevölkerungsstandes [Dataset]. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-nach-alter/geschlecht>
- Statistik Austria (2024c).** Zeitverwendungserhebung 2021/22 [Dataset]. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/zeitverwendung>
- Stiglitz, J., Fitoussi, J.-P., & Durand, M. (2018).** Beyond GDP: Measuring What Counts for Economic and Social Performance. OECD. <https://doi.org/10.1787/9789264307292-en>
- Stiglitz, J., Sen, A., & Fitoussi, J.-P. (2009).** Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/8131721/8131772/Stiglitz-Sen-Fitoussi-Commission-report.pdf>

- Strutzmann, I. (2020).** Future is public – die Zukunft in öffentlicher Hand. A&W Blog. <https://www.awblog.at/Wirtschaft/future-is-public-zukunft-in-oeffentlicher-hand>
- Tamesberger, D., & Theurl, S. (2019).** Vorschlag für eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose in Österreich. *Wirtschafts und Gesellschaft*, 45(4), 471-495
- Tamesberger, D., & Theurl, S. (2021a).** Design and Take Up of Austria's Coronavirus Short Time Work Model. ICAE Working Paper Series 12. https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE_Working_Papers/wp127.pdf
- Tamesberger, D., & Theurl, S. (2021b).** Warum Österreich eine gemeinwohlorientierte Jobgarantie braucht. A&W Blog. <https://www.awblog.at/Arbeit/warum-oesterreich-eine-gemeinwohlorientierte-jobgarantie-brauc>
- Umweltbundesamt (2024a).** Klimaschutzbericht 2024 (No. 913; Reports). Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0913.pdf>
- Umweltbundesamt (2024b).** Nahzeitprognose der Österreichischen Treibhausgas-Emissionen für das Jahr 2023.
- United Nations (1993).** Report of the United Nations Conference on Environment and Development. <https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n92/836/55/pdf/n9283655.pdf>
- United Nations (2001).** Road map towards the implementation of the United Nations Millennium Declaration. <https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n01/526/07/pdf/n0152607.pdf>
- United Nations (2015).** Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. <https://digitallibrary.un.org/record/3923923?v=pdf>
- Uxó González, J. (2023).** Inflation and counter-inflationary policy measures: The case of Spain. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 48(4), 545–577. <https://doi.org/10.59288/wug484.169>
- Weber, I. M., & Wasner, E. (2023).** Sellers' inflation, profits and conflict: Why can large firms hike prices in an emergency? *Review of Keynesian Economics*, 11(2), 183–213. <https://doi.org/10.4337/roke.2023.02.05>
- WIFO (2024).** Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025. https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-5209/kp_2024_02.pdf
- Wilkinson, R. G., Pickett, K., & Wilkinson, R. G. (2012).** Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Dt. Erstausg., 4. Aufl. Tolkemitt-Verl. bei Zweitausendeins.
- Witzani-Haim, D., & Six, E. (2024).** Wie kommt Wohlstand bei allen an? Zur aktuellen WIFO-Prognose. A&W Blog. <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Wie-kommt-Wohlstand-bei-allen-an-Zur-aktuellen-WIFO-Prognose>
- Zeglovits, E., Schuster-Himmel, C., Waldhauser, A., Raml, R., Friesenbichler, S., Dannemüller, A., Birke, J., Schreder, L., & Wimmer, J. (2023).** Mitbestimmung in Österreich 2022. AK Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/api/v1/records/AC16860719/files/source/AC16860719.pdf>
- Zotter, T. (2023).** Zinswende und Finanzmarktstabilität. A&W Blog. <https://www.awblog.at/Verteilung/zinswende-und-finanzmarktstabilitaet>
- Zucman, G. (2024).** A blueprint for a coordinated minimum effective taxation standard for ultra-high-net-worth individuals. <https://gabriel-zucman.eu/files/report-g20.pdf>

Autor:innen



Veronika Adensamer
Gleichstellungspolitik
veronika.adensamer@akwien.at



Carina Altreiter
Gleichstellungspolitik
carina.altreiter@akwien.at



Sarah Beran
Konjunktur,
Arbeitsmarkt
sarah.beran@akwien.at



Elisabeth Bischofreiter
Gesundheit
elisabeth.bischofreiter@akwien.at



**Christina Brichta-
Hartmann**
Energiepolitik
christina.brichta@akwien.at



Michael Ertl
Konjunktur, Verteilung
michael.ertl@akwien.at



Gabi Fehringer
Arbeitsklima
gabriele.fehringer@akooe.at



Franz Greil
Umweltpolitik
franz.greil@akwien.at



Oliver Gruber
Bildung
oliver.gruber@akwien.at



Elisabeth Hansemann
Gesundheit
elisabeth.hansemann@akwien.at



Julia Hofmann
Soziale Ungleichheit
julia.hofmann@akwien.at



Heinz Högelsberger
Öffentlicher Verkehr
heinz.hoegelsberger@akwien.at



Vanessa Lechinger

Koordination,
Sozialpolitik

vanessa.lechinger@akwien.at



Markus Marterbauer

Wirtschaftspolitik

markus.marterbauer@akwien.at



Sandra Matzinger

Energiepolitik

sandra.matzinger@akwien.at



Tamara Premrov

Koordination,
Wirtschaftspolitik

tamara.premrov@akwien.at



Matthias Schnetzer

Verteilung

matthias.schnetzer@akwien.at



Astrid Schögl

Umweltpolitik

astrid.schoeggl@akwien.at



Michael Soder

Forschung und
Innovation

michael.soder@akwien.at



Lukas Stani

Arbeitsmarkt

lukas.stani@akwien.at



Christoph Streissler

Koordination,
Klimapolitik

christoph.streissler@akwien.at



Iris Strutzmann

Umweltpolitik

iris.strutzmann@akwien.at



Simon Theurl

Arbeitsmarkt

simon.theurl@akwien.at



Lukas Tockner

Wohnen

lukas.tockner@akwien.at



Norman Wagner

Soziales

norman.wagner@akwien.at



Daniel Witzani-Haim

Konjunktur,
Arbeitsmarkt

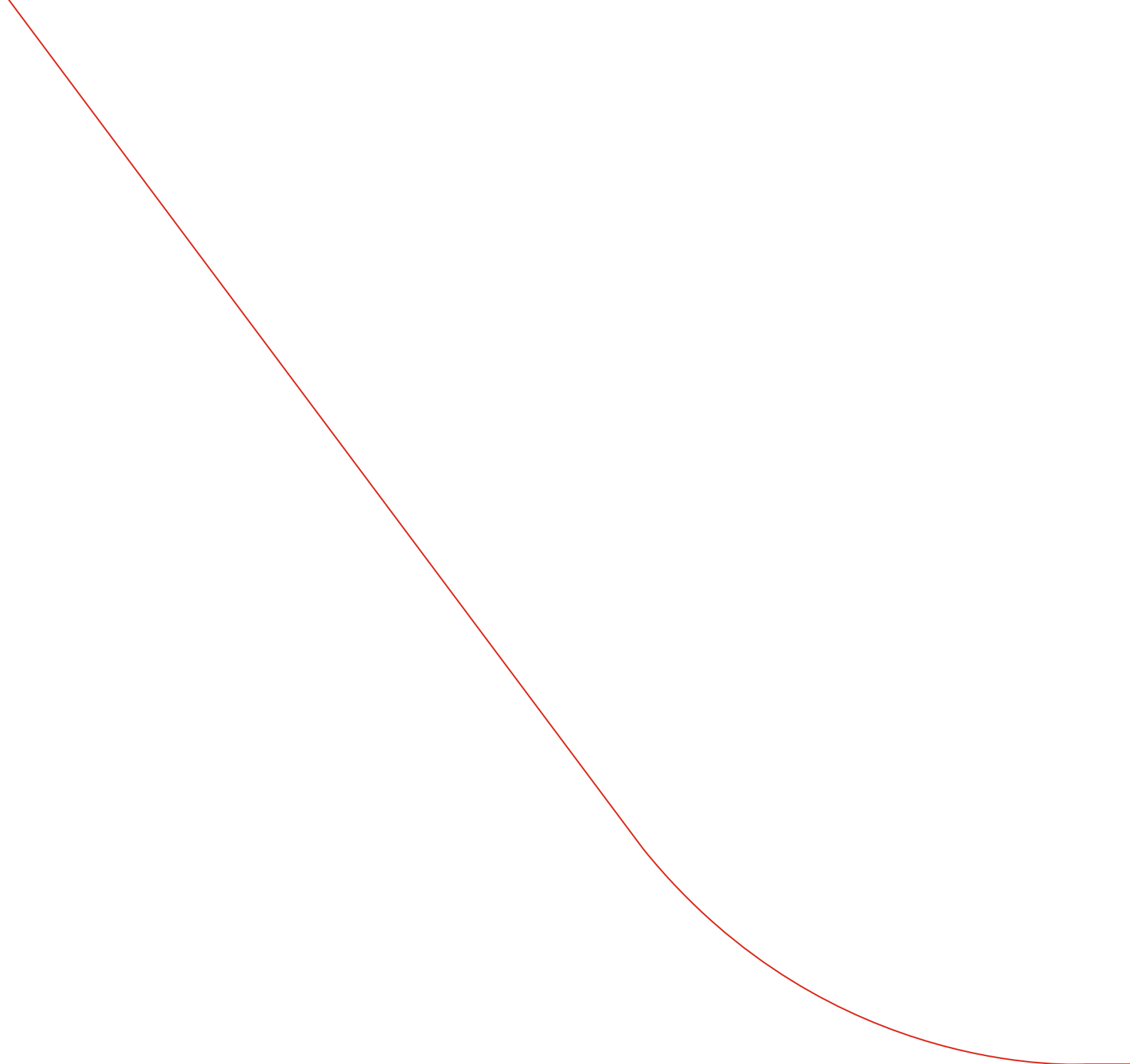
daniel.haim@akwien.at

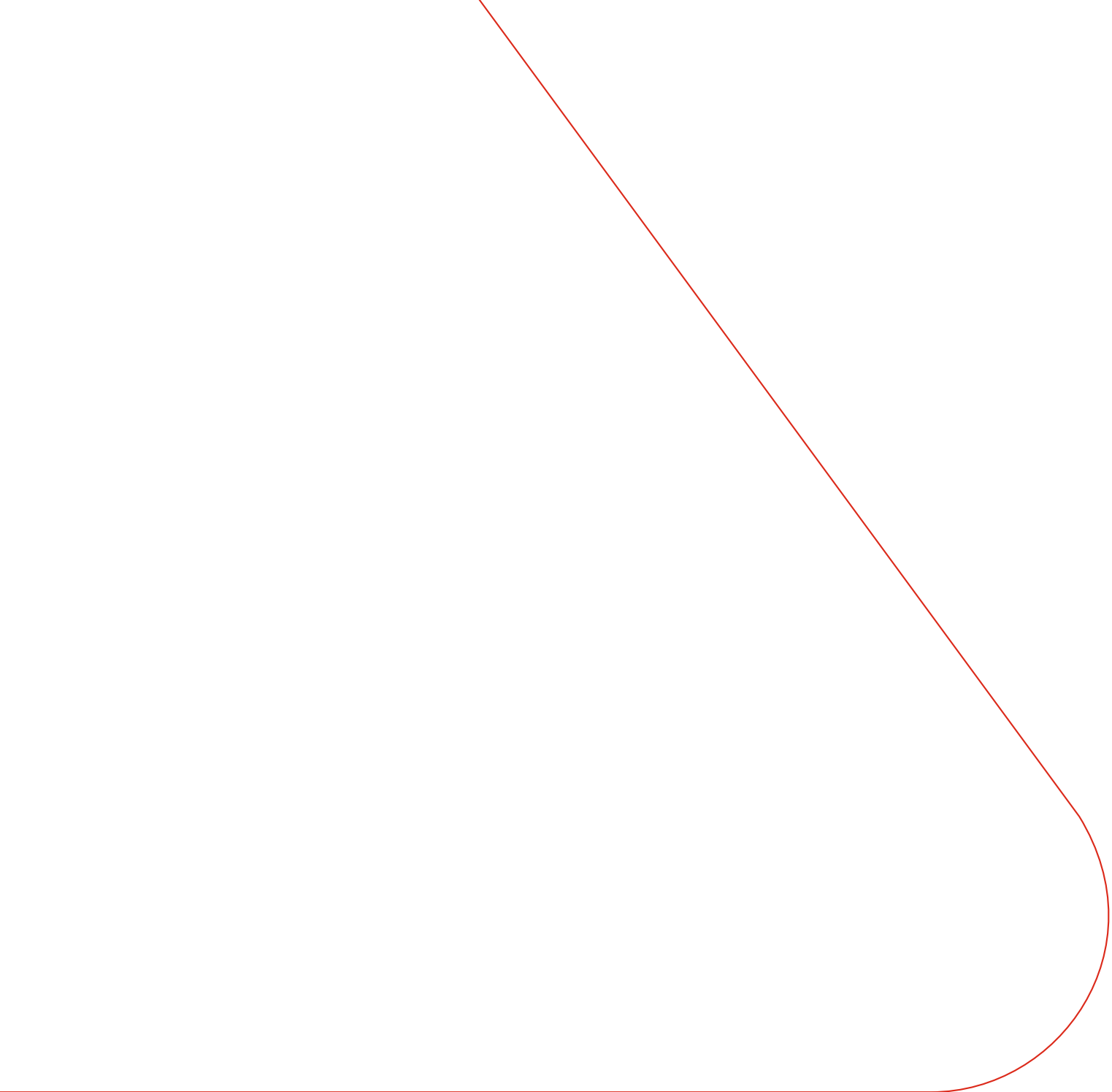


Sepp Zuckerstätter

Lohnpolitik,
Finanzmarktregulierung

josef.zuckerstaetter@akwien.at





AK-Wohlstandsbericht 2024

Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich

Oktober 2024

